

Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer

SpeyerBrief Nr. 20

Wintersemester 2000/2001

Top-Thema:
(Seite 10/11)

Im Gespräch:
(Seite 31)

Im Blick: Aktuelle Forschungsprojekte am
FÖV (Seite)

Inhaltsverzeichnis

Semestereröffnung	ab Seite 2
Abendvorträge	ab Seite 4
Neuer Prorektor	Seite 7
Corporate Design/Internet	ab Seite 10
Multimedia	ab Seite 12
Studium	ab Seite 14
Fortbildung	ab Seite 23
Qualitätswettbewerb	ab Seite 30
Europa in Speyer	ab Seite 33
Internationale Beziehungen	ab Seite 38
Forschungsinstitut (FÖV)	ab Seite 43

Liebe Leserinnen und Leser,

Sie halten den SpeyerBrief Nr. 20 in den Händen, in dem Sie alle wichtigen Ereignisse an der DHV Speyer im Wintersemester 2000/01 finden. Das neue **Corporate Design** ist inzwischen vollständig realisiert und auf allen Veröffentlichungen der Hochschule umgesetzt worden. Auch der neue **Internetauftritt**, mit dem wir Anfang Januar 2001 ans Netz gehen konnten, ist ein voller Erfolg (S. 10/11).

Im Bereich **Multimedia** hat sich ebenfalls einiges getan: Seit Oktober 2000 nimmt die DHV Speyer regelmäßig an den Arbeitstreffen der Kontaktpersonen des Virtuellen Campus Rheinland-Pfalz (VCRP) teil. Darüber hinaus ist es mir gelungen, gemeinsam mit den Universitäten Erfurt und Frankfurt/Oder ein vom Bundesforschungsministerium gefördertes Multimediaprojekt "an Land zu ziehen" (S. 12/13).

Neuer **Prorektor** der Hochschule ist seit dem 1. Oktober 2000 Prof. Dr. Rudolf Fisch, Inhaber des Lehrstuhls für empirische Sozialwissenschaften. Er löste damit Prof. Dr. Magiera ab. Mit einem **Ehrendoktor** der Ruhr-Universität Bochum wurde Prof. Dr. Lüder im Wintersemester ausgezeichnet (S. 7/8).

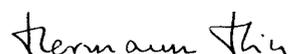
Die Highlights des **Studiums** finden Sie auf S. 14-21. Auch die Hörer haben wieder einiges auf die Beine gestellt: Der Semesterball unter dem Motto "Born in the 70ies" und die Schaffermahlzeit sind gut angekommen. Die Job-Messe der Hochschule, die sogenannte Orientierungsphase II, ist inzwischen eine Großveranstaltung, auf der sich alle wichtigen Anbieter tummeln (S. 20).

Berichte über die **Fortbildungsveranstaltungen**, insbesondere die 69. Staatswissenschaftliche Fortbildungstagung zum Thema "Kennzeichen D", finden Sie auf S. 23-28. Neues vom Führungskolleg Speyer und vom Speyerer Qualitätswettbewerb folgt auf S. 29-31.

Auch im Wintersemester 2000/01 stand das Thema "**Europa in Speyer**" ganz oben auf der Liste. Sowohl die regulären europabezogenen Fortbildungsveranstaltungen, wie das Europa-Seminar Speyer und das Europa-Forum Speyer, als auch die zusätzlich eingeführten Veranstaltungsreihen "Europa aktuell" und "Europa in Speyer" konnten wieder mit attraktiven Themen aufwarten und so zahlreiche Teilnehmer anlocken.

Über die neueren Entwicklungen am **Forschungsinstitut**, insbesondere die Serviceelemente, und über aktuelle Forschungsprojekte werden Sie auf S. 43-52 informiert.

All diese Aktivitäten können Sie auch hautnah miterleben, wenn Sie wieder einmal nach Speyer kommen. Nun aber erst einmal viel Spaß bei der Lektüre wünscht Ihnen Ihr



Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill
Rektor der DHV Speyer

Rolle des Unternehmers für die Gesellschaft im Blick

Offizielle Semestereröffnung mit Vortrag von Dr. Helmut Maucher und Verleihung einer Honorarprofessur an Dr. Edda Müller

Welche Rolle spielt ein Unternehmer in der heutigen Gesellschaft und welche Verantwortung hat er ihr gegenüber? Mit diesen Fragen beschäftigte sich Dr. h.c. Helmut Maucher, Ehrenpräsident und früherer Verwaltungsratspräsident der Nestlé S.A., in seinem Vortrag, den er am 10. November 2000 anlässlich der offiziellen Semestereröffnung der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer hielt. Im Rahmen der Veranstaltung überreichte Rektor Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill außerdem Staatsministerin a.D. Dr. Edda Müller feierlich ihre Urkunde über die Ernennung zur Honorarprofessorin der Hochschule. Schließlich erhielten Dr. Ulrich Nießen und Dr. Frank Meininger, die im Laufe des vorhergehenden Semesters von der Hochschule promoviert worden waren, auf dem Podium ihre Doktorurkunden ebenfalls aus den Händen des Rektors.

In seiner Laudatio anlässlich der Verleihung der Honorarprofessur an Dr. Müller ging Hill

Hochschule sei etwas ganz Besonderes, da sie den Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis ermögliche und fördere. Ihre Tätigkeit am Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung sei die produktivste Zeit ihres Lebens gewesen, so Müller. Besonders dankte sie ihrem Doktorvater, Prof. Dr. Carl Böhrer.

"Ein Unternehmer, der seine Rolle und Verantwortung richtig wahrnehmen will, muss zunächst einmal wissen, was sich auf der Welt bewegt und verändert. Nur dann wird er sein Unternehmen auch richtig führen und seine Verantwortung im Umfeld allgemeiner Entwicklungen wahrnehmen können". Ausgehend von dieser These beleuchtete Maucher zunächst, wie sich die heutige Welt verändert. Sie befinde sich in einem steten Wandel: durch zunehmende politische Multipolarität und Globalisierung, die Verlagerung von Wirtschaftsräumen vor allem nach Asien, den steigenden Einfluss der Medien oder die Veränderungen durch die Information Technology. Es veränderten sich aber auch Wertvorstellungen,

mens skizzierte Maucher die Rolle eines Unternehmers vor diesem Hintergrund folgendermaßen: Er müsse in zunehmendem Maße seine eigene Aufgabe im Kontext einer generellen Entwicklung sehen und seine Interessen und Erfahrungen in die allgemeinen Diskussionen einbringen, sowohl in der Politik als auch in wirtschaftspolitischen Belangen und im legislativen Bereich. Er müsse sein Unternehmen so führen, dass sichergestellt sei, dass unsere Demokratie und unsere Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung auch in der Zukunft für die Bürger akzeptabel blieben. Gegner dieser Gesellschaftsordnung müsse er mit mehr Mut bekämpfen als in der Vergangenheit. Auch müsse er sich bemühen, das Verständnis von anderen Kulturen und Traditionen und die Toleranz ihnen gegenüber zu verbessern und internationale Kooperationen zu fördern.

Anschließend erläuterte Maucher am Beispiel der Nestlé S.A. Führungsgrundsätze, die in modernen Unternehmen unerlässlich seien. Wichtigste Maxime sei es, eher menschen- und produktorientiert als systemorientiert zu sein. Wo immer möglich, müsse man sich um mehr Dezentralisierung und Vernetzung und weniger zentralisierte Entscheidungen bemühen, nur dann könne lokales "Commitment" entstehen. Auch werde dadurch die Motivation gefördert und zugleich die Identifikation der Mitarbeiter mit ihren Aufgaben, was mehr Schlagkraft, mehr Flexibilität und mehr Schnelligkeit bedeute. "Wir haben außerdem nicht nur langfristige Ziele, wir denken auch langfristig und machen langfristige Politik", so Maucher.

Schließlich habe Nestlé auch ein schriftliches Management- und Führungskonzept ausgearbeitet. Wichtigste Elemente seien pragmatisches, statt dogmatisches Handeln, realistische, auf Fakten gegründete Entscheidungen, Verpflichtung zu einer starken Arbeitsethik, hohe Qualitätsansprüche hinsichtlich der Produkte, aber auch aller Aktivitäten des Unternehmens und der Mitarbeiter, Bescheidenheit, Vertrauen und Integrität, Offenheit für dynamische und zukunftsorientierte Trends, flache Hierarchien, klare Verpflichtungen und Verantwortungen, ein wertsteigerndes Führungskonzept. Schließlich bedeute das Konzept des "employee involvement", Mitarbeiter voll zu informieren und einzubeziehen und wirksam zu motivieren. Nestlé sei zudem gegenüber "kurzlebigen Modeerscheinungen" und "selbsternannten Gurus" skeptisch. Die

Honoratioren unter sich: Rektor Hermann Hill und Dr. Helmut O. Maucher im Gespräch mit den zu Doktoren ernannten Ulrich Nießen und Frank Meininger (v.l.n.r.)
Foto: Venus

näher auf ihre vielfältigen Tätigkeiten in Bund, Ländern und Europa ein. "Mit einem solchen Lebenslauf ist man bestens für eine solche Ehrung geeignet", betonte Hill. "Das ist eine der schönsten Ehrungen, die ich je bekommen habe", dankte Müller für die Auszeichnung. Die

Mentalitäten, Lebensstile usw. "Als Unternehmer, aber auch in anderen Verantwortungen, müssen wir das zur Kenntnis nehmen und daraus Schlussfolgerungen ziehen", so Maucher.

Neben dem Streben nach einer langfristig erfolgreichen Entwicklung seines Unterneh-

Führungsprinzipien würden mit der Aussage abgeschlossen "Neben professionellen Fähigkeiten und Erfahrungen sind die Kriterien für eine Beförderung die Fähigkeit und Bereitschaft, diese Prinzipien anzuwenden, nicht der Reisepass einer Person, ihre ethnische oder nationale Herkunft."

Als wichtigste Führungseigenschaften nannte Maucher Mut, starke Nerven und Gelassenheit, Lernfähigkeit und Offenheit, Kommunikations- und Motivationsfähigkeit, die Fähigkeit, ein Klima der Innovation zu schaffen, Denken in Zusammenhängen, die Bereitschaft, Veränderungen zu akzeptieren, und die Fähigkeit, Veränderungen zu gestalten, Glaubwürdigkeit und zunehmend auch internationale Erfahrung. Im

Bereich der Personalpolitik sei es entscheidend, zuerst Zeit und Mühe auf die Auswahl der richtigen Leute zu verwenden; danach könne man auch Zeit auf deren Training verwenden. Im Hinblick auf Change Management sei es eine der wichtigsten Rollen und Aufgaben eines Top-Managers, ein Klima von Vertrauen und Glaubwürdigkeit im Unternehmen zu schaffen.

Zum Abschluss seiner Ausführungen gab Maucher eine vereinfachte Version seiner grundsätzlichen Überlegungen zur Rolle des Unternehmers in der Zukunft preis, nämlich "Herz und Verstand", "Mens sana in corpore sano" und "Tue Recht und scheue niemand". Das sei der Kern dessen, was er nach einer langen professionellen Karriere im Management für

notwendig erachte.

1975 wurde Maucher Generaldirektor der Nestlé-Gruppe Deutschland und 1990 Präsident des Verwaltungsrates, seit Mai 2000 ist er Ehrenpräsident des Unternehmens. Daneben ist er Mitglied in zahlreichen Kontrollgremien und Institutionen im In- und Ausland, wie etwa dem Aufsichtsrat der Bayer oder Ravensburg AG.

Der Vortrag ist in der Reihe der Speyerer Vorträge als Heft Nr. 59 erschienen und ist im Rektorat der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer gegen einen Kostenbeitrag von 10,- DM zu beziehen.

Einzige Honorarprofessorin an der DHV Speyer

Dr. Edda Müller von Ministerpräsident Kurt Beck ausgezeichnet

Im Rahmen der feierlichen Semestereröffnung am 10. November 2000 überreichte ihr der Rektor der DHV Speyer, Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill, die Ernennungsurkunde: Dr. Edda Müller ist auf Vorschlag der Hochschule vom Ministerpräsidenten des Landes Rheinland-Pfalz zur Honorarprofessorin bestellt worden.

Zu diesem Zeitpunkt noch Vizedirektorin der Europäischen Umweltagentur in Kopenhagen, hat Professor Dr. Müller seit dem Jahresbeginn 2001 die Geschäftsführung der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände e.V. (AgV) inne. Zugleich ist sie Vorstand des neuen Bundesverbandes der Verbraucherzentralen und Verbraucherverbände geworden. Sowohl wissenschaftlich als auch durch vielfältige politik- und verwaltungspraktische Erfahrungen, insbesondere auch auf internationaler Ebene, ist Professor Dr. Müller ausgewiesen. Sie soll das Lehrangebot der Stoffgruppe IV (Sozialwissenschaften) kompetent ergänzen und die Bereiche politische Führung, Politikkoordination und Verwaltungspolitik, Internationales Verhandeln und Umweltpolitik und Technikfolgenabschätzung abdecken.

1942 in Sorau, Niederlausitz, geboren, studierte Professor Dr. Müller Neuere Geschichte, Publizistik und Politikwissenschaft an der Universität München und der Freien Universität Berlin. Außerdem absolvierte sie ein Studium an der Ecole Nationale d'Administration (ENA) in Paris. Anschließend arbeitete sie im Bundeskanzleramt, danach im Umweltbundesamt, war

als Lehrbeauftragte an der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege in Berlin aktiv und wurde 1984 als Mitglied des Kuratoriums der Stiftung Warentest berufen.

Bereits 1985 wurde sie zum Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung abgeordnet, um ein Forschungsprojekt zum Thema "Einfluss von Organisationsstrukturen auf den umweltpolitischen Entscheidungsprozess" zu bearbeiten. 1986 wurde sie an der Hochschule zum Dr. rerum publicarum promoviert. Für die Arbeit "Innenwelt der Umweltpolitik: Sozial-liberale Umweltpolitik - (Ohn-)Macht durch Organisation?" wurde ihr 1987 der Wissenschaftspreis des Deutschen Beamtenbundes verliehen. 1987 bis 1991 war sie als Referatsleiterin für Umwelt und Energie, Umweltechnik, Technikfolgenabschätzung, Verbraucherfragen etc. im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit tätig.

1991 wurde ihr die Leitung der Unterabteilung "Grundfragen der Industrie- und Freizeitgesellschaft" übertragen. Professor Dr. Müller war in den Jahren 1990 bis 94 federführend an nationalen, europäischen und internationalen Verhandlungen zu den Themenbereichen Energie und Umwelt, Klimaschutz, Verbraucherfragen und kommunaler Umweltschutz beteiligt. 1990 bis 94 Mitglied im Aufsichtsrat des niedersächsischen Solarforschungsinstituts und im Aufsichtsrat der GKSS, wurde sie im März 1994 zur Ministerin für Natur und Umwelt des Landes Schleswig-Holstein ernannt. Seit November 1998 war sie Vizedi-

rektorin der Europäischen Umweltagentur Kopenhagen.

Mit ihren administrativen und Leitungserfahrungen kann Professor Dr. Müller in Lehre und Fortbildung zusätzliche praxisbezogene Anregungen einbringen. Dies ist insbesondere wegen der geplanten Europäisierung der Angebote der DHV Speyer ein großer Gewinn für die Hochschule. Außerdem ist sie durch beachtliche verwaltungswissenschaftliche Veröffentlichungen ausgewiesen, nicht zuletzt durch ihre in zwei Auflagen publizierte Dissertation und das Lehrbuch "Verwaltung und Politik", das 1982 erschien und an dem sie als Co-Autorin beteiligt war.

Professor Dr. Edda Müller

Foto: privat

So nimmt der Kommentar von Rektor Hill bei der Überreichung der Urkunde an die Geehrte nicht Wunder. "Mit einem solchen Lebenslauf ist man bestens für eine solche Ehrung geeignet", so Hill.

Nachhaltigkeit – was ist das?

Vortrag der rheinland-pfälzischen Umweltministerin Klaudia Martini an der DHV Speyer

"Nachhaltigkeit – was ist das?" – Diese Frage beantwortete die rheinland-pfälzische Ministerin für Umwelt und Forsten, Klaudia Martini, bei ihrem Vortrag am 6. Dezember 2000 in der Stadthalle Speyer.

In ihrem Vortrag ließ Martini die Geschichte der Umweltpolitik bis zur Weltumweltkonferenz in Rio de Janeiro 1992 Revue passieren. Seit den 60er Jahren sei der Umweltschutz zu einem der wichtigsten Politikfelder geworden. Allerdings sei er meist als Krisenmanagement bei Umweltkatastrophen wie Ölpest, Robbensterben, Waldsterben oder dem Tschernobyl-Unfall betrieben worden. – Aber dennoch erfolgreich: Als Beispiel nannte Martini den Rhein. Vor 30 Jahren sei er praktisch

Rome klar geworden, dass die Ressourcen der Erde endlich sind. Dennoch habe es zunächst keine Umorientierung in der Politik gegeben. Erst seit der Konferenz von Rio seien nachhaltige Konzepte gefunden und festgeschrieben worden. Konkrete Ziele wie die Armutsbekämpfung, der Emissionsschutz, die Artenschutzkonvention oder der Waldschutz seien verankert worden. Die Konferenz habe erstmals wirtschaftliche, soziale und umweltpolitische Ziele zusammengeführt. Heute sei klar, dass ohne nachhaltige politische und gesellschaftliche Entwicklungen die Probleme der Zukunft nicht zu lösen seien. Wenn nichts geschehe, gebe es Kriege um Ressourcen. Umweltbewusstes Handeln mit Blick auf die künftigen Generationen sei ein "ethischer Imperativ". Dabei sei es

Begriff Nachhaltigkeit komme aus der Forstwirtschaft: Er bedeute, dass man nur so viele Bäume aus dem Wald herausnehmen könne, wie wieder nachwachsen könnten, wenn man den Wald erhalten wolle. "Und das gilt schließlich für alle anderen Bereiche auch", schloss die Ministerin ihren Vortrag.

Der Vortrag der Ministerin habe eindringlich verdeutlicht, warum nachhaltiges Denken für die Zukunft notwendig sei, sagte der Rektor der Hochschule, Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill. Aus den Ausführungen Martinis sei eine echte Sorge für die Menschen erkennbar. Anschließend verabschiedete Hill an diesem Abend den langjährigen Honorarprofessor der Hochschule, Dr. Gottfried Herbig, feierlich aus seiner aktiven Lehrtätigkeit.

Prof. Dr. jur. Gottfried Herbig, Direktor a.D. der Deutschen Telekom AG und früherer Leiter des Geschäftsbereichs "Personal" war der Hochschule seit 1961, als er als Referendar ein "Speyer-Semester" absolvierte, freundschaftlich verbunden. Von 1968 bis 1970 war er als Regierungsassessor an das Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung (FÖV) abgeordnet. Seit dem Wintersemester 1975/76 war er als Lehrbeauftragter an der Hochschule tätig. Während dieser Zeit hat er zum erfolgreichen Start des verwaltungswissenschaftlichen Aufbaustudiums beigetragen und auch in der berufsbegleitenden Fortbildung für Führungskräfte der öffentlichen Verwaltung mitgewirkt. Auf Vorschlag des Senats der Hochschule hat ihn der Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz im Dezember 1994 zum Honorarprofessor ernannt.

Die DHV Speyer habe eine große Rolle in seinem Leben gespielt, betonte Herbig. Es habe ihn stets gereizt, die tägliche Berufsarbeit – sei es in seiner Tätigkeit bei der Bezirksregierung Pfalz, im Landratsamt Kaiserslautern, im Innenministerium Rheinland-Pfalz oder bei der Stadt Frankfurt – mit der Wissenschaft zu verbinden.

Der Vortrag ist in der Reihe der Speyerer Vorträge als Heft Nr. 60 erschienen und ist im Rektorat der DHV Speyer gegen einen Kostenbeitrag von 10,- DM zu beziehen.

Rektor Hill, Ministerin Martini, Oberbürgermeister Schineller und Honorarprofessor Herbig

Foto: Lenz

tot gewesen, verschmutzt von Abwässern der Industrie und Gesellschaft. Inzwischen sei es mit einem "enormen Kraftakt", leistungsfähigen Kläranlagen und 12 Milliarden Mark Investitionen in den letzten 15 Jahren gelungen, den Rhein zu regenerieren. Heute lebten 120 Tierarten, darunter auch Lachse und Meerforellen, in dem Fluss.

Spätestens seit den 70er Jahren sei aufgrund einer Untersuchung des Club of

wichtig, dieses Bewusstsein in die Köpfe der Menschen zu bringen. Jeder müsse sich fragen, was der versauerte Boden im Pfälzer Wald mit der eigenen Mobilität oder der eigenen Heizungsanlage zu tun habe, so Martini. Alles was bei uns geschehe, wirke sich global aus. So habe etwa das Verbot der Tiermehlverfütterung einen verstärkten Sojaanbau in der Dritten Welt und damit einhergehend die Abholzung von Regenwäldern zur Folge. Der

Was die Wirtschaft von der Verwaltung erwartet

Aufsichtsratsvorsitzender von Hewlett-Packard Jörg Menno Harms hält Abendvortrag an der DHV

Welche Anforderungen stellt die Wirtschaft an die öffentliche Verwaltung? Dieses Thema beleuchtete der Aufsichtsratsvorsitzende der Firma Hewlett-Packard GmbH, Böblingen, Jörg Menno Harms, am 23. Januar 2001 bei seinem Abendvortrag an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. Der 61-jährige gebürtige Holsteiner ist seit 1968 bei der Hewlett-Packard GmbH tätig. Nach seinen Funktionen als Vertriebsleiter Deutschland für Medizinelektronik, als Marketingmanager und Division Manager der Medical Division sowie als General Manager der Medical Products für Europa, Afrika und den Mittleren Osten wurde er 1988 Geschäftsführer der Firma. 1993 wurde Harms Vorsitzender der Geschäftsführung, seit Mai 2000 fungiert er als Aufsichtsratsvorsitzender.

Harms mahnte sich selbst zu Beginn seines Vortrags, nicht dem Zeitgeist "Schelte der öffentlichen Hand" zu erliegen, wies aber gleichzeitig darauf hin, dass es ganz ohne kritische Bemerkungen auch nicht gehen werde, wenn die Anforderungen an die öffentliche Verwaltung dargestellt werden sollten. Je schneller sich die Wirklichkeit verändere, um so schneller müssten die Menschen "verändern" - oder eben intelligenter reagieren. Harms skizzierte daher zunächst die sich schnell wandelnde Wirklichkeit. Globaler Wettbewerb, neue Kommunikations- und Transportfreiheiten, globale benchmarks und die erhebliche Zunahme des Dienstleistungssektors, stärkere Arbeitsteilung - dies waren nur einige der von Harms genannten Aspekte. Da Kapital und Wissen heute weitgehend weltweit mobil seien, müsse man alles tun, um beiden Faktoren in Deutschland einen attraktiven Standort zu bieten, nur so könnten Arbeitsplätze und Steueraufkommen gesichert werden.

Aber die Auswirkungen der Globalisierung auf die Gesellschaft würden nur ungern akzeptiert. Außerdem habe bereits Kant den Charakter der Deutschen als "mit Verstand verbundenes Phlegma" bezeichnet. Tatsächlich seien die Rahmenbedingungen des deutschen Standortes trotz der deutlichen Veränderungen in der Wirtschaft mehr oder weniger konstant geblieben. Die Veränderungen im Staatsgefüge seien angesichts der globalen Dynamik viel zu schwach und zu langsam. "Das ist meine wichtigste Botschaft heute abend: die öffentlichen Dienstleister müssen sich zeitgleich mit der Wirtschaft den globalen Veränderungen stellen", so Harms. Am Zustand der deutschen Schulen und Hochschulen werde deutlich, welche Konsequenzen ein zu zögerliches Reagieren auf weltweite Ver-

änderungen habe. Der öffentliche Bereich habe erst 50 Jahre nach der Wirtschaft den Kunden oder das Controlling entdeckt. So könne es nicht weiter gehen.

Nach dem Motto "Nomen est omen" riet Harms, bereits einmal über den Namen "Verwaltung" nachzudenken. "Unternehmen schätzen ein positives, unterstützendes Geschäftsklima in einer Region, außerdem niedrige Abgaben, starke Absatzmärkte, ausgebildete Menschen, Internationalität, einen verlässlichen Rechtsrahmen usw.", so Harms. Kritisch würden exzessive Auflagen

auf ihre Forderungen einzugehen und nicht ein umgekehrtes Verhalten von den Kunden zu fordern. Außerdem müssten Strukturveränderungen schnell und beherzt angepackt werden. Dabei müssten zunächst die Prozesse korrigiert werden, bevor neue Technologien zum Einsatz kämen.

Zuallererst müsse sich eine glaubwürdige Führung allerdings kritisch selbst fragen, ob die Führungskräfte an den richtigen Themen arbeiteten und überhaupt interessiert seien. "Do you like what you are doing?", "Do you understand why you are doing it?", "Are you active and creative in your work?", "Can you see the results of your efforts?", "Why does your organization exist?", "How is the organization better off because of your work?" - diese von Charles Hendricks frech für das Management formulierten Fragen hielt Harms seinen Zuhörern vor Augen.

Auch e-government und neue Technologien seien Bereiche, in denen Kommunen und Ministerien schon heute strategische und konkrete Entscheidungen treffen müssten. Entscheidend sei ferner die Förderung der Mitarbeiter-Potentiale und schließlich erfordere die Partnerschaft mit eigenständigen Mitarbeitern auch neue Fähigkeiten des Managements. "Nur wenn die Führung die Seele auspackt, tragen die Verkäufer ihre Seele auch zu Märkte", zitierte Harms Frau G. Höhler. Zum Abschluss zeichnete er ein locker-flockiges Bild vom künftigen Wirtschaftsstandort Deutschland im Jahre 2020: eine "hippige" und nachhaltig positive Atmosphäre für Technologie, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur mit weltweit bekannten Schwerpunkten. Es muss Spaß machen und sich lohnen, in Wirtschaft und Verwaltung zu arbeiten, vor allem auch in den Schulen und Rathäusern.

Erstmals wurde eine feierliche Abendveranstaltung der Hochschule musikalisch von den Darbietungen der Semesterband der Hörerschaft umrahmt. Mit so unterschiedlichen Stücken wie "Killing me softly" und "Venus" sangen und spielten sich die talentierten Rechtsreferendarinnen und Referendare bzw. Aufbauhörer in die Herzen des Publikums. Rektor Hill dankte den Beteiligten für ihr Engagement und für dieses Zeichen der Zusammengehörigkeit von Hörern und Hochschule. Diesem Aspekt solle künftig weiterhin ein großes Gewicht beigemessen werden.

Der Vortrag ist in der Reihe der Speyerer Vorträge als Heft Nr. 61 erschienen und ist im Rektorat der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer gegen einen Kostenbeitrag von 10,- DM zu beziehen.

Jörg Menno Harms

Foto: privat

und Regulierungen, eine unverständliche Amtssprache sowie tradiertes Obrigkeitsverhalten bewertet.

Die Wirtschaft erwarte in erster Linie Produktivitätssteigerungen in allen zugelieferten Dienstleistungen, und zwar schnell. Das erfordere ständiges und kräftiges Verändern. Harms empfahl der Verwaltung hierzu, den Wettbewerb zu suchen, ja sogar zu stimulieren, ihre Leistungen und ihren Aufwand bewusst mit ähnlichen Dienstleistern zu vergleichen, und zwar nur mit den besten. Der Leistungsumfang könne eingeschränkt werden; man müsse sich auf das konzentrieren, was man am besten könne. "Setzen Sie aggressive Kosten- und Produktivitätsziele und kontrollieren Sie gemeinsam die Durchführung", riet Harms. "Messen Sie Produktivität und Motivation - und halten Sie grundsätzlich das Geld knapp, das ist die beste Wurzel für starke Kreativität und Veränderung!" Harms empfahl weiter, die eigenen Kunden verstehen zu lernen,

"Globalisierung beginnt zu Hause!"

Präsident der Bundesanstalt für Arbeit zum Thema Beschäftigungspolitik an der DHV Speyer

Den deutschen Arbeitsmarkt im Zeichen der Globalisierung skizzierte der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Bernhard Jagoda, am 29. Januar 2001 in seinem Vortrag an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. Bereits seit vielen Semestern kommt Jagoda an die Hochschule, um den Hörerinnen und Hörern zum Abschluss des Kolloquiums "Arbeitsmarkt und Arbeitsmarktpolitik" auch einmal seine persönliche Sicht der Dinge zu präsentieren. Die Veranstaltung führt Jagoda regelmäßig gemeinsam mit dem Referatsleiter Controlling, Führungsinformation und Sonderaufgaben der Bundesanstalt für Arbeit, Dr. Klaus Schuberth, durch.

Zahlreiche Hörerinnen und Hörer und auswärtige Gäste ließen sich von Jagoda zunächst die Entwicklung der Globalisierung bis zum heutigen Tage vor Augen führen. Dabei wurde deutlich, dass sich die Globalisierung heutzutage vor allem durch das ungeheure Tempo auszeichnet, mit dem der technische Fortschritt die Wirtschaft und ihre Innovationen vorantreibt. Auch in Deutschland wehe der Wind des Wettbewerbs rauer, seit die internationale Konkurrenz stärker geworden sei. Bestehende Defizite würden dadurch noch schmerzhafter deutlich.

"Es sind noch viele Hausaufgaben zu

machen, um den Arbeitsmarkt wieder in Ordnung zu bringen", so Jagoda. "Globalisierung beginnt zu Hause!" zitierte er ein englisches Sprichwort als Aufforderung an die Politik, den eigenen Wirtschaftsstandort durch günstige Rahmenbedingungen im internationalen Wettbewerb zu stärken.

In der sozialen Marktwirtschaft seien

Innovationskraft. Die deutsche Volkswirtschaft, die ihren Wohlstand ihrer Innovationskraft und der Produktion von hochwertigen Waren verdanke, bleibe darauf angewiesen, neue Prozesse und Produkte zu entwickeln. "Nicht zuletzt um ein Hochlohnland bleiben zu können, muss die Bundesrepublik auch weiterhin ein Hochtechnologieland sein", so Jagoda.

Weil Innovationen von Menschen erdacht, entwickelt und umgesetzt würden, seien gut ausgebildete Arbeitnehmer unverzichtbar. Bildung und Ausbildung nannte Jagoda "die Quellen, aus denen ein Hochtechnologieland seine Kraft schöpft". Individuen müssten dazu befähigt werden, ihre eigenen Lebensvorstellungen mit den Herausforderungen ihres Berufes in Einklang zu bringen und schnell auf Veränderungen zu reagieren. Auch müssten neue Formen der Erwerbstätigkeit und des Erwerbsverhaltens gefunden werden. Diesen Wandel im Beschäftigungssystem müsse ein Umdenken in der Gesellschaft begleiten, das auch mehr Eigeninitiative vom

Mehr Beschäftigung durch mehr Wachstum: Bernhard Jagoda referierte an der DHV. Foto: Venus

es vor allem die Unternehmen, die zusätzliche Arbeitsplätze schafften und so einen wichtigen Beitrag zu mehr Beschäftigung leisteten. Aber auch der Staat müsse die Rahmenbedingungen für Investitionen und Existenzgründungen verbessern. Das schaffe nicht nur Arbeitsplätze, sondern stärke auch die

Bürger verlange.

Darin sah Jagoda zugleich eine Herausforderung für die Bundesanstalt für Arbeit in ihrer Marktinformations-, Vermittlungs- und Marktanpassungsfunktion. Sie antworte darauf mit einer Erweiterung ihres Dienstleistungsangebotes, insbesondere im Internet.

Verwaltungsmodernisierung als Veränderungsprozess

"Verwaltungsmodernisierung als Veränderungsprozess" lautete das Thema, das Prof. Dr. Carl Böhret am 7.11.2000 in der Führungsakademie der Bundesanstalt für Arbeit behandelte.

Gesetzesfolgenabschätzung: mystisch? mutig? machbar?

Im Forschungszentrum Karlsruhe / ITAS referierte Prof. Dr. Carl Böhret am 13.11.2000 über die Frage "Gesetzesfolgenabschätzung: mystisch? mutig? machbar?"

Faktor Zeit und Funktionaler Staat

An der Universität Fribourg (Schweiz) hielt Prof. Dr. Carl Böhret am 16. und 17.01.2001 zwei Gastvorlesungen zu den Themen: "Der Faktor Zeit in der Politik" und "Die Rolle des funktionalen Staates".

Neuer Prorektor gewählt

Univ.-Prof. Dr. Rudolf Fisch löst Univ.-Prof. Dr. Siegfried Magiera ab

Seit 1. Oktober hat die Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer einen neuen Prorektor: Der Senat wählte im Sommersemester 2000 Univ.-Prof. Dr. phil. Rudolf Fisch, Inhaber des Lehrstuhls für Empirische Sozialwissenschaften unter besonderer Berücksichtigung der Verwaltung, in dieses Amt.

Fisch löst damit Univ.-Prof. Dr. Siegfried Magiera ab, der von 1997 bis 1999 als Rektor und seit 1.10.1999 als Prorektor verantwortlich zeichnete. Fisch fungiert nun als Stellvertreter des Rektors, Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill, dem er im Oktober 2001 im Amt nachfolgen wird. Der Rektor der Hochschule wird alle zwei Jahre neu gewählt.

Nach dem Studium der Psychologie, Physiologie und Psychiatrie mit Diplom-Abschluss im Fach Psychologie promovierte Fisch 1967 an der Universität Bochum. 1972 habilitierte er sich in Saarbrücken für das Fach Psychologie. Nach

Forschungstätigkeiten an den Universitäten Bochum, Düsseldorf und Saar-

Univ.-Prof. Dr. Rudolf Fisch Foto: privat
brücken wurde er als Professor für Psychologie an die Universität des Saar-

landes, Saarbrücken, berufen. 1974-1992 war er Inhaber des Lehrstuhls für Sozialpsychologie an der Universität Konstanz.

Seit 1992 hat er den Lehrstuhl für Empirische Sozialwissenschaften unter besonderer Berücksichtigung der Verwaltung an der DHV Speyer inne. Von 1995 bis 1997 war er Wissenschaftlicher Beauftragter für das III. Führungskolleg bei der Hochschule. Daneben ist er als Mitglied des Vorstands des Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung aktiv.

Fisch ist darüber hinaus Mitglied in zahlreichen Expertenkommissionen und Fachgruppen. Seine Forschungsschwerpunkte sind Verhalten in Organisationen, zum Beispiel Teamarbeit und Kreativität; Führen, Zusammenarbeiten und Entscheiden bei komplexen Verwaltungsaufgaben, Methoden der empirischen Sozialforschung (Beobachtungsmethoden, systematische Evaluation) sowie Wissenschaftsforschung.

Mitarbeit in Expertenkommissionen u.ä.

Univ.-Prof. Dr. Carl Böhret amtiert weiterhin als Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats der Europäischen Akademie zur Erforschung von Folgen wissenschaftlich-technischer Entwicklungen (Bad Neuenahr).

Univ.-Prof. Dr. Carl Böhret wurde in den Herausgeberbeirat der im Springer-Verlag erscheinenden Zeitschrift "Poiesis & Praxis. International Journal of Technology Assessment and Ethics of Science" berufen.

Univ.-Prof. Dr. Gisela Färber wurde am 30. August 2000 auf Beschluss der Bundesregierung vom Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung als Mitglied des Sozialbeirats für die Rentenversicherung berufen.

Univ.-Prof. Dr. Stefan Fisch wurde am 18. September 2000 zum Präsidenten des Deutsch-Französischen Komitees zur Erforschung der deutschen und französischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts e.V./Comité franco-allemand de recherche sur l'histoire de la France et de l'Allemagne aux XIXème et XXème siècles gewählt.

Das Kuratorium des Instituts für Rechtspolitik an der Universität Trier hat am 29.11.2000 Ministerialdirigent Prof. Dr. Klaus-

Eckart Gebauer als Mitglied in den Wissenschaftlichen Beirat berufen.

Univ.-Prof. em. Dr. Rudolf Morsey ist vom Kuratorium der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte in Heidelberg erneut für weitere fünf Jahre in deren Beirat berufen worden. Er gehört dem Beirat seit dessen Gründung im Jahre 1990 an.

Univ.-Prof. em. Dr. Rudolf Morsey ist vom Kuratorium der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus in Bad Honnef/Rhöndorf erneut in den Beirat dieser Stiftung berufen worden. Er gehört dem Beirat seit dessen Gründung im Jahre 1972 an.

Zum 5. Februar 2001 wurde Univ.-Prof. Dr. Rainer Pitschas von der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags "Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements" zu einer Anhörung sowie einem vorherigen Vortrag über das Thema "Bürgerschaftliches Engagement und Verwaltungsreform" eingeladen.

Univ.-Prof. Dr. Helmut Klages wurde vom Chef der Staatskanzlei des Saarlandes in den dortigen Beirat zur Modernisierung der Landesverwaltung berufen.

Ehrendoktor für Univ.-Prof. Dr. Klaus Lüder

Ruhr-Universität Bochum zeichnet Speyerer Professor aus

Univ.-Prof. Dr. Klaus Lüder, Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftliche Staatswissenschaften, insbesondere Öffentliche Finanzwirtschaft und Allgemeine Betriebswirtschaftslehre an der DHV Speyer, wurde am 25. Oktober 2000 mit einer der höchsten Ehren ausgezeichnet, die eine Universität vergeben kann: Die Fakultät für Wirtschaftswissenschaften der Ruhr-Universität Bochum verlieh Prof. Lüder die Würde eines Ehrendoktors ("Doktor rerum oeconomicarum honoris causa") für seine "Verdienste um die theoretische Fundierung eines neuen öffentlichen Rechnungswesens und dessen Entwicklung zum ‚Speyerer Modell‘".

International gilt Prof. Dr. Klaus Lüder, der im August 2000 seinen 65. Geburtstag feierte, als Experte des öffentlichen Rechnungswesens. Seit vier Jahrzehnten beschäftigt er sich damit, die allgemeine Betriebswirtschaftslehre mit Konzeptionen zur Praxisanwendung - insbesondere auch für den öffentlichen Sektor - zu verbinden. Das von ihm entwickelte Neue Kommunale Rechnungswesen (NKR), das auch unter den Begriffen "Speyerer Modell", "Kaufmännisches Rechnungswesen" und "Integrierte Verbundrechnung" bekannt geworden ist, brachte ihm internationalen Ruhm und Anerkennung.

U.a. hat sich Lüder mit der Gestaltung der Investitionsrechnung der ehemaligen Bundespost, mit der Rechnungslegung von öffentlichen Rundfunkanstalten und mit der Kosten- und Leistungsrechnung in Mittelbehörden befasst. Gemeinsam mit dem Rechnungshof Nordrhein-Westfalen hat er den Prototyp eines an den

kaufmännischen Geschäftsbericht angelehnten Finanzberichtes für das Land Nordrhein-Westfalen entwickelt. 1994 - 1999 führte er in Zusammenarbeit mit

chen setzte er sich insbesondere in Kanada, USA, Australien, Neuseeland, aber auch in Europa - Schweden, Spanien und Italien - für die Konsolidierung des Neuen Rechnungswesens ein. Anfragen zu seinen Forschungen erhielt er aus aller Welt und verhalf somit letztendlich auch der DHV Speyer zu internationaler Bekanntheit.

Nach einer Ausbildung zum Industriekaufmann und dem Studium der Technischen Volkswirtschaft an der Universität Karlsruhe wurde Lüder 1964 zum Dr. rer.pol. promoviert. 1968 folgte die Habilitation für das Fachgebiet Betriebswirtschaftslehre. Von 1969 bis 1981 war er als ordentlicher Professor für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre und Betriebswirtschaftslehre der öffentlichen Verwaltung an der Universität Hamburg tätig, seit 1981 ist er Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliche Finanzwirtschaft und Allgemeine Betriebswirtschaftslehre an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. Von 1995 bis 1997 war er Rektor der Hochschule sowie von 1988 bis 1994 Stellvertretender Direktor des Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung (FÖV).

Als Gastprofessor lehrte er an der University of Illinois at Chicago, USA (1990), der University of Marketing und Distribution Sciences (UMDS) in Kobe, Japan (1992), der University of Victoria, Victoria, B.C., Kanada (1994), der University of Tampere, Finnland (1997) und der Macquarie University, Sydney, Australien (2000).

Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Klaus Lüder
Foto: privat

dem Innenministerium Baden-Württemberg in der Stadt Wiesloch ein doppisches Rechnungswesen anstatt des traditionellen kameralistischen Rechnungswesens ein. Beratende Tätigkeiten nahm er bei der Fédération des Experts Comptables Européens und HM Treasury betreffend 'Governmental Asset Accounting' sowie beim hessischen Finanzministerium in Bezug auf ein öffentliches Rechnungswesen für das Land Hessen wahr.

Bei Forschungsaufenthalten und Besu-

Gastaufenthalt an der University of California Irvine

Univ.-Prof. Dr. Heinrich Reiner mann hielt sich während des Wintersemesters 2001 im Zuge seines Forschungssemesters beim Center for Research on Information Technology and Organizations (CRITO) an der University of California Irvine in Irvine, Kalifornien auf. In diesem Zeitraum hat er Studien zum Themenbereich Electronic Government - Electronic

Gastprofessor Vintar

Während des Forschungssemesters von Univ.-Prof. Dr. Heinrich Reiner mann führte Univ.-Prof. Dr. Mirko Vintar, Universität Ljubljana, Slowenien, im Wintersemester 2000/01 als Gastprofessor eine projektbezogene Arbeitsgemeinschaft zum Thema "Reorganisation und Informatisierung von Behörden" in drei Blockveranstaltungen an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer durch.

Gastprofessur Professor von Arnim an der Universität zu Lübeck

Univ.-Prof. Dr. Hans Herbert von Arnim nahm im Wintersemester 2000/01 auf Einladung der Medizinischen Universität zu Lübeck die Gastprofessur der Hanseatischen Universitätsstiftung zu Lübeck wahr.

10-jähriges Jubiläum der J.J.Becher-Gesellschaft

Am 11.3.2001 feierte die 1991 an der DHV Speyer gegründete Johann Joachim Becher-Gesellschaft (JJBG) ihr 10-jähriges Jubiläum mit einer Vortragsveranstaltung über den 1635 in Speyer geborenen Merkantilisten, Naturwissenschaftler und Bildungspolitiker. Anschließend wurde die erste J.J. Becher-Ausstellung eröffnet (Werke und Wirken, Modelle und Schautafeln). Idee und Gestaltung: Prof. Dr. Carl Böhret/Dr. W. Eger.

Der JJBG-Vorsitzende, Oberbürgermeister a.D. Dr. Christian Roßkopf (Ehrensensator der DHV), konnte zahlreiche hochrangige Gäste und fast alle Mitglieder der Gesellschaft begrüßen. Die enge Verbindung zwischen Hochschule und JJBG kommt auch durch das Mitwirken mehrerer Lehrstuhlinhaber zum Ausdruck: Aktive JJBG-Mitglieder sind die Univ.-Professoren Dres. Carl Böhret, Rudolf Fisch, Klaus König und

Heinrich Reinermann.

Auch die DHV-Lehrbeauftragten Dr. Schwarting (Mainz) und Dr. Grewenig (Völklingen/Saar) gehören der Gesellschaft an.

Traditionell werden wichtige Veranstaltungen der JJBG an der DHV durchgeführt, so alle zwei Jahre die Verleihung des JJB-Preises zur Förderung der Wissenschaften.

Seit zehn Jahren dem Wirken J.J.Bechers verschrieben: Vorsitzender Christian Roßkopf beim Jubiläum der Becher-Gesellschaft

Foto: Lenz

Neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an der DHV Speyer

15.10.2000	Ilse Steiger, Sekretärin am Lehrstuhl von Univ.-Prof. Dr. Duwendag
01.11.2000	Assessorin Ramona Betz, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl von Univ.-Prof. Dr. Magiera
01.11.2000	Stefan Koch, M.A., Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl von Univ.-Prof. Dr. R. Fisch
01.12.2000	Assessor Stephan Wrona, Mag.rer.publ., FKS
01.01.2001	Edeltraud Schröck, Bibliotheksangestellte
01.02.2001	Assessor Oliver Graf, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl von Univ.-Prof. Dr. Bohne
01.03.2001	Diplom-Volkswirt Oliver Schmidt, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl von Univ.-Prof. Dr. Duwendag
01.03.2001	Edith Göring, Angestellte im Hörersekretariat (halbtags)

Ausgeschiedene Mitarbeiter der DHV Speyer

31.10.2000	Gertrud Auf der Mauer, Referentin für internationale und Europa-Angelegenheiten
31.10.2000	Dr. Dieter Beck, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl von Univ.-Prof. Dr. R. Fisch (jetzt FÖV)
31.10.2000	Dr. phil. Caroline Dupuis, Wissenschaftliche Bibliothekarin
30.11.2000	Diplom-Volkswirt Dr. Dr. Hermann Knödler, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl von Univ.-Prof. Dr. Duwendag (jetzt FÖV)
31.12.2000	Ursula Pfeifer, Bibliotheksangestellte
14.01.2001	Diplom-Politologin Beate Klehr, Referentin in der Abteilung 1 der Hochschulverwaltung
31.12.2000	Diplom-Soziologin Sandra Kohl, Mag.rer.publ., Wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Speyerer Qualitätswettbewerb
31.01.2001	Assessorin Sabine Frenzel, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl von Univ.-Prof. Dr. Bohne (jetzt FÖV)
28.02.2001	Christel Seidl, Verwaltungsangestellte im Hörersekretariat

Kleine Buchstaben – große Wirkung

Agentur wspdesign realisiert Corporate Design der DHV Speyer

Am Anfang standen viele Fragen: Als der Rektor im Oktober 1999 die Arbeitsgruppe Internet/Corporate Design einsetzte, mussten sich die Mitglieder erst Klarheit darüber verschaffen, worin in den nächsten Wochen und Monaten ihre Hauptaufgabe bestehen würde. Die DHV Speyer wollte sich ein neues Logo, d.h. ein neues Marken- bzw. Firmenzeichen, und ein neues Corporate Design zulegen. Ausgehend von dem traditionellen "gelben Balken", dem Siegel und dem Wapen mit Bund und 16 Ländern, die die Hochschule in verschiedenen Kombinationen auf

Ihren Veröffentlichungen und Broschüren benutzte, und dem neuen Corporate Design des Forschungsinstituts sollte eine neue Außendarstellung entstehen.

Grund war vor allem der Wandel in der eigenen Sichtweise. Während sich die Hochschule früher alt-ehrwürdig, konservativ, staatstragend und bürokratisch präsentierte, will sie sich nun modern, up-to-date, zukunftsweisend und dynamisch darstellen, damit die Außendarstellung mit den modernen Inhalten Forschung und Lehre überein-

stimmt, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sich stärker mit der Hochschule identifizieren können und ein besseres Zusammengehörigkeitsgefühl entsteht. Hauptmerkmale der Hochschule heute sind ihre Wissenschaftlichkeit und Praxisbezogenheit, ihre Interdisziplinarität und ihr Charakter eines föderalen Begegnungsforums sowie das Ineinandergreifen ihrer Aus- und Weiterbildungsangebote, ihre internationale, insbesondere europabezogene Ausrichtung und ihre überschaubare Größe. Damit ist sie moderner Dienstleister für Bund und Länder. Im neuen Logo sollten sich diese Merkmale möglichst widerspiegeln. Die Grundfarben Gelb und Schwarz sollten beibehalten werden, Bund und Länder sollten als Träger der Hochschule erkennbar sein und der Bekanntheitsgrad der Abürzung "DHV Speyer" sollte erhöht werden.

Nach einem Wettbewerb mit acht Werbeagenturen, in dessen Rahmen eine Bewertung der Vorschläge durch alle Angehörigen der Hochschule erfolgte, wurde in enger Abstimmung mit der siegreichen Werbeagentur wspdesign aus Heidelberg eine Lösung für die Printmedien gefunden, die bereits zum Beginn des Wintersemesters 2000/01 realisiert werden konnte. Mit dem neuen Internetauftritt, der ebenfalls grundsätzlich von wspdesign gestaltet und im Detail vom Referenten des Hochschulrechenzentrums, Akad. Direktor Wilfried Frankenbach, ausgearbeitet und umgesetzt wurde, konnte die Hochschule auch schon Anfang Januar 2001 ans Netz gehen. Im Laufe des Wintersemesters 2000/01 wurde das neue Corporate Design auf allen Veröffentlichungen und Broschüren der Hochschule konsequent Schritt für Schritt umgesetzt. Daran hatte nicht nur das Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit großen Anteil, auch die Mitarbeiter des Tagungs- und Hörersekretariats und insbesondere der Hausdruckerei haben hierzu entscheidende Beiträge geleistet. Alle diese Anwendungen wären jedoch ohne das Rechenzentrum, das die einzelnen Aktivitäten immer tatkräftig unterstützte, ebenfalls nicht denkbar gewesen.

Das betrifft aber "nur" den Teil der Umsetzung. Die Ideen, die Entwürfe und die Grundlagen für das neue Corporate Design lieferte die Werbeagentur wspdesign aus Heidelberg. Sie ist eine Heidelberger Full Service Agentur für klassische Werbung und Neue Medien mit insgesamt 16 Mitarbeitern.

In beiden Bereichen strebt die Agentur eine enge Zusammenarbeit mit ihren Kunden an, denn erfolgreiche Werbung ist immer Teamwork. Ihre Mitarbeiter Manfred Strehl, Gerd Waldschaks und Jochen Lepkowski standen der Hochschule dann auch jederzeit und bei allen Fragen mit Rat und Tat zur Seite. Fachlich äußerst kompetent und gleichzeitig immer hilfsbereit, so präsentierte sich die Agentur. Dadurch verlief die Zusammenarbeit über den gesamten Zeitraum des Projekts, also über mehr als ein Jahr, äußerst zufriedenstellend, kooperativ und fruchtbar. "Wir präsentieren uns selbst eher zurückhaltend", so Manfred Strehl von wspdesign. Zurückhaltung predigte er auch immer wieder im Hinblick auf die Außendarstellung der DHV Speyer. Was dabei herausgekommen ist, kann sich sowohl im Bereich der Printmedien als auch im Bereich des Internets durchaus sehen lassen und mit anderen modernen Außendarstellungen messen. Auch die meisten Mitarbeiter der Hochschule freuen sich über das neue Corporate Design. "Damit macht es viel mehr Spaß zu arbeiten, als mit dem alten gelben Balken", hört man von vielen Seiten.

Nähere Informationen über wspdesign finden Sie im Internet unter www.wspdesign.de.

Mit neuem Internet-Auftritt ans Netz

Am Ende ging doch alles viel schneller als erwartet. Erst im Herbst 2000 hatte die DHV Speyer die ersten Briefings zum Thema Internet mit der Werbeagentur wspdesign,

die bereits die Gestaltung der Printmedien für die Hochschule übernommen hatte, durchgeführt. Und schon Anfang Januar 2001 waren die erforderlichen Vorarbeiten so weit gediehen, dass der Referent des Hochschulrechenzentrums, Akad. Direktor Wilfried Frankenbach, das Internet-Angebot der Hochschule vollständig auf den neuen Internet-Auftritt mit modernem Corporate Design umstellen konnte. Das hatte ihn zuvor nicht nur einige schlaflose Nächte, sondern vermutlich auch die Weihnachtsfeiertage gekostet...

Aber dafür entschädigt das Ergebnis denn doch vielfach. Die klar strukturierte, übersichtliche Homepage sieht vom Design her

sehr ansprechend aus und besticht durch ihre (Multi-)Funktionalität. Sie entspricht außerdem den technischen Anforderungen, die die Arbeitsgruppe Internet/Corporate Design entwickelt hatte. Schnelle Aufbauzeiten, keine plugins, Lesbarkeit an allen PCs usw., alles Dinge, die wspdesign uneingeschränkt verwirklichen konnte. Natürlich gibt es trotzdem einige eye-catcher: So laufen beim Aufbau des Logos das rote und das gelbe Kästchen von oben erst einmal durch die anderen 14 schwarzen Kästchen (= "Länder"), bevor sie unten rechts ihren Platz einnehmen. Auch die interaktive Gestaltung der 6 benutzerfreundlich angeordneten Hauptmenüpunkte (Studium, Weiterbildung, Forschung, Aktuelles, Dienste, Über uns) ist ein Hingucker. Scrollt man über einen dieser Menüpunkte, so erscheint nicht nur das passende Foto, sondern man erhält auf der linken Seite gleichzeitig die entsprechenden Submenüpunkte, die schon direkt auf der Homepage angeklickt werden können. Auch hier steht die Kunden- und Nutzerfreundlichkeit im Vordergrund.

Für die Gestaltung aller Seiten unterhalb der Homepage und für die entsprechende Verknüpfung der Seiten zeichnet Akad. Direktor Wilfried Frankenbach verantwortlich. Er hat dabei mit dem Internet-Auftritt der Weiterbildung begonnen, der jetzt aktualisierte Informationen über das Jahresprogramm und über neue Veranstaltungen bietet, die im Laufe des Jahres zusätzlich angeboten werden. Inzwischen sind aber auch die Bereiche "Studium" und "Dienste" fast vollständig realisiert, und der Hinweis "Diese Seiten befinden sich im Aufbau" verschwindet zusehends aus dem Angebot.

DHV Speyer multimedial?!

Neue Medien in Aus- und Fortbildung und Virtueller Campus Rheinland-Pfalz

Gerade für die Aus- und Fortbildung sind sie besonders interessant: die "neuen Medien". Und gerade die DHV Speyer, deren Teilnehmer an Studiengängen und Fortbildungsveranstaltungen aus allen deutschen Ländern kommen und teilweise beachtliche Wege und Reisezeiten auf sich nehmen müssen, könnte und sollte sie sich stärker zunutze machen.

So haben auch viele der Professorinnen und Professoren der Hochschule bereits die vielfältigen Möglichkeiten erkannt, die die neuen Medien bieten. Insbesondere das Internet eignet sich hervorragend, um Materialien (Skripten, Folien etc.), Literaturhinweise und sonstige weiterführende Hinweise zu Lehrveranstaltungen und Fortbildungsveranstaltungen für die Teilnehmer bereitzustellen. Diese sind im Netz zeit- und ortsunabhängig verfügbar. Zehn der 18 Lehrstuhlinhaber der DHV sind schon mit einer eigenen Homepage und einem umfassenden Internet-Auftritt im World Wide Web vertreten.

Virtueller Campus Rheinland-Pfalz (VCRP)

Der Trend in Richtung "virtuelle Lehre" geht aber noch weiter. Zunehmend gefragt sind echte virtuelle Lehr- und Lernangebote. Diese müssen an der DHV Speyer noch entwickelt werden. Um derartige Aktivitäten zu bündeln und zu unterstützen, hat die Landeshochschulpräsidentenkonferenz in ihrer Sitzung am 24. Januar 2000 beschlossen, den Virtuellen Campus Rheinland-Pfalz (VCRP) ins Leben zu rufen. Da die Hochschulen in Rheinland-Pfalz im Bereich der netzbasierten Hochschullehre bereits beachtliche Projekte entwickelt und in den Regelbetrieb übernommen haben, darunter elf BLK-geförderte Fernstudienprojekte, aber auch Teleteaching-Veranstaltungen oder -Teilstudiengänge, soll dieses vielfältige Angebot zunächst auf Landesebene gesammelt, zugänglich gemacht und systematisch genutzt werden. Dies soll den Nukleus des VCRP bilden. Dabei wird die Ausweitung des VCRP durch Einbezie-

hung des Saarlandes im Rahmen der gemeinsamen Hochschulentwicklung Saarland-Trier-Westpfalz als Option eingeplant.

Der VCRP soll also keine neue virtuelle Hochschule bilden, wie beispielsweise die virtuelle Hochschule Bayern, sondern besteht im Kern aus einem strukturierten Angebot der ohnehin verfügbaren netzbasierten Lehrangebote und Lehrmaterialien von Lehrenden rheinland-pfälzischer Hochschulen. In diesem Sinne kann er als Plattform verstanden werden, dessen bloße Existenz bereits einen Anreiz darstellen dürfte, zusätzliche Materialien netzfähig zu entwickeln und anzubieten.

Das Leitbild des VCRP umfasst folgende Aspekte:

- 1. Die Präsenzhochschulen schaffen durch Vernetzung untereinander ein Mehrwert-Angebot für Lehrende und Studierende.**
- 2. Der Virtuelle Campus fördert Transparenz und Profil des Studienstandortes Rheinland-Pfalz für Lehrende, Studierende und Studieninteressierte.**
- 3. Virtuelle Lehre folgt den Prinzipien von Autonomie und Verantwortung wie Präsenzlehre.**
- 4. Der Virtuelle Campus fördert Hochschulleben auch außerhalb unmittelbar auf die Lehre bezogener Aktivitäten.**

Es soll im VCRP auch Segmente geben, die nicht unmittelbar auf die Lehre Bezug nehmen, den VCRP aber wesentlich mit charakterisieren. Vorgesehen sind Angebote zur Unterstützung der akademischen Selbstverwaltung, zur Förderung und Unterstützung der Studierenden in Angelegenheiten ihrer studentischen Selbstverwaltung und Interessenwahrnehmung, zur Information für Studierende und Studieninteressierte sowie zum Selbststudium für Lehrende und Studierende in Feldern nicht-fachgebundener Kompetenzen, wie Präsentation, Internetnutzung, Schreib- und Ausdruckskompetenz.

Zur Koordinierung aller Aktivitäten des VCRP wurde in Mainz eine Geschäfts-

stelle eingerichtet. Ferner existieren ein sogenannter Lenkungsausschuss und verschiedene Arbeitsgruppen zu den Bereichen Netz-/Portalstruktur, Urheber- und Nutzungsrechte, Autorensysteme sowie Marketing. Auch gibt es ein technisches Kompetenzzentrum für den Betrieb des VCRP, das beim regionalen Hochschulrechenzentrum der Universität Kaiserslautern angesiedelt ist. An den seit Oktober 2000 regelmäßig stattfindenden Treffen der Kontaktpersonen der Hochschulen für den Virtuellen Campus hat Regierungsrätin Sabine Brieger für die DHV Speyer teilgenommen. Die Kontaktpersonen sollen vor allem die Weiterleitung von Informationen zwischen dem VCRP und den Hochschulen sicherstellen. Inzwischen ist der VCRP auch im Internet vertreten (www.vcrp.de).

Arbeitsgruppe Neue Medien

Um die virtuelle Lehre auch an der DHV zu fördern, hat der Rektor bereits im Mai 2000 die Arbeitsgruppe Neue Medien in der Aus- und Fortbildung an der Hochschule ins Leben gerufen. Teilnehmer dieser Arbeitsgruppe sind die Professoren von Arnim, R. Fisch, Hill, Jansen, Reinermann, Sommermann sowie Akad. Direktor Frankenbach, Forschungsreferentin Ihringer, M.A., und Regierungsrätin Brieger. Im Rahmen einer Sitzung dieser Arbeitsgruppe war am 16. Januar 2001 auch der Geschäftsführende Leiter des VCRP, Privatdozent Dr. Thomas Efferth, an der DHV Speyer zu Gast, um den interessierten Professoren den VCRP selbst und seine Aktivitäten bei der Bündelung und Unterstützung multimedialer Studienangebote vorzustellen und gleichzeitig über mögliche Beiträge der DHV Speyer zum VCRP zu sprechen. War zu diesem Zeitpunkt die Resonanz bei den Professoren noch relativ gering, so ist doch Rektor Hill auch in diesem Falle wieder einmal hartnäckig geblieben. Ihm ist es gelungen, gemeinsam mit zwei weiteren Universitäten eine finanzielle Förderung vom Bundesministerium für Bildung und Forschung für ein Projekt zur Entwicklung von multimedialen Lehr- und Lernmaterialien zu erlangen (siehe Seite 13).

"Alma Mater Virtualis"

DHV Speyer geht neue Wege in Sachen Lehre und Fortbildung Attraktive Möglichkeiten des virtuellen Lernens und Lehrens

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) fördert im Rahmen des Programms "Neue Medien in der Bildung" ein zukunftsweisendes Projekt an der DHV Speyer. Das dreijährige Vorhaben steht unter dem Titel "Entwicklung multimedialer Lehrkonzepte zur Integration in der Hochschulausbildung im Bereich Public Policy" und wird in Kooperation mit der Universität Erfurt (Federführung) und der Europa-Universität Viadrina (Frankfurt/Oder) durchgeführt. Ab Juli 2001 werden die Projektbeteiligten multimediale Lehr- und Lernkonzepte für den Bereich Public Policy bzw. Verwaltungswissenschaften zur Ausbildung von Entscheidungsträgern in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft entwickeln.

Die drei Hochschulen werden in einem neuartigen Gesamtkonzept die Möglichkeiten von Multimedia und Neuen Medien für die Lehre nutzen. Unter der Leitung von Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill wird die Arbeitsgruppe der DHV Speyer mit dem Teilprojekt "Public Policy/Verwaltungswissenschaften" das Lehrangebot der DHV durch lehrbegleitende Distance-Learning- und Distance-Teaching-Phasen erweitern. Aufgabenschwerpunkt des Speyerer Teams wird insbesondere die didaktische (Neu)-Konzeption der Präsenzlehre sowie Entwicklung und Betreuung von Online-Lehrveranstaltungen für den Bereich der Verwaltungswissenschaften sein.

Warum Neue Medien in der Lehre der DHV?

Unbestritten ist die Tatsache, dass mit dem richtig ausgewählten Einsatz neuer Darstellungsmedien - z.B. Video oder Kommunikationsmedien wie das Internet - eine Steigerung der Lehrqualität erzielt werden kann. Insbesondere Lehrveranstaltungen mit Arbeitsgruppen können von diesem multimedialen Angebot profitieren, das zeit- und ortsungebunden genutzt werden kann. Zudem gewinnt der Lernstoff an Dynamisierung durch Integration der im Internet verfügbaren Informationen und Dokumente.

Durch computer- und netzgestützte Lerntechnologien wird in Ergänzung zum Seminarbetrieb an der DHV insbesondere studentisches Selbstlernen gefördert. Außerdem kann in methodischer Hinsicht problemorientiertes Lernen ausgehend von den fiktiven Szenarien

aus der Verwaltungspraxis durch Projektaufgaben unterstützt werden. Die im Projekt von der Universität Erfurt und Universität Frankfurt/Oder entwickelten multimedialen Instrumente können zudem in das Lehrangebot der DHV Speyer zu Staats- und Verwaltungswissenschaften und umgekehrt eingebunden werden.

Der Lehrstuhl für Verwaltungswissenschaften und öffentliches Recht entwickelt nun ein erstes, multimedial ergänztes Lehrangebot. Ziel dieses Vorhabens ist vorerst die mediengestützte Gestaltung neuer Lehr-/Lernformen zu den Themen "Governance", "Die Rolle des Parlaments im neuen Steuerungsmodell" und "Public Private Partnership". Die DHV Speyer projiziert damit eigenständig studienbegleitende Lernmodule, die den Projektpartnern zur Integration in deren Studiengänge und gegebenenfalls auch weiteren Universitäten im In- und Ausland zur Verfügung gestellt werden können.

Nach diesem Modell einer ergänzenden virtuellen Lehre sollen Hörerinnen und Hörer künftig zum herkömmlichen Lehrangebot der DHV weitere multimediale Ressourcen der Verbundpartner Erfurt und Frankfurt/Oder nutzen können und damit auf universitärem Niveau praxisnah und wirtschaftsorientiert ausgebildet werden. Die inhaltlichen Bestandteile werden für den Regelbetrieb auf einer gemeinsamen webgestützten Plattform zusammengeführt, so dass in einer einheitlichen Umgebung ein reger Austausch stattfinden kann.

Die im Rahmen dieses Projekts entwickelten Module werden zunächst zur Verbesserung und Ergänzung des traditionellen Lehrangebots eingesetzt und kontinuierlich zu Einheiten fortentwickelt, die auch für das Selbststudium und die wissenschaftliche Weiterbildung geeignet sind. Im Lehrbetrieb sollen dann die neu entwickelten Lernmodule entweder online genutzt werden oder zum Herunterladen zur Verfügung gestellt werden können, um offline damit arbeiten zu können. Einige der Lernmodule sollten auch als CD-ROM erworben werden können und die Ergebnisse aus den Projektgruppen enthalten.

Neue Lehrkonzepte schaffen Freiräume

Die neuartigen Methoden in der universitären Lehre bedürfen auch neuer

didaktischer Lehrkonzepte. So werden die Präsenzveranstaltungen reduziert und durch die virtuelle Seminarform ergänzt. Dieses virtuelle Seminar wird dann über das Internet abgehalten und wird somit zum Medium der Betreuung, Präsentation, Diskussion und Begleitung der Lehrenden und Lernenden. In den virtuellen Veranstaltungen soll problemorientiert und kooperativ sowohl Wissen als auch Können im Umgang mit den neuen Medien erworben werden. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer erlernen somit künftig nicht nur Fachwissen, sondern werden auch medienkompetent; sie erleben, wie man mit virtuellen Lernangeboten effektiv umgehen und neue Formen der virtuellen Kooperation zum Lernen nutzen kann. Das neue Lehrkonzept umfasst folglich besonders die Beratung der Hörerinnen und Hörer und tutorielle Begleitung in den Online-Phasen, die neben den Präsenzphasen immer mehr an Gewicht gewinnen werden.

Studieren an der DHV Speyer nimmt also in Zukunft interessante Formen an. Die "Alma mater virtualis" entwickelt reizvolle Bausteine für ein neues Lernen in der Präsenzlehre: Durch den Einsatz neuer Medien wird eine verbesserte Lernsituation geschaffen, deren Möglichkeiten sich zeit- und ortsunabhängig wahrnehmen lassen. Damit gewinnt die Hochschullehre Freiräume für eine direkte und persönliche Kommunikation zwischen Lehrenden und Lernenden.



Ein Projekt im
**Zukunfts-
investitions-
programm**
der Bundesregierung

Ansprechpartner: Prof. Dr. Hermann Hill,
E-mail: hill@dhv-speyer.de

Start ins neue Semester

Antrittsversammlung zum WS 2000/2001 an der DHV Speyer am 2. November 2000

Die neuen Hörerinnen und Hörer bei der Semesterantrittsversammlung am 2. November 2000.

Tipps für die ersten Tage gab's von Regierungsrätin Brieger.

Foto: Venus

"Dies ist die letzte Tankstelle vor der Grenze zum Berufsleben, um noch einmal nach-, vor- und querdenken zu können - nutzen Sie sie." - So begrüßte der Rektor der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill, am Morgen des 2. November 2000 die 511 Hörer der Hochschule zum neuen Semester. Trotz prekärer Haushaltslage hätten sich alle deutschen Länder auch weiterhin bereit erklärt, die DHV Speyer zu finanzieren und damit in die Ausbildung der Hörer zu investieren - und das aus gutem Grund: In Speyer werde interaktiv und interdisziplinär gelehrt und geforscht. "Hier wird aktuelles Wissen vermittelt, keine alten Kamellen aus Gesetzeskommentaren." Die Zusammenarbeit mit Kollegen der unterschiedlichen Fachbereiche ermöglichte es, über den Tellerrand der Juristerei hinauszublicken. "Wir leben hier nicht in einem Elfenbeinturm, in dem schöne Theorien entwickelt werden, sondern wir entwickeln Konzepte für die praktische Anwendung. Wir sind ein Zukunftslabor, ein Silicon Valley der öffentlichen Verwaltung", sagte Hill. Insofern sei es ein Privileg für die Hörer, an der DHV Speyer studieren zu dürfen. Gleichzeitig prägten

sie aber auch die Identität der Hochschule. "Deshalb appelliere ich an Sie: arbeiten Sie intensiv mit", so Hill.

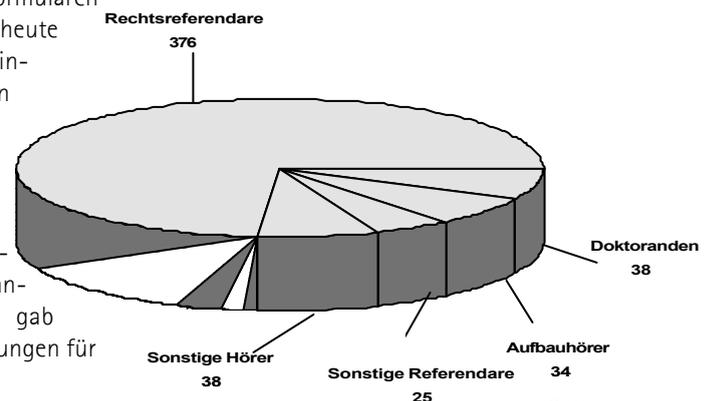
Im Namen der Stadt begrüßte Bürgermeister Hanspeter Brohm die Neubürger auf Zeit. In einem historischen Abriss ließ er die bedeutsame Geschichte Speyers vom Mittelalter bis heute Revue passieren. Neben seiner historischen Bedeutung als Sitz des Reichskammergerichts und Schauplatz von über 50 Reichstagen sei Speyer heute zugleich Dom-, Kultur-, Schul- und eine mittelständische Wirtschaftsstadt. Vor allem aber sei sie aufgeschlossen: "Genießen Sie die pfälzische Gastlichkeit", so Brohm.

"Meine Aufgabe ist es, Sie durch die Vielzahl von Formularen zu führen, die Sie heute morgen bei der Einschreibung erhalten haben." Regierungsrätin Sabine Brieger erläuterte den Neulingen das Verfahren zur Vergabe der Lehrveranstaltungen und gab Tipps und Hilfestellungen für

den Beginn des Semesters.

511 Hörer nahmen zum Wintersemester 2000/01 an der Hochschule ihr Studium auf oder setzten ihr im Sommersemester begonnenes Aufbaustudium fort, darunter 376 Rechtsreferendare, 25 Wirtschafts-, Regierungs- und Verwaltungsreferendare, 34 Aufbauhörer, 38 sonstige Hörer und 38 Doktoranden. Aus dem EG-Ausland kommen 4 Hörer sowie 41 aus Ländern Afrikas, Europas, Südamerikas und Asiens wie beispielsweise aus Marokko, der Mongolei, Tschechien, Togo, Burkina Faso, Venezuela, Brasilien, Nigeria, Bolivien oder der Volksrepublik China.

Hörer im Wintersemester 2000/01



Grafik: A. Joos

Aufbaustudium

Mit der Ausgabe der Themen der Magisterarbeiten am 30. Januar 2001 hat die Magisterprüfung 2000/2001 begonnen. An der Abschlussprüfung nehmen 28 Kandidatinnen und Kandidaten (22 Deutsche, 6 Ausländer) teil. Die mündliche Prüfung wird am 23. und 24. April stattfinden. Am Abend des 24. April soll die feierliche Übergabe der Magisterurkunden erfolgen.

Zum neuen - 26. - Jahrgang des verwaltungswissenschaftlichen Aufbaustudiums wurden 29 deutsche Hörerinnen

und Hörer (17 Juristen, 12 Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler) zugelassen. Zusammen mit 27 ausländischen Teilnehmerinnen und Teilnehmern, die zum größten Teil bereits ein Vorsemester in Speyer absolviert haben, nehmen 56 "handverlesene" Teilnehmerinnen und Teilnehmer an dem postuniversitären Studiengang teil. Über die Weiterentwicklung des Studiengangs, an dem bisher rund 800 deutsche und ca. 200 ausländische Hörerinnen und Hörer teilgenommen haben, wird zur Zeit intensiv beraten. Eine neue Studien- und Prüfungsordnung, die den geänderten An-

forderungen der öffentlichen Verwaltung und der zunehmenden Internationalisierung gerecht wird, ist in Vorbereitung.

Im Rahmen des European Masters Programm (EMPA-Programm) wird im Sommer-Semester eine belgische Hörerin von der Partneruniversität Leuven ihr Auslandssemester an der DHV absolvieren. Einige Teilnehmer am Aufbaustudium werden dann im Anschluss an das Wintersemester an einer der Partneruniversitäten ihre Ausbildung abrunden.

Ausländische Hörerinnen und Hörer

Im Wintersemester 2000/2001 absolvierten 21 ausländische Hörerinnen und Hörer aus allen Teilen der Welt erfolgreich das **Vorsemester** zum verwaltungswissenschaftlichen Aufbaustudium. Unter ihnen befanden sich 14 Hochschuldozenten und Führungskräfte der Öffentlichen Verwaltungen aus Entwicklungsländern (Bolivien, Brasilien, Burkina Faso, Marokko, Mongolei, Nicaragua, Senegal, Vietnam), die den zehnten Jahrgang des verwaltungswissenschaftlichen Studienprogramms bildeten. Dieses Programm führt die Hochschule im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) in Zusammenarbeit mit der Deutschen Stiftung für Internationale Entwicklung/Zentralstelle für Öffentliche Verwaltung (DSE/ZÖV) in einem zweijährigen Turnus durch. Die übrigen ausländischen Hörerinnen und Hörer kamen aus Burkina Faso, Japan, Nigeria, Polen, Russland und Tunesien. Weitere fünf ausländische Bewerberinnen und Bewerber aus Ghana, Polen, Rumänien und Ungarn wurden ohne Vor-

semester zum Aufbaustudium 2001/2002 zugelassen. Zudem wird voraussichtlich im Sommersemester 2001 im Rahmen des EMPA-Programms eine Hörerin aus Belgien am Aufbaustudium teilnehmen.

Am **eigentlichen Aufbaustudium** nahmen sechs Hörerinnen und Hörer aus Polen, Frankreich, Senegal, Chile, Bolivien und Mexiko teil, die direkt im Anschluss an das Wintersemester mit dem Schreiben ihrer Magisterarbeit begannen und das Studium Mitte April mit der mündlichen Magisterprüfung und der feierlichen Übergabe der Magisterurkunden abschließen werden.

Im Wintersemester 2000/01 wurde für die ausländische Hörschaft vom Referat für das Ausländer-(Aufbau-) Studium und mit finanzieller Unterstützung durch den DAAD eine Exkursion nach Rothenburg ob der Tauber organisiert. Am 20. Dezember 2000 wurde die Gruppe - zu der auch die Ausländerreferenten der Hörschaft Gültekin Acar und Matthias Möhle sowie einige deutsche Hörerinnen und Hörer gehörten - zunächst mit dem 'Meistertrunk' der Stadt Rothenburg im Rathaus empfangen. Anschließend

hielt Rechtsdirektor Albert Schmitt im alten Ratssaal einen äußerst interessanten und anschaulichen Vortrag über die Kommunalverwaltung. Auf Einladung der Stadt Rothenburg wurde dann von Ruth Bucker eine Stadtführung zu den Sehenswürdigkeiten und zur Geschichte der Stadt veranstaltet. Am Nachmittag bestand Gelegenheit zum Besuch des Weihnachtsmarktes, des Kriminologischen Museums und anderer Sehenswürdigkeiten. Der Tag schloss mit einem gemütlichen Beisammensein in einer Rothenburger Gaststätte.

Ausländische Doktoranden

Im vergangenen Wintersemester waren zuletzt 12 ausländische Doktoranden an der Hochschule eingeschrieben, von denen neun von Univ.-Prof. Dr. Rainer Pitschas betreut werden. Die Doktoranden kommen aus Brasilien, Burkina Faso, Guinea, Indonesien, Pakistan und Südkorea. Weiterhin betreuen Univ.-Prof. Dr. Sommermann eine Doktorandin aus Bolivien, Univ.-Prof. Dr. Rudolf Fisch eine Doktorandin aus Tschechien sowie Univ.-Prof. Dr. Siedentopf eine Doktorandin aus Thailand.

Promotionen

3. November 2000, Schairai Batsuch: "Ein Personalführungskonzept für die mongolische Staatsverwaltung", Betreuer: Univ.-Prof. Dr. Rudolf Fisch.

14. November 2000, Thorsten Siegel: "Die Verfahrensbeteiligung von Behörden und anderen Trägern öffentlicher Belange - Eine Analyse der rechtlichen Grundlagen unter besonderer Berücksichtigung der Beschleunigungsgesetzgebung", Betreuer: Univ.-Prof. Dr. Jan Ziekow.

27. März 2001, Benno Haller: "Wirksamkeit des Neuen Steuerungsmodells im Kulturbereich - Steuerungsrelevanz einzelner Elemente in den Kulturverwaltungen von Bibliotheken, Kunst- und Kulturämtern, Museen, Musikschulen und Volkshochschulen", Betreuer: Univ.-Prof. Dr. Helmut Klages.

Road-Show Teil II –

Rektor, Brieger und Hörer auf Informationsreise in Thüringen

Knapp ein Jahr nach der "Road-Show" durch das Land Nordrhein-Westfalen bereiste Rektor Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill am 20. und 21. März 2001 gemeinsam mit der Leiterin der Abteilung 1 der Verwaltung, Regierungsrätin Sabine Brieger, und dem Teilnehmer am verwaltungswissenschaftlichen Aufbaustudium, Markus Städler, das Land Thüringen, um Informationsveranstaltungen für Rechtsreferendare anzubieten.

Um den Referendaren das Speyer-Semester auch für die Wahlstation schmackhaft zu machen, war die Abordnung der DHV zwei Tage lang in Thüringen unterwegs. Dabei wurden Informationsveranstaltungen am Landgericht Erfurt, am Verwaltungsgericht Gera und im Landesverwaltungsamt in Weimar abgehalten. Hier bot sich eine gute Gelegenheit, auf die Angebote der Hochschule aufmerksam zu machen und für das Studium an der DHV Speyer zu werben. Der Rektor und Regierungsrätin

Brieger informierten die Referendarinnen und Referendare intensiv über die DHV Speyer, die an ihr tätigen Professoren und ihre Besonderheiten in der Hochschullandschaft.

Nach dem Univ.-Prof. Dr. Hill den Interessenten das Speyer-Semester durch einen Diavortrag auch noch

bildlich veranschaulicht hatte, erläuterte Regierungsrätin Brieger ausführlich die Studienmöglichkeiten an der DHV, insbesondere natürlich das Speyer-Semester für Rechtsreferendare. Auch dank der tatkräftigen Unterstützung von Aufbauhörer Städler konnte so ein anschauliches Bild vom Studienalltag und den Studien-Highlights an der Hochschule gezeichnet werden. "Ich wusste gar nicht, dass an der Verwaltungshochschule so viel geboten wird", diesen Satz konnte man von vielen Referendaren hören. So fanden auch die mitgebrachten Informationsmaterialien, Vorlesungsverzeichnisse, Studienführer

und Broschüren sowie auch einige Exemplare des SpeyerBriefs, guten Absatz.

Hatten die Veranstaltungen auch zahlenmäßig keinen durchschlagenden Erfolg, so war doch zu spüren, dass bei den Zuhörern tatsächlich großes Interesse am Speyer-Semester geweckt worden war. Zu hoffen bleibt, dass sie sich als Multiplikatoren in ihren Arbeitsgemeinschaften erweisen und der Hochschule letztlich noch mehr Interessenten beschere. Aber schon der persönliche Kontakt zu den Ausbildungsleitern vor Ort und ihren Mitarbeitern sowie zu den zuständigen Mitarbeitern im Justizministerium und im Landesverwaltungsamt sowie am OLG Jena, die an den Veranstaltungen teilnahmen, war die Reise wert. Erst im persönlichen Gespräch wurde deutlich, wo vor Ort der Schuh drückt und wie die Zusammenarbeit zwischen den Entsendebehörden des Landes und der Hochschule noch verbessert werden kann.

Auch aus dem Justizministerium kamen Zeichen der Hoffnung. "Wir denken derzeit intensiv darüber nach, die Einstellungstermine für Rechtsreferendare wieder zu verschieben. Das würde zur Folge haben, dass die Referendare das Speyer-Semester künftig - wie früher - wieder problemlos in der Verwaltungsstation absolvieren können. Und dann werden die Zahlen sicherlich wieder steigen", so Ministerialrat Rolf Justi, der im Justizministerium für die Referendarausbildung zuständig ist. Er hat übrigens selbst einmal an der DHV Speyer studiert und hat sein Semester noch in sehr guter Erinnerung.

Inzwischen hat der thüringische Justizminister persönlich dem Rektor bestätigt, dass der Einstellungstermin schrittweise vorverlegt wird. Die DHV freut sich natürlich über diese Maßnahme des Ministeriums und wird auch von ihrer Seite alles tun, damit aus Thüringen wieder die vorgesehenen 15 Referendare an die Hochschule kommen können.

Rektor Hill, Ministerialrat Justi, Regierungsrätin Brieger und Hörer Städler vor dem Landgericht Erfurt

Foto: DHV

Auch in Thüringen gibt es seit einigen Semestern Probleme mit der Erfüllung der Landesquote. Die dem Land zustehenden 15 Plätze wurden zuletzt im Sommersemester 1999 ausgeschöpft. Seitdem sind kaum noch Referendare entsandt worden. Dies liegt insbesondere an einem Erlass des Justizministeriums, nach dem eine Anrechnung des Speyer-Semesters in der Regel nur noch auf die Wahlstation erfolgen soll. Grund hierfür ist wiederum die Kollision des Beginns des Speyer-Semesters mit dem Einführungslehrgang Verwaltung zu Beginn der Verwaltungsstation des Referendariats.

Bürgerbüros in Dudenhofen, Bürstadt und Graben-Neudorf auf dem Prüfstand Kundenorientierung ganz groß geschrieben

Auf großes Interesse stieß die öffentliche Präsentation der Untersuchungsergebnisse der Projektbezogenen Arbeitsgemeinschaft "Bürgerbüros in kleinen Gemeinden" an der DHV Speyer zum Ende des Wintersemesters 2000/2001. Zu der Veranstaltung waren sogar die Bürgermeister der beteiligten Gemeinden Dudenhofen, Bürstadt und Graben-Neudorf sowie Vertreter der Verwaltungsleitungen, der Personalräte und Mitarbeiter der drei Bürgerbüros an die Hochschule gekommen.

Die Einrichtung von Bürgerbüros ist Ausdruck einer verstärkten Dienstleistungs- und Kundenorientierung bei der Reform der Kommunalverwaltung. Ziel der Untersuchung war es, Erfolgsbedingungen und Probleme herauszuarbeiten, die sich im Verlauf der Einrichtung von Bürgerbüros ergeben. Im Zentrum des Interesses standen hierbei die Ebenen der Verwaltungsleitung und der Verwaltungsmitarbeiter, die von den Hörerinnen und Hörern der Projektbezogenen Arbeitsgemeinschaft unter der Leitung von Univ.-Prof. Dr. Dorothea Jansen befragt wurden.

Die Projektbezogenen Arbeitsgemeinschaften sind die praxisbezogenen Hauptveranstaltungen der Hochschule, in denen verwaltungsrelevante Projekte möglichst vollständig "von Anfang bis Ende", das heißt von der Idee über die Planung und Durchführung bis hin zur Evaluation und Präsentation behandelt werden sollen. Diesem Anspruch konnte die Arbeitsgemeinschaft von Prof. Jansen voll gerecht werden. "Das waren ganz neue Erfahrungen, plötzlich selbst ein solches Vorhaben komplett durchführen zu müssen", so eine begeisterte Hörerin. Sie seien insbesondere für das spätere Berufsleben von unschätzbarem Wert.

Während ähnliche Untersuchungen für größere Städte schon in recht großer Zahl vorliegen, hat sich die Forschung den spezifischen Problemen kleinerer, kreisgebundener Gemeinden bisher erst selten zugewandt. Besondere Schwierigkeiten bereiten hier, wie sich bei der Erhebung herausstellte, schon die begrenzten räumlichen Möglichkeiten. Außerdem konnte in allen untersuchten Gemeinden festgestellt werden, dass es Probleme bei der Wahrnehmung einfacher Kreisaufgaben, etwa im Bereich der KfZ- und Führerscheinangelegenheiten gibt. Diese Dienstleistungen werden von den Bürgern natürlich gewünscht. Aufgrund rechtlicher Hemmnisse können sie jedoch nur schwer auf Gemeindeverwaltungen übertragen werden. Andererseits werden die Mitarbeiter der Bürgerbüros, sofern sie die Anträge entgegennehmen, von den Bürgern für eine even-

tuelle verzögerte Bearbeitung durch die Kreisverwaltung verantwortlich gemacht.

Zu den Erfolgsbedingungen für die Einrichtung von Bürgerbüros zählen ein geschlossenes Auftreten der politischen Führung und eine möglichst frühzeitige und intensive Einbeziehung der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen bei der Umsetzung der Bürgerbüroidee. So entsteht bei den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen eine hohe Arbeitszufriedenheit trotz der gestiegenen Belastungen durch längere Publikumszeiten und höhere Anforderungen. Gleichzeitig wird der etwaige Widerstand von Seiten der Ämter reduziert, die Aufgaben an das Bürgerbüro abgeben müssen. Hierfür sind die drei Gemeinden ein gutes Beispiel.

In allen drei Gemeinden wurden aber auch noch kleinere Defizite ausgemacht, so zum Beispiel im Bereich der Bürgerinformation, sei es über die Aufgaben oder die Öffnungszeiten der Bürgerbüros. Auch die Internet-Auftritte von Dudenhofen, Bürstadt und Graben-Neudorf könnten noch übersichtlicher gestaltet werden. Von den Bürgern wird beispielsweise auch die Möglichkeit gewünscht, einen Besuch im Bürgerbüro gezielt im Internet vorzubereiten zu können.

Foto: Venus

Fazit: Die drei Gemeinden präsentieren sich mit ihren Bürgerbüros bereits ausgesprochen modern, kundenfreundlich und dienstleistungsorientiert. Die Projektbezogene Arbeitsgemeinschaft von Univ.-Prof. Dr. Dorothea Jansen konnte ihnen aber einige Anregungen für kleinere Verbesserungen insbesondere an verschiedenen Schnittstellen mit auf den Weg geben. Diese wurden im Verlauf der Präsentationsveranstaltung intensiv diskutiert und von den Mitarbeitern der Bürgerbüros mit Interesse aufgenommen. Für das kommende Jahr plant Prof. Jansen eine Fortsetzung der Untersuchung. Dann sollen die Bürger der drei Gemeinden zu Worte kommen.

Wissenschaft und Gaumenfreuden

Dritte Speyerer Schaffermahlzeit mit Grünkohl und Vortrag

Eine alte Tradition wiederbeleben, dazu ein top-aktueller Vortrag und das alles für einen guten Zweck: am 25. Januar 2001 bot die Landesgruppe Hamburg und Bremen der Hörer der Hochschule die dritte Auflage der "Speyerer Schaffermahlzeit" an. Dazu wurde - wie es altem Bremer Brauch entspricht - ein deftiges Grünkohlessen gereicht. Als Gastredner war Univ.-Prof. Dr. Christoph Degenhart

von der Universität Leipzig nach Speyer gekommen, der einen Vortrag zu dem hochaktuellen Thema "Rechtsfragen der Versteigerung der UTMS-Linzenzen" hielt und damit auch mehrere auswärtige Gäste an die DHV locken konnte.

Das Bremer Schaffermahl ist das älteste, heute noch praktizierte Brudermahl der Welt. Seine Geschichte reicht in das Jahr 1545 zurück. Jedes Jahr versammel-

ten sich am zweiten Freitag im Februar rund 300 Kaufleute, Reeder und Kapitäne aus Bremen sowie ihre Ehrengäste aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur in der oberen Halle des gotischen Bremer Rathauses an der sogenannten Neptuns-Tafel. Unter Schaffern versteht man die Proviantmeister auf Schiffen.

Die Hörschaft lud nun schon zum dritten Mal die Professoren, die Hörerinnen und Hörer der DHV Speyer, Politiker und Repräsentanten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur zu ihrer eigenen Schaffermahlzeit ein.

Der Abend begann mit einem Aperitif um 18.30 Uhr in der Taberna Academica der Hochschule. Nach dem Vortrag von Prof. Degenhart, dem eine angeregte Diskussion folgte, wurde um 20.30 Uhr das traditionelle Grünkohlgericht serviert.

Die Hörer hatten selbst stundenlang in der Küche der Taberna gestanden und das Essen zubereitet. Das köstliche Mahl wurde dann auch stilvoll an festlich gedeckten Tischen ebenfalls von Hörerinnen und Hörern der Landesgruppe Bremen und Hamburg serviert und mundete den Gästen vorzüglich. So wurden an diesem Abend ganz unterschiedliche Bedürfnisse erfüllt, und es blieben keine Wünsche offen. Der Erlös des Abends kommt einem Fonds zur Unterstützung der ausländischen Hörer der Hochschule zugute.

Aktueller Vortrag und leckeres Essen für einen guten Zweck: die Gäste genießen die Schaffermahlzeit offensichtlich

Foto: Venus

Diesmal Indien Thema bei Semesterabschlussessen

Professoren der DHV informieren sich über Heimatländer der Hörer

Neun Prozent der Hörer der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer sind ausländischer Herkunft. Dass die Professoren der Hochschule ein großes Interesse an ihren ausländischen Hörern und deren Heimatländern haben, beweist seit dem Sommersemester 2000 eine besondere Geste: Bei ihrem traditionellen Abschlussessen zum Ende des Semesters stellen die Lehrstuhlinhaber jeweils das Heimatland eines der ausländischen Hörer in den Mittelpunkt des Abends. Sie wollen die Landeskultur, die Verwaltungsorganisation und den Staatsaufbau des betref-

fenden Landes näher kennen lernen, und zwar aus erster Hand.

Nachdem im vergangenen Sommersemester Mexiko den Auftakt gebildet hatte, stand in diesem Semester am Abend des 24. Januar 2001 Indien auf dem Programm. Und natürlich fand das Semesterabschlussessen aus diesem Grund auch in einem indischen Restaurant in Speyer statt. Zunächst informierte der EDV-Referent der Hörschaft, Ananda Sarma aus Indien, aus seiner Sicht über das Land. Gekommen war auf Einladung des Rektors aber auch der indische Generalkonsul, Tsewang Topden, der eben-

falls anschaulich über das Land zu berichten wusste.

Seit geraumer Zeit liegt einer der Aus- und Fortbildungsschwerpunkte der Hochschule auf dem Bereich Europa und Internationales. Die DHV Speyer will diesen Schwerpunkt sogar noch weiter ausbauen und sich noch stärker international öffnen. Wie das Semesterabschlussessen zeigt, will die Hochschule der zunehmenden Globalisierung jedoch nicht nur im Bereich der Forschung und Lehre Rechnung tragen, sondern sie auch tatkräftig in die Praxis umsetzen.

"Born in the 70ies"

Semesterabschlussball der DHV Speyer wieder ein voller Erfolg

Die Stadthalle hatte sich in ein buntes Blumenmeer verwandelt und bot so den passenden Rahmen für den Abschlussball des zu Ende gehenden Wintersemesters 2000/2001 der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. "Born in the 70ies" lautete diesmal das Motto. Damit erwartete die Gäste ein Ausflug in das Jahrzehnt, in dem die meisten Hörerinnen und Hörer der DHV das Licht der Welt erblickten und in dem John Travolta mit seiner tänzerischen Interpretation der neuen Disco-Rhythmen zur Kultfigur einer ganzen Generation wurde.

Das legendäre "Saturday night fever" wurde in der Stadthalle tatsächlich in die Tat umgesetzt. Über 400 Gäste waren der gemeinsamen Einladung der Hörerschaft der

Hochschule, des Rektors Hermann Hill und des Oberbürgermeisters Werner Schineller gefolgt: Hörerinnen und Hörer, Professoren und Angestellte der Hochschule feierten so gemeinsam den Abschluss des Wintersemesters. Viele der Studierenden hatten aus diesem Anlass Freunde und Verwandte nach Speyer eingeladen, denen sich die Stadt Speyer und die Hochschule am Samstagabend von ihrer - im wahren Sinne des Wortes - glänzendsten Seite zeigten.

Doch nicht nur optisch wurden die Ballbesucher verwöhnt: Auch kulinarisch hatten die Verantwortlichen um Festreferentin Güntje Büntemeyer mächtig auffahren lassen und boten ihren Gästen ein opulentes Buffet. Auf der stets dicht gefüllten Tanzfläche durften dann die Kalorien aber auch gleich wieder abgebaut werden. Da-

bei heizte die Showband "Sandy" den Gästen mächtig ein. Die musikalische Palette reichte von klassischer Tanzmusik über die Discomusik der 70er Jahre bis zu modernen Stücken. Mit kleinen Einlagen sorgten ein Opersänger, ein Klaviersolo, die Semesterband der Hörerschaft sowie ein Turniertanzpaar und weitere Vorführungen immer wieder für Kurzweil.

Trotz der ausgelassenen Stimmung schwang in den Begrüßungsreden von Rektor Prof. Dr. Hermann Hill und Hörsprecher Torsten Barkhaus auch ein wenig Wehmut mit: Immerhin ging in der Woche des Balls die dreimonatige Vorlesungszeit zu Ende, in der die über 500 Hörer der DHV in Speyer gemeinsam gelebt, gelernt und gelacht hatten.

Jetzt die Karriere schmieden

Job-Messe für Juristen und Verwaltungswissenschaftler an der DHV Speyer

Was kommt nach der juristischen Ausbildung? Was mache ich nach dem Studium der Verwaltungswissenschaften an der DHV Speyer? Diese Fragen stellen sich viele Hörer zum Ende des Semesters. Die Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer will daher ihren Hörerinnen und Hörern auch Perspektiven für die Zeit "nach Speyer" bieten. Neben Kontakten zur Praxis, die die Studierenden durch die Professoren und Lehrbeauftragten beispielsweise im Rahmen von Exkursionen knüpfen können, spielt hier die sogenannte Orientierungsphase II, die Job-Messe der Hochschule für Juristen und Verwaltungswissenschaftler, eine große Rolle.

An der Veranstaltung am 18. Januar 2001 beteiligten sich diesmal 13 auswärtige Anbieter. Unter den potentiellen Arbeitgebern, die sich den Hörerinnen und Hörern im Rahmen der Orientierungsphase II präsentierten, waren diesmal leider nur wenige Anbieter aus dem öffentlichen Bereich vertreten. Denn die Europäische Kommission und andere "Zugpferde" der vergangenen Jahre hatten kurzfristig absagen müssen. Trotzdem war die öffentliche Verwaltung durch die wichtigen Felder Finanzver-

waltung und Arbeitsverwaltung vertreten, die durch die Oberfinanzdirektion Koblenz und die Bundesanstalt für Arbeit repräsentiert wurden. In beiden Bereichen stehen die Zeichen für junge Nachwuchskräfte derzeit nicht schlecht. Es werden laufend neue Bewerberinnen und Bewerber eingestellt, wobei auch die Anforderungen in der Regel noch moderater sind als in anderen Bereichen und vor allen Dingen mehr auf den Gesamteindruck eines Bewerbers und eventuelle Zusatzkenntnisse Wert gelegt wird als nur auf die Noten der beiden Staatsexamina. Die Mitarbeiter des Hochschulteams des Arbeitsamtes Ludwigshafen, die die Messe schon seit mehreren Jahren betreuen, berieten die Hörer außerdem an ihrem Messestand ausführlich im Hinblick auf die Berufsfindung.

Auch das Justizministerium Rheinland-Pfalz, das hier stellvertretend für die Justiz in ganz Deutschland den Tätigkeitsbereich eines Richters und die Anforderungen an Bewerber vorstellte, sucht zur Zeit ganz dringend nach qualifiziertem Nachwuchs.

Immer stärker haben sich aber auf der Orientierungsphase II in den letzten Jahren auch große Unternehmen wie

die BASF AG, die Frankfurter Allianz und die Debeka etabliert, die ebenfalls permanent auf der Suche nach jungen Mitarbeitern sind. Schließlich nehmen inzwischen auch die großen, deutschlandweit und international agierenden Rechtsanwaltssozialitäten und -kanzleien sowie die großen Unternehmensberatungen einen großen Raum ein. Und so standen so klingende Namen wie Hölters & Elsing, Hengeler Mueller Weitzel Wirtz, Clifford Chance Pünder, Rödl & Partner, Freshfields Bruckhaus Deringer, MLP Finanzdienstleistungen und Kienbaum Management Consultants GmbH auf dem Veranstaltungsprogramm.

Da die Orientierungsphase II sich seit ihrer Anfangszeit von einer reinen Vortragsveranstaltung immer stärker zu einer echten Job-Messe entwickelt hat, bot sich den Hörern neben den jeweils 15-minütigen Kurzvorstellungen der Anbieter in der Aula auch ausreichend Gelegenheit für intensive Einzelgespräche mit den Ansprechpartnern an den Messeständen. Die Stände luden auch wirklich zum ausgiebigen Verweilen und Informieren ein. Die Anbieter hatten sich gegenseitig mit verschiedenen Einfällen und Ideen übertrommen, die die Hörer erst einmal anlocken sollten.

Die Orientierungsphase II fand erstmals wieder in den frisch renovierten Räumlichkeiten des Hörsaalgebäudes der Hochschule statt. Zwar war die Generalsanierung dieses Gebäudekomplexes noch längst nicht abgeschlossen, aber die Aula und das Foyer der Hochschule sowie der Hörsaalflur konnten trotzdem gerade noch rechtzeitig so weit fertig gestellt werden, dass die Großveranstaltung reibungslos durchgeführt werden konnte. Mit ihren vollständig sanierten Fußböden, Decken, Fenstern und Wänden erstrahlten die Räume in neuem Glanz und wurden mit der Veranstaltung "standesgemäß" eingeweiht.

Pokal des Ministerpräsidenten versüßt Abschied von Speyer

Rektor lobt Hörschaft für gute Zusammenarbeit

Mit einem eindrucksvollen Pokal überraschte Rektor Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill die Hörerinnen und Hörer der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer am Morgen des 31. Januar 2001 in der offiziellen Semesterabschlussveranstaltung. Hörsprecher Torsten Barkhaus konnte den von Ministerpräsident Kurt Beck gestifteten Wanderpokal für die Fußballmeisterschaft zwischen der DHV Speyer und der Ecole Nationale d'Administration in Straßburg stellvertretend für die erfolgreiche Mannschaft entgegennehmen. Die Fußballturniere finden jedes Jahr im Rahmen der Deutsch-Französischen Kolloquien statt. Zuletzt hatte die Mannschaft der DHV Speyer im vergangenen Sommersemester einen Sieg über das französische Team erungen.

"Werden Sie Mitglied im Ehemaligenverzeichnis der DHV Speyer", warb Hill zum Abschied bei den Hörern. Mit diesem Netzwerk versucht die Hochschule seit 1994 systematisch, den Kontakt zu ihren Studierenden aufrecht zu erhalten. Der Service reicht von aktuellen Informationen über die DHV bis zu Einladungen zu den Abendvorträgen, den Semesterbällen und den Fortbildungsveranstaltungen. "Es würde mich freuen, den einen oder anderen von Ihnen wieder einmal an der Hochschule zu sehen, zum Beispiel auf meiner Tagung für die Abteilungsleiter der Ministerien", so Hill mit einem Augenzwinkern.

Der Rektor unterstrich, die Hochschule

sei in diesem Semester mit ihren Hörerinnen und Hörern besonders zufrieden gewesen. Aber auch die Hörer hätten

die Dozenten und die Serviceleistungen der Hochschule in einer Umfrage mit Traumnoten bewertet. "Diese Ergebnisse sind fast nicht mehr zu schlagen", freute sich Hill.

Wenn die Hörer manchmal Schwierigkeiten gehabt hätten, die Veranstaltungsräume zu finden, so habe das an der noch andauernden Generalsanierung gelegen. Er bitte hierfür nochmals um Verständnis. Mehrere Veranstaltungen hatten im Wintersemester in der Stadthalle, im Ägidienhaus und im Gemeindezentrum St. Hedwig stattgefunden. Der Rektor nutzte die Gelegenheit und bedankte sich für die tatkräftige Unterstützung, die die Hochschule während der Sanierungsphase von Seiten der Stadt und der Kirchen erhalten habe. "Ohne diese Hilfe hätten wir es nicht geschafft", betonte er. Das kommende Sommersemester werde aber auf jeden Fall wieder in den eigenen, modernisierten Räumen stattfinden. Diese sollen am 9. Juni 2001 mit einem Tag der offenen Tür auch der Speyerer Öffentlichkeit

präsentiert werden.

Hill bedankte sich auch bei den Hörerinnen und Hörern, die sich in der Hörschaftsvertretung und in den Gremien engagiert hätten. Die Schaffermahlzeit und den Semesterabschlussball hob er als besonders gelungene Veranstaltungen der Hörschaft hervor. Er sei selbst erstaunt, wie viele verborgene Talente in diesem Semester zu Tage getreten seien. Der Semesterband dankte Hill ebenfalls für ihre Mitwirkung an der dritten

Abendveranstaltung der DHV. "Das war ein schönes Zeichen der Zusammengehörigkeit", so Hill.

"Wir haben alle viel gelernt und Freundschaften fürs Leben geschlossen", resümierte Hörsprecher Torsten Barkhaus und schloss sich den Worten des Rektors an. Der Abschied stimme viele traurig und melancholisch, aber es sei für die meisten eine sehr schöne Zeit hier in Speyer gewesen.

Die meisten Hörer waren Rechtsreferendare aus allen Ländern, die für drei Monate an die DHV abgeordnet waren. Sie reisten am 31. Januar 2001 nach Hause zurück, um am nächsten Tag schon wieder den Dienst in der nächsten Station des Referendariats anzutreten. Für die mehr als 30 Aufbauhörer hingegen begann direkt die Prüfungsphase. Sie haben Speyer erst Ende April verlassen, nachdem sie die schriftliche und die mündliche Magisterprüfung hinter sich hatten.

Hörsprecher Torsten Barkhaus und Rektor Hermann Hill bei der Übergabe des Pokals

Foto: Lenz

Neues aus dem Rechenzentrum

Neue Computerausstattung für die Lehrstühle

Im Februar 2001 hat das Rechenzentrum begonnen, schrittweise die teilweise recht veraltete und leistungsschwache Computerausstattung der Lehrstühle zu erneuern. Für die Geräte einschließlich der zentralen Serverkomponenten und die Aktualisierung der Programme standen insgesamt 400.000 DM zur Verfügung. Die Mittel wurden je zur

Hälfte von Bund und Land zusätzlich zum regulären Hochschulhaushalt bewilligt. Ein entsprechender Antrag für eine Großgerätebeschaffung nach dem Hochschulbauförderungsgesetz wurde vom Rechenzentrum im Mai 2000 eingereicht und im Herbst 2000 von den Gremien der Deutschen Forschungsgemeinschaft positiv beschieden.

Bis zur Jahresmitte 2001 soll die Beschaffung abgeschlossen werden. Dann werden alle Lehrstühle wieder auf dem neuesten Stand der Technik sein.

Neues Internetangebot der Hochschule

Ein Layout-Vorschlag der Agentur wspdesign für den neuen Internetauftritt der Hochschule wurde im Dezember 2000 vom Rechenzentrum technisch umgesetzt. Dabei nahmen die Erstellung von Navigationsleisten und die Erarbeitung von Vorlagen für die Seitenerstellung einen großen

Raum ein. Von Vorteil erwies sich hierbei die gründliche konzeptionelle und inhaltliche Vorarbeit der von Regierungsrätin Brieger geleiteten Arbeitsgruppe Internet. Deshalb konnten die Bereiche "Studium" und "Weiterbildung" bereits nach kurzer Zeit nahezu vollständig realisiert werden. Auch

die Bibliothek und das Rechenzentrum haben mittlerweile ihr Internetangebot optisch erneuert und inhaltlich erweitert. Für die Lehrstühle wurde ein Vorlagenkonzept erarbeitet, um die Erstellung der Internetangebote der Lehrstühle zu erleichtern.

SpeyerBrief Nr. 20

Wintersemester 2000/01

Impressum

Herausgeber: Rektor der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer

Redaktion: Referat für Öffentlichkeitsarbeit der DHV Speyer,

Freiherr-vom-Stein-Str. 2,
67346 Speyer;

Tel.: 06232/654-214;

Fax: 06232/654-208;

E-Mail: brieger@dhv-speyer.de

Verantwortlich: Sabine Brieger

Bearbeitung: Christiane Gerst

Rasterung: Forschungszentrum Karlsruhe

Satz und Druck: DHV Speyer, Druckerei Hochschule

Erscheinungsweise: einmal pro Semester, Auflage: 2500

Nachdruck bei Quellenangabe und Übersendung eines Belegexemplars gestattet.

Fotonachweis: Brieger, Bug, John-Koch, Klehr, Lenz, Schwalb, Venus.

Titelfoto: Lenz

Neues aus der Bibliothek

Im Internet ganz vorn dabei

Pünktlich zu Semesterbeginn konnte die Bibliothek ihren Betrieb wieder aufnehmen. Wegen umfangreicher Sanierungsmaßnahmen im Lesesaal und Untergeschoss war in den Semesterferien eine Notbibliothek im alten Wohnheim eingerichtet worden.

Seit Mitte Februar 2001 präsentiert sich die Bibliothek im Internet mit neuem Design. Sie gehört damit zu den Serviceeinrichtungen der Hochschule,

die als eine der ersten ihr Angebot auf das neue Design umgestellt haben. Die virtuelle Bibliothek wurde um Linksammlungen für Politikwissenschaft, Wirtschafts- und Verwaltungswissenschaften erweitert.

Das im Internet angebotene Periodikaverzeichnis, ggf. mit Links zu den Inhaltsverzeichnissen bzw. Abstracts versehen, ist auch außerhalb der Hochschule auf großen Zuspruch gestoßen.

Seit Januar 2001 kann die monatliche Neuerwerbungsliste über die Homepage der Bibliothek aufgerufen werden. Sie ist wie die bisherige Druckausgabe nach den Signaturengruppen der Bibliothek untergliedert.

Bis zum Sommersemester 2001 sollen zusätzliche Computer für Textverarbeitung und Katalogrecherche im Servicebereich des Lesesaals aufgestellt werden.

"Gesetzesfolgenabschätzung (GFA)"

Am 13.12.2000 stellten Prof. Dr. Carl Böhret und Dr. Götz Konzendorf im Bundesinnenministerium (Berlin) den an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer entwickelten "Leitfaden Gesetzesfolgenabschätzung" und den Entwurf eines "Handbuchs Gesetzesfolgenabschätzung" den Bundesressorts, Vertretern wichtiger Verbände und den Medien vor. Staatssekretärin im BMI Brigitte Zypries, Staatsministerin Klaudia Martini, Min. Direktor Eckert

(Innenministerium Baden-Württemberg) und Vertreter mehrerer Verbände (BDI, DGB, Kommunale Spitzenverbände) erörterten Potentiale und positive Aussichten der GFA. In einer Gesprächsrunde mit Experten mehrerer Bundesministerien wurden anschließend potentielle GFA-Vorhaben besprochen. Der Leitfaden ist auch im Internet aufrufbar (www.staat-modern.de); das Handbuch erscheint demnächst.

Zwischen Zeremoniell und Mausclick – Staatskultur im Wandel

69. Staatswissenschaftliche Fortbildungstagung der DHV Speyer vom 14. bis 16. März 2001

Seit der Ernennung eines Bundeskulturbeauftragten und der Auseinandersetzung um den Begriff der "Leitkultur" ist das spannungsvolle Thema "Staatskultur/Kulturstaat" wieder aktuell. Auch die Entwicklung zur Informations- und Mediengesellschaft, die Europäische Integration und die deutsche Einheit beeinflussen kulturelle Staatlichkeit: Kann man regionale Kultur betonen und zeitgleich "Marketingstrategien für Deutschland" (Dill) einfordern? Werden staatstragende Symbole künftig durch "Corporate Design" und mediale Inszenierung abgelöst? Wie sieht die Kultur einer Online-Verwaltung aus? Zu diesen weit gespannten Themen veranstaltete die Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer unter der wissenschaftlichen Leitung des Rektors, Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill, und mit Beteiligung hochkarätiger Persönlichkeiten aus Kultur, Politik, Verwaltung und Gesellschaft vom 14. bis 16. März 2001 ihre traditionelle Frühjahrstagung unter dem Titel "Kennzeichen D – Staatskultur im Wandel".

Eingeleitet wurde die Veranstaltung durch Beiträge des Präsidenten der Kulturpolitischen Gesellschaft, Dr. Oliver Scheytt, und des Konstanzer Staats- und Verwaltungsrechtlers Prof. Dr. Max-Immanuel Geis, zum Verhältnis "Kulturstaat - Staatskultur". Auch wenn man unterschiedliche Formen von Kultur im Blick behalten müsse, so Scheytt, sei doch zweifelhaft, ob Stefan Raab mit dem Titel "Wadde hadde dudde da" im Schlagerfestival als "Kulturbotschafter" aufgetreten sei. Einen Rückblick auf die Staatskultur der DDR und ihre Integration in die neue Bundesrepublik gab im Anschluss der letzte amtierende Kulturminister der DDR, Herbert Schirmer. In seinen Ausführungen wurde deutlich, dass es sich letztlich um eine Des-, allenfalls um eine Teilintegration gehandelt habe, da nur bestimmte - akzeptierte - Kultur als integrierbar galt und die Auseinandersetzung um DDR-Künstler oftmals weniger unter künstlerischen als vielmehr unter politisch-moralischen Aspekten geführt worden sei.

Mit dem kulturellen Erscheinungsbild des Staates, das sich in der Architektur seiner Institutionen und im Zeremoniell widerspiegelt, befassten sich der Präsident des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung, Florian Mausbach, und Dr. Jürgen Hartmann, Staatssekretär a.D. Letzterer kritisierte einen oftmals gedankenlosen Umgang mit Staatssymbolen wie dem Bundesadler, der in verschiedensten Variationen, zum Teil sogar nebeneinander benutzt werde. Höhepunkt sei der neue Adler auf dem Surfbrett, der entgegen seinen Vorbildern nach links schaue - eine für den deutschen Bundes-

adler unübliche Richtung.

In seinem Beitrag über den Auftritt und das Erscheinungsbild der Bundesregierung hob der Stellvertretende Chef des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung, Peter Ruhnstroth-Bauer, die Intensivierung der Inter-

netpräsenz sowie Ansätze eines einheitlichen Designs der unterschiedlichen Ministerien hervor. Wie sehr das Programm der Bundesregierung "Moderner Staat - Moderne Verwaltung" die Zusammenarbeit von Staat und Gesellschaft verändern wird, unterstrich Gerhard Schindler. Anhand ausgewählter Beispiele zeigte der Leiter der Stabsstelle für Staatsmodernisierung im Bundesinnenministerium, auf welche Weise eine neue Verantwortungsteilung, die Förderung staatlicher Vielfalt und eine effiziente Verwaltung zu einer Veränderung der Staats- und Verwaltungskultur beitragen werden. Über Formen und Folgen einer - kalkulierten - Inszenierung von Politik und Politikern durch und mit Medien berichtete Prof. Dr. Hans Mathias Kepplinger von der Universität Mainz. Bemerkenswert erscheine, dass ein höheres Maß an Glaubwürdigkeit und Sachverstand oftmals Politikern ohne Funktion beigemessen werde.

Anders als Staatskultur sei "Stadtkultur" von einem demokratischeren Verständnis geprägt, so Raimund Bartella vom Deutschen Städtetag, da sie Befindlichkeiten der Bürger stärker widerspiegele. Daher sei es durchaus berechtigt, auch von der Kultur in der Stadt zu sprechen, bei der die Stadt als Moderator kultureller Aktivitäten verschiedenster Gruppen auftrete. In eine ähnliche Richtung wies der Erste Beigeordnete des Deutschen Landkreistages, Prof. Dr. Hans-Günter Henneke, mit dem Begriff der abnehmenden Fertigungstiefe in seinem Beitrag zur "Kulturarbeit im ländlichen Raum zur Stärkung des Kreisbewusstseins". Einen Insiderblick in die Verwaltungskultur der Europäischen Kommission gab Dr. Reinhard Pribe von der Generaldirektion Landwirtschaft: Die Unterschiede in den nationalen

Verwaltungskulturen zeigten sich im Alltagsgeschäft bereits bei der Art der Begrüßung bis hin zur Abfassung von amtlichen Dokumenten. Von daher sei eine gemeinsame Europäische Verwaltungskultur noch in weiter Ferne - angesichts der jeweiligen Vorzüge einzelner Traditionen vielleicht auch nicht gewünscht. Dass

es kein einheitliches "Bild der Deutschen im Ausland" gebe, sondern eine Vielzahl regional geprägter Vorstellungen und damit Bilder der Deutschen, führte Alexander Dill aus, bevor der ehemalige Kulturdezernent von Nürnberg, Prof. Dr. Hermann Glaser, in einem kurzweiligen Vortrag "Fragen an die Kultur im 21. Jahrhundert" stellte und diese mit dem Bedürfnis nach Vernetzung sowie einer zunehmenden "Inkompetenzkompensationskompetenz" beantwortete.

Das Verhältnis von neuen Medien und Kultur beleuchtete Prof. Peter Weibel, Vorstand des Zentrums für Kunst und Medien in Karlsruhe (ZKM), in seinem Beitrag zur Netzkultur. Kritisch hielt Weibel fest, dass das Internet zwar eine - geographische - Horizonterweiterung ermögliche, gleichzeitig aber die Gefahr bestehe, dass im Netz kulturelle Bedürfnisse hinter ökonomischen Interessen zurückstehen müssten. Über eine besondere Art kultureller Bedürfnisse referierte im Anschluss der Leiter des Presseamtes der Stadt Frankfurt/Main, Nikolaus Münster, am Beispiel der Entwicklung eines einheitlichen Stadtdesigns. Versuche, der Einheitlichkeit zu entgegen, seien hingegen Ziel der heutigen Jugendkultur. Nach Ansicht von Eike Hebecker, bei der Internetplattform politik-digital.de für den Bereich Bildung verantwortlich, sei diese aber von einer Vielzahl verschiedener Kulturen gekennzeichnet, so dass man eher von Jugendkulturen sprechen müsse.

In der abschließenden Podiumsdiskussion über die "Kultur im Bundesstaat - Vielfalt oder nationale Einheit?", an der Dr. Iris Magdowski, Bürgermeisterin für Kultur und Medien in Stuttgart, Prof. Dr. Franz Müller-Heuser, sowie Peter Sötje, Vorstand von Inter Nationes, und Konrad Schacht vom Hessischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst teilnahmen, gingen die Meinungen über die Notwendigkeit eines Kulturbeauftragten der Bundesregierung und seinen Einfluss auf die Landeskulturpolitik auseinander. Hinsichtlich der Vision über die künftige Kulturpolitik in Deutschland bestand aber Einigkeit: anzustreben sei eine finanziell abgesicherte und frei von zentralistischen Tendenzen die Vielfalt kultureller Traditionen widerspiegelnde Kulturlandschaft.

Deutschland und die Deutschen in der Karikatur - Ausstellungseröffnung an der DHV Speyer

Reinheitsgebot, Brandenburger Tor, Mercedes und die deutsche Einheit - dies sind Bilder, die im Ausland häufig mit Deutschland verbunden werden. Doch wie sehen ausländische Künstler Deutschland, wie werden die Wiedervereinigung und die danach auftauchenden Probleme bewertet? Wie schätzen sie Deutschland in der Gegenwart ein und welchen Eindruck haben sie vom deutschen Alltag? Dies sind Fragen, mit denen sich Karikaturisten aus 26 Nationen befasst und aus ihrer Sicht - zum Teil durchaus provozierend und überspitzt - beantwortet haben. Die Ergebnisse dieser Auseinandersetzung - rund 100 Karikaturen - sind in der Ausstellung "Deutschlandbilder. Das vereinigte Deutschland in der Karikatur des Auslandes" zusammengestellt worden.

Diese Sammlung von Zeichnungen, die vom Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Bonn in Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung verliehen wird und nach der Erstpräsentation in Bonn im In- und Ausland, darunter in Toulouse, Breslau, Sofia, Montreal und Athen mit großem Erfolg gezeigt wurde, ist nun auch an der DHV Speyer zu sehen. Eröffnet wurde die Ausstellung anlässlich der 69. Staatswissenschaftlichen Fortbildungstagung der DHV Speyer, die sich vom 14. bis 16. März 2001 dem Thema "Kennzeichen D - Staatskultur im Wandel" widmete.

In Speyer sind die Karikaturen noch bis Ende Mai im Foyer der Hochschule zu sehen.

ohne Titel, Antonio Maia, Portugal

Gender- Mainstreaming

In einer gemeinsamen Veranstaltung des rheinland-pfälzischen Ministeriums für Kultur, Jugend, Familie und Frauen und der DHV Speyer fand am 24. November 2000 im Kurfürstlichen Schloss in Mainz eine Fachtagung für Führungskräfte aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung in Rheinland-Pfalz statt. Es ging um Gender-Mainstreaming. Gender-Mainstreaming meint eine Strategie, die die Anliegen und Erfahrungen von Frauen ebenso wie die von Männern in Planung, Durchführung, Überwachung und Auswertung politischer Maßnahmen selbstverständlich einbezieht. Die Veranstaltung wurde eröffnet durch einen Einführungsvortrag des Prorektors der DHV Speyer, Professor Dr. Rudolf Fisch.

Dr. Karin Tondorf vom Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung bei der Hochschule berichtete über Gender Mainstreaming: Konzepte, Methoden und erste Erfahrungen. Dr. Christine Färber und Jochen Gebhard aus Sachsen-Anhalt referierten über Methoden der Verankerung dieses Programms und erste praktische Erfahrungen bei der Umsetzung in der Landesverwaltung Sachsen-Anhalt. Ministerin Dr. Rose Götte eröffnete und beschloss die Fachtagung.

Anreizinstrumente im Umweltschutz - 2. Speyerer Forum zum Umweltgesetzbuch

Wie bereits in den Jahren 1997 und 1999 so fand auch vom 19. bis 20. März 2001 an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer ein Forum zum Umweltgesetzbuch unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. Eberhard Bohne, M.A., statt.

Unter dem Titel „Anreizinstrumente im Umweltschutz“ waren Schwerpunktthemen der Referate und Diskussionen u.a.

die ökologische Steuerreform, Selbstverpflichtungen der Industrie im Umweltbereich sowie Umweltaudit und Deregulierung. Daneben sollte mit diesem Forum zugleich ein Impuls für einen neuen Anlauf zur Schaffung eines Umweltgesetzbuches gegeben werden, nachdem im Jahre 1999 der Entwurf des Bundesumweltministeriums für das 1. Buch eines Umweltgesetzbuches von Bundesinnenministerium und Bundesjustizministe-

rium aus wenig überzeugenden verfassungsrechtlichen Gründen gestoppt worden war.

Als Referenten nahmen an der Veranstaltung namhafte Wissenschaftler der Universitäten Hamburg, Köln und Trier sowie der Europäischen Wirtschaftshochschule Berlin und der stellvertretende Bundestags-Fraktionsvorsitzende der SPD, Michael Müller, MdB, teil.

"Politische Klasse und Verfassung" - 4. Speyerer Demokratietagung vom 26. bis 27. Oktober 2000 an der DHV Speyer

Unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. Hans Herbert von Arnim fand vom 26. bis 27. Oktober 2000 zum vierten Mal die Speyerer Demokratietagung statt, die diesmal dem Thema "Politische Klasse und Verfassung" gewidmet war.

Zur "politischen Klasse" zählt eine neue Forschungsrichtung Politiker, die - in der Terminologie von Max Weber - nicht (nur) für die Politik, sondern von der Politik leben, also Berufspolitiker mit eigenen, sozusagen klassenspezifischen Interessen. Der Begriff "Verfassung" wird in einem weiten, dreifachen Sinne verstanden: Er umfasst a) die Summe der in der Verfassungsurkunde niedergelegten Normen (Verfassung im formellen Sinne), b) bestimmte grundlegende einfachgesetzliche Normen, zum Beispiel über Wahlrecht und Politikfinanzierung (Verfassung im materiellen Sinne), sowie c) die realen Macht- und Interessenverhältnisse, die sich in Konventionen und politischen Handlungsmustern niederschlagen (Verfassung im soziologischen Sinne). Die Beziehungen zwischen politischer Klasse und Verfassung sind ambivalent: Die Verfassung soll die politische Klasse eigentlich begrenzen, diese kann die Verfassung aber umgekehrt auch nach ihren Bedürfnissen gestalten oder Anpassungen an neue Gegebenheiten verhindern - zum Teil mit gefährlichen Folgen für elementare Prinzipien der Demokratie.

Nach der Begrüßung der Teilnehmer durch den Prorektor der Hochschule, Univ.-Prof. Dr. Rudolf Fisch, führte Univ.-Prof. Dr. von Arnim in das Thema der Tagung ein. Der Begriff der "politischen Klasse" beinhaltet nach neuer Forschungsmeinung auch, dass sich Berufspolitiker regelmäßig von ihren eigenen Interessen leiten lassen - im Gegensatz zur klassischen Sicht, sie seien ausschließlich am Gemeinwohl orientiert. Das eigentliche Problem seien jedoch nicht Eigeninteressen der Politiker, die schließlich jeder habe, sondern die mangelnde Kontrolle der politischen Klasse.

Das Grundsatzthema "Politische Klasse und demokratischer Rechtsstaat" wurde im Eröffnungsreferat von Univ.-Prof. Dr. h.c. Hans Meyer (Humboldt-Universität Berlin) behandelt, der hierzu bereits wichtige Veröffentlichungen vorgelegt hat. Der Begriff der politischen Klasse zeichne sich gerade dadurch aus, dass er den Kernbereich der Politik umfasse, der über seine eigenen Existenz- und Arbeitsbedingungen wie Finanzierungsgesetze, Beförderungsgesetze oder Geschäftsordnungen

selbst bestimmen könne. Gleichzeitig sei sie jedoch an die Verfassung gebunden. Diese Bindung werde allerdings nicht selten umgangen: so etwa bei der geheimen Wahl der Richter am Bundesverfassungsgericht, die nur von wenigen Personen bestimmt würden, oder bei der Tatsache, dass Minister gleichzeitig auch Abgeordnete sein dürften und so über selbst eingebrachte Gesetze mitbestimmen könnten, obgleich sie unmöglich gleichzeitig beide verfassungsmäßig vorgegebenen Funktionen erfüllen könnten. Eine Lösung könne es sein, die Kompetenz des Bundesverfassungsgerichts zu erweitern, damit es auch in Sachen, die die politische Klasse selbst betreffen, angerufen werden könne, schlug Meyer vor. Im Gegensatz zur klassischen Vorstellung von der Gemeinwohlorientierung der Amtsträger überträgt die Neue Politische Ökonomie das Bild eines von Eigeninteressen motivierten homo oeconomicus, von dem die Volkswirtschaftslehre ausgeht, auf die Politik. Univ.-Prof. Dr. Gebhard Kirchgässner von der Universität St. Gallen, einer der bekanntesten und bestausgewiesenen deutschsprachigen Politikökonomien, brachte diese Perspektive in seinem Referat "Die politische Klasse aus der Perspektive der Neuen Politischen Ökonomie" nahe.

Univ.-Prof. Dr. Klaus von Beyme (Universität Heidelberg), der als Hauptvertreter einer mehr analytisch-deskriptiven Richtung der Politikwissenschaft gilt, behandelte das Grundsatzthema "Politische Klasse, Parteienstaat und Korruption". Von Beyme ist einer der bekanntesten und wissenschaftlich fruchtbarsten deutschen Politikwissenschaftler. Er hat - neben vielen anderen Werken - 1992 das politikwissenschaftliche Standardwerk zum Thema "Politische Klasse" geschrieben. Von Beyme unterstrich die Unterscheidung zwischen politischer Klasse mit übereinstimmenden Interessen und politischer Elite, die in Konkurrenz um die Macht stehe, und wies auf die unterschiedliche Korruptionsanfälligkeit in verschiedenen politischen Systemen hin.

Gegenstand von Manipulationen der politischen Klasse ist immer wieder das Wahlrecht. Von seiner Ausgestaltung hängen nicht nur die relativen Wahlchancen von Regierung und Opposition ab, sondern auch die Sicherheit der Wiederwahl aller Amtsinhaber. Es geht dabei um für Berufspolitiker existentielle Fragen. Die politische Klasse versucht auf mancherlei Weise, ihre Abwahl zu erschweren und möglichen Konkurrenten den Weg zu verlegen. Das war das Thema von Univ.-Prof. Dr. Merith Niehuss von der Universität der Bundeswehr in

München, die zwei Handbücher über "Wahlen in Deutschland" mitverfasst hat.

In der sogenannten Ämterpatronage im öffentlichen Dienst und in anderen Bereichen spiegeln sich die beiden Hauptinteressen der politischen Klasse wider: In der "Herrschaftspatronage" das Streben nach Macht und Einfluss, in der "Versorgungspatronage" (Theodor Eschenburg) der Wunsch nach postenmäßiger und finanzieller Absicherung. Diesem Thema widmete sich Univ.-Prof. Dr. Michael Kloepper (Humboldt-Universität Berlin) in seinem Vortrag "Politische Klasse und Ämterpatronage". Er hat dieses Phänomen - neben vielen anderen wichtigen Interessengebieten - schon früh behandelt.

Wie wichtig die Medien für die Kontrolle der politischen Klasse sind, zeigen die zahlreichen aufgedeckten Politiskandale der jüngeren und jüngsten Vergangenheit. Doch die Medien haben unterschiedliche Wirkungen. Besonders der Vormarsch des Fernsehens bewirkt in jüngerer Zeit eine Art "Strukturwandel der Öffentlichkeit", der die Möglichkeiten zumindest der politischen Elite, die unmittelbaren Zugang zu den Medien hat, noch erweitert, sich nicht nur von den Bürgern, sondern auch von der eigenen Parteibasis zu "emanzipieren". Univ.-Prof. Dr. Ulrich Sarcinelli, Verfasser des Buches "Politik-Vermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft", behandelte diese Thematik in seinem Referat "Politische Klasse und Öffentlichkeit". Und Thomas Leif, ein Medienprofi und zugleich Impulsgeber für die Wissenschaft, sprach in seiner Dinner Speech auf der alljährlichen Abendveranstaltung der Tagung im Hambacher Schloss ebenfalls über politische Grundfragen der Medien.

Eine wichtige Frage im Zusammenhang mit der Möglichkeit der Gewinnung von "Seiteneinsteigern" aus Wirtschaft und Gesellschaft für die Politik ist die Rekrutierung des politischen Nachwuchses. Fördern die bestehenden Strukturen und Prozesse die Auswahl der besten oder ist eher das Gegenteil der Fall? Elmar Wiesendahl, der grundlegende Veröffentlichungen über die Parteien vorgelegt hat, behandelte dieses Thema in seinem Schlussreferat "Die politische Klasse zwischen Professionalismus und Karrierismus".

Die Ergebnisse der Tagung werden in einem Tagungsband dokumentiert, der im Laufe des Sommersemesters 2001 unter dem Titel "Politische Klasse und Verfassung" in der Schriftenreihe der Hochschule Speyer erscheinen wird.

Ministerialbürokratie – Strategische Planungszentralen oder politische Agenda-Setter?

2. Top-Seminar für Abteilungsleiter in Ministerien am 1. und 2. Februar 2001

Zum zweiten Mal veranstaltete die Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer unter der Leitung von Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill ein Seminar exklusiv für Abteilungsleiter in Ministerien. Die Veranstaltungsreihe, an der diesmal 30 Führungskräfte aus 12 Ländern und dem Bund teilnahmen, möchte eine Plattform bieten, um sich jenseits des Alltagsgeschäftes mit neuen Entwicklungen auseinander zu setzen, Fragen der Politikvorbereitung zu diskutieren und Gelegenheit zum gegenseitigen Erfahrungsaustausch zu geben. Im Zentrum des diesjährigen Seminars standen Ansätze des strategischen Verwaltungsmanagements vor dem Hintergrund gesellschaftlicher und politischer Veränderungen in national und international vergleichender Perspektive.

Da der Gestaltungsspielraum von Politik und Verwaltung auch durch veränderte gesellschaftliche Entwicklungen beeinflusst wird, ist notwendige Voraussetzung für die strategische Planung eine Analyse der jeweiligen Rahmenbedingungen. Als Auftakt stellte daher der Münchner Buchautor Armin Pongs aktuelle sozialwissenschaftliche Gesellschaftskonzepte wie etwa die Erlebnis- oder die Arbeitsgesellschaft vor – Entwürfe, die nicht nur von außen auf Gestaltungs- und Handlungsmöglichkeiten der Ministerialverwaltung einwirken, sondern auch intern Moderni-

sierungsstrategien beeinflussen und unterstützen. Pongs hob hervor, dass trotz zunehmender Individualisierung Großgruppen keineswegs an Bedeutung verlieren, sondern individualisierende Tendenzen ergänzen.

Neben der Wahrnehmung der unterschiedlichen Rahmenbedingungen als Orientierungswissen misst sich der Erfolg politischer Konzeptionen auch – und vor allem – an der konkreten Umsetzung der Programme. Welche Strategien die Ministerialbürokratie entwickeln kann, um in der Informationsgesellschaft geplante Prozesse zu realisieren, und wie Ansätze eines erfolgreichen Umsetzungswissens konzipiert werden können, erläuterte Dr. Matthias Artzt, Referatsleiter im brandenburgischen Ministerium für Wirtschaft, am Beispiel seines Landes. Seiner Ansicht nach liegt die Zukunft des erfolgreichen Internetauftritts eines Landes nicht nur darin, Verwaltungsebenen und Fachpolitiken zu integrieren, sondern in einem auch branchenübergreifenden Portal.

Über ein Forschungsprojekt zur Gestaltung politischer Prozesse durch eine planende Ministerialverwaltung am Beispiel der Umweltpolitik berichteten Prof. Dr. Malte Faber und Privatdozent Dr. Thomas Petersen vom Alfred-Weber-Institut für Sozial- und Staatswissenschaft der Universität Heidelberg. Im Zentrum stand die

Frage, wie und mit welchem Selbstverständnis die Landes-Ministerialverwaltung unter Einbeziehung unterschiedlicher Akteure auf nationaler Ebene umweltpolitische Maßnahmen konzipiert. Die Referenten unterschieden zwischen dem Partikularinteressen verfolgenden "homo oeconomicus" und dem Gemeinwohlinteressen vertretenden "homo politicus". Im Ergebnis eröffne das Referenzgebiet "Umweltpolitik" der Ministerialbürokratie, die trotz – oder gerade wegen – der Beachtung vielfältiger Interessen als homo politicus agiere, einen relativ weiten Gestaltungsspielraum bereits im Gesetzgebungsverfahren.

Neben dem nationalen Vergleich gewinnt das Thema, welchen Anteil Ministerialverwaltungen an der Steuerung politischer Entscheidungsprozesse haben, auch international an Bedeutung. In einer empirischen Studie hat Kai-Uwe Schnapp vom Wissenschaftszentrum Berlin unterschiedliche OECD-Länder untersucht und die Ergebnisse des Projektes in seinem Referat über "Ministerialbürokratien als Agenda-Setter im internationalen Vergleich" vorgestellt. Wesentliche Bestimmungsfaktoren für den Einflussgrad der Bürokratie sind die Personalrekrutierung, die Zahl der politischen Akteure sowie die Möglichkeit des Agenda-Settings durch die Bürokratie. Den größten Einfluss können nach dieser Untersuchung Bürokratien in Japan, Belgien und Irland ausüben, als relativ schwach gelten u.a. die Verwaltungen in Skandinavien, den USA und der Schweiz, während sich die Bundesrepublik neben Österreich und Frankreich im Mittelfeld befindet.

Rentenreform im Visier

Projektwerkstatt zur Alterssicherung in Zusammenarbeit mit der LVA

Die vorherige Bundesregierung war der Meinung, die Rente sei sicher, die jetzige versucht sich an Kompromisslösungen. Dass eine Reform unabdingbar ist, darin sind sich jedoch alle einig. Mit der bisherigen Reformarbeit zur Neuordnung der Alterssicherung beschäftigte sich die Veranstaltung "Projektwerkstatt zur Alterssicherung", die die Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. Rainer Pitschas am 22./23. Januar 2001 in Zusammenarbeit mit der Landesversicherungsanstalt in Speyer anbot. Dabei wurde die Rentenreform sowohl aus politischer und betrieblicher als auch aus Sicht der Versicherungsträger beleuchtet.

Die Veranstaltung bildete gleichzeitig den Abschluss einer dreimonatigen projektbezogenen Arbeitsgemeinschaft an der Hochschule, in der die Hörerinnen und Hörer ihre Vorstellungen zur

Reform der Rentenversicherung erarbeitet hatten und die anwesenden Experten damit konfrontieren wollten. Gleichzeitig übernahmen die Hörer auch die Moderation und Gesprächsleitung des Werkstattgesprächs. Nach der Eröffnung des Werkstattgesprächs durch Univ.-Prof. Dr. Pitschas sowie Dr. Klaus Hessert, Justitiar der LVA, erläuterte Heinz Schmitt, MdB, (SPD), die Reform aus dem Blickwinkel der Politik und stellte sie zur Diskussion.

Der Ausbau der Betrieblichen Alterssicherung als eigenständige "Säule" war Thema der Diskussion mit H. Huhn, Vorstandsmitglied der Knoll AG, Ludwigshafen. Die ökonomischen und steuerrechtlichen Probleme wurden mit Dipl.-Volkswirt U. Rehfeld vom Verband der Deutschen Rentenversicherungsträger thematisiert. Am Ende der Veranstaltung stand eine intensive Diskussion mit Hartmut Hüfken, Erster Direktor der LVA Rheinland-Pfalz, Speyer, über die Re-Organisation der Rentenversicherung.

Kriminalprävention im Blickpunkt – Speyerer Präventionswerkstatt am 29. und 30. März 2001 an der DHV

Über die Notwendigkeit, die Kriminalprävention auf der primären und sekundären Ebene auszubauen, besteht heute kaum noch Zweifel. Dabei ist den Präventionsanstrengungen ein gesamtgesellschaftlicher Ansatz zugrunde zu legen. Dessen Organisation und Koordination dient das zur Zeit im Aufbau befindliche "Deutsche Forum für Kriminalprävention". Seine Errichtung ist freilich nicht unumstritten. Einige Bundesländer und Teile der Wissenschaft sehen in der Institutionalisierung des Forums auf zentraler (Bundes-)Ebene eine massive Einflussnahme auf die Richtung der lokalen Sicherheitspolitik einerseits, eine ungeeignete Organisationsform im Hinblick auf die bevorstehenden Präventionsinitiativen der Europäischen Union (EU) andererseits. Vor diesem Hintergrund will sich die Speyerer Präventionswerkstatt in regelmäßigen Zeitabständen mit drängenden aktuellen Fragen der Kriminalprävention auseinandersetzen.

Vom 28 bis 30. März 2001 fand ein Treffen an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer statt, das sich dabei im Rahmen des gewählten Themas vor allem der Steuerung der Kriminalprävention durch die Polizei sowie der Organisation zivilgesellschaftlicher Verantwortungspartnerschaft widmete, weil und soweit deren sorgfältige Gestaltung infolge des Rücktritts polizeilicher Steuerungsverantwortung unerlässlich sein wird.

Im Vordergrund der Veranstaltung stand zunächst die Überlegung, die gesamtgesellschaftliche Verankerung der Kriminalprävention zu reflektieren. Hierzu galt es, die gesamtgesellschaftlichen Präventionsaufgaben auszuloten und die Koordinationsfunktion des "Deutschen Forums für Kriminalprävention" als einer zentralen Institution für die Präventionskooperation darzustellen. Den Steuerungsrahmen vervollständigenden aus rechtlicher Perspektive die grenzüberschreitenden Aspekte der Kriminalprävention als eine noch kaum hinlänglich erfasste Aufgabe der EU. Alledem widmete sich die Speyerer Präventionswerkstatt in ihrem ersten Teil.

Einen zweiten Themenkreis der Präventionswerkstatt umfasste der Ansatz, lokale Sicherheitspolitik durch kommunale Kriminalprävention zu analysieren. Dieser Aufgabe wurde anhand von theoretischer Durchdringung und Praxisreflexionen nachgegangen. Für das Land Rheinland-Pfalz war insofern die kom-

munale Sicherheits- und Ordnungspartnerschaft in Ludwigshafen von Interesse. Ein paralleles Beispiel bildete die Stadt Speyer. Ohne Zweifel wandelt sich vor diesem Hintergrund die Polizeifunktion.

Im dritten Teil der Werkstatt stand die Teilhabe der Wirtschaft an der Kriminalprävention im Vordergrund der Überlegungen. Hierzu bedurfte es praxisnaher Durchdringung des Gegenstandes, um daran das "Security-Management" in der Wirtschaft näher zu beschreiben. Ein anderer Sektor der Wirtschaft in Bezug auf Kriminalprävention stand mit dem Auftrag des Sicherheitsgewerbes in lokalen bzw. Länder-Präventionsgremien zur Diskussion. Die Erörterungen zu den einzelnen Themen dienten allesamt dem Ziel, aus unterschiedlicher Perspektive den Beitrag der Wirtschaft zur zivilgesellschaftlichen Kriminalprävention auf der ersten und zweiten Präventionsebene schärfer zu fokussieren. Dies war bis dahin noch nicht hinreichend gelungen.

Staatssekretär Theilen und Professor Rainer Pitschas diskutieren mit deutschen Beamten über Kriminalprävention
Foto: Venus

Zum Abschluss der Werkstatt wurde die These einer Prüfung unterzogen, dass Kriminalprävention für die damit befassten staatlichen und gesellschaftlichen Instanzen einen organisationsfähigen Lernprozess darstellt, der vor allem ständiger Weiterbildung bedarf. Diese bleibt denn auch einerseits auf einem entsprechenden Wissensfundament auf staatlicher Seite, andererseits unter Einbeziehung der Öffentlichkeit in zivilgesellschaftlicher Perspektive zu organisieren. Diesem Thema widmete sich die Präventionswerkstatt abschließend. Die Referenten kamen aus den verschiedenen Behördenbereichen, der Wissenschaft sowie aus der freien Wirtschaft.

3. Speyerer Planungsrechtstage und Speyerer Luftverkehrsrechtstag vom 21. bis 23. März 2001

Das Vorhandensein eines gut ausgebauten Verkehrsnetzes ist für einen hochentwickelten Industriestaat wie die Bundesrepublik Deutschland von entscheidender Bedeutung. Bei der Planung von Verkehrswegen sind allerdings nicht nur Wirtschaftsinteressen, sondern beispielsweise auch Umweltprobleme und die Belange von Anwohnern zu berücksichtigen. Den damit zusammenhängenden Fragen der Rechtfertigung und Abwägung von Planungsentscheidungen waren in der Zeit vom 21. bis 23.

März 2001 zum dritten Mal die unter der Leitung von Univ.-Prof. Dr. Jan Ziechow stehenden Speyerer Planungsrechtstage gewidmet.

Erstmals fand in deren Rahmen der "Speyerer Luftverkehrsrechtstag" statt, auf dem weit mehr als 100 Experten über den Zusammenhang der Festlegung von Flugrouten und Flughafenplanung, Rechtsfragen des Ausbaus von Verkehrsflughäfen, Ansätze für eine Neubewertung des Fluglärms sowie Probleme der Mediation bei der Planung

von Flughäfen diskutierten.

Für betroffene Bürger immer wieder bedeutsame Themen, die Gegenstand der Erörterung auf den Planungsrechtstagen waren, sind z.B. die Möglichkeiten, bei bereits bestehenden Verkehrswegen nachträgliche Schutzmaßnahmen vorzusehen, Entschädigungsansprüche wegen Baustellenlärms und Chancen der Gemeinden, mittels eigener Planungen Beeinträchtigungen ihrer Einwohner durch staatliche Maßnahmen verhindern zu können.

Berufsethos, Leistungsorientierung, Qualifikation

Unter der wissenschaftlichen Leitung von Prof. König fand vom 7. bis 9. März 2001 ein Fortbildungsforum mit dem Titel "Modernisierung des öffentlichen Dienstes - Berufsethos, Leistungsorientierung, Qualifikation" statt. Der Teilnehmerkreis umfasste ca. 100 Verwaltungspraktiker aus Bund und Ländern. Thematisch behandelt wurden u.a. erste Erfah-

rungen mit der Dienstrechtsreform von 1997 und aktuelle Reformvorhaben der Bundesregierung sowie Fragen des Berufsethos einschließlich der Rolle von Leitbildern. Abschließend wurden unter dem Vorzeichen neuer Herausforderungen an den öffentlichen Dienst Fragen der Aus- und Fortbildung diskutiert.

Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

Univ.-Prof. Dr. Dieter Duwendag referierte im Rahmen des zusammen mit Univ.-Prof. Dr. Gisela Färber veranstalteten Kompaktseminars "Finanzen und Wirtschaft" für Führungskräfte der Länderministerien (23. - 25. Oktober 2000) über neuere Ansätze zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Besonders betont wurden in diesem Zusammenhang die bislang noch zu wenig genutzten Chancen, die von einer verstärkten Globalisierung der deutschen Wirtschaft und von einer Expansion des Dienstleistungssektors für den Beschäftigungsaufbau zu erwarten sind.

Vertretung der DHV Speyer

In seiner Eigenschaft als Vizepräsident des Internationalen Instituts für Verwaltungswissenschaften (IIAS) nahm Prof. König vom 19. bis 21. Oktober 2000 in Potsdam an der Vorstandssitzung der Deutschen Sektion und an der Tagung "10 Jahre Verwaltungsaufbau Ost - eine Evaluation" teil.

Vom 14. bis 19. November 2000 nahm Prof. Klaus König an dem Academy Fall Meeting der National Academy of Public Administration (NAPA) zum Thema "Transformation and Transition: Developing an

Action Agenda for 2001" in Washington D. C. teil. In Washington führte Klaus König Gespräche mit Vertretern der Weltbank sowie mit akademischen Persönlichkeiten des Center for the Study of the Presidency.

Prof. König nahm am 24. und 25. November 2000 in Potsdam am 5. Organisationswissenschaftlichen Seminar unter dem Motto "New Governance: Koordination und Organisation zwischen Konkurrenz, Hierarchie und Solidarität" teil. Hierbei referierte er

zum Thema "Public Governance - eine globale Frage".

Am 12. Februar 2001 hat Dr. Egon Riffel im Auftrag des Rektors an der 11. Sitzung der Hochschulstrukturkommission (HSK) im Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung in Mainz teilgenommen. Im Mittelpunkt der Erörterungen standen der Aufbau des 'Virtualen Campus Rheinland-Pfalz', die Situation der MA/BA-Studiengänge in Rheinland-Pfalz und Fragen des Internationalen Hochschulmarketings. Die

durch die Novellierung des Hochschulrahmengesetzes vorgesehene Änderung der Personalstruktur (Junior-Professuren) soll Gegenstand der nächsten Sitzung sein.

Vom 28. Februar bis 3. März 2001 fand in Brüssel eine Sitzung des Exekutivkomitees des Internationalen Instituts für Verwaltungswissenschaften (IIAS) statt, an der Prof. König in seiner Eigenschaft als Vizepräsident des Instituts teilnahm.

Talentschmiede für Verwaltungsmanager

Eröffnung des V. Führungskollegs der DHV Speyer

20 ausgewählte Führungskräfte aus der Verwaltung sollen zu modernen Verwaltungsmanagern ausgebildet und darauf vorbereitet werden, umfassendere Leitungsfunktionen zu übernehmen. – Das ist das Ziel des V. Führungskollegs Speyer (FKS), das am 7. Dezember 2000 im Historischen Ratsaal der Stadt Speyer offiziell eröffnet wurde. Damit beginnt zum fünften Mal seit der Gründung des FKS im Jahre 1991 ein neuer Kurs.

Die Kollegiatinnen und Kollegiaten wurden von den Ländern Rheinland-Pfalz, Hessen, Niedersachsen, Saarland, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit für die Teilnahme an dem Führungskolleg bestimmt. In 16 Kurswochen, die über 30 Monate verteilt sind, sollen die Führungsfähigkeiten der Teilnehmer im Sinne eines modernen Verwaltungsmanagements weiterentwickelt werden. Dabei soll nicht nur Wissen vertieft, sondern auch Handlungsbereitschaft und Führungsfähigkeit verstärkt werden. Die behandelten Themengebiete reichen von "Führung und Leitung" über "Organisation", "Personal", "Haushalt und Finanzen" bis hin zu "Europäisierung und Internationalisierung". Die Dozenten des FKS kommen aus Verwaltungspraxis, Wirtschaft,

Politik und Wissenschaft.

Der Wissenschaftliche Beauftragte für das V. FKS, Univ.-Prof. Dr. Stefan Fisch, hieß die Teilnehmer an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer herzlich willkommen. In seiner Begrüßung erläuterte Fisch, die Kollegiaten seien Verwaltungsmitarbeiter, die bereits Führungserfahrung hätten. Diese solle verstärkt und erweitert werden. Besonders bemerkenswert sei, dass acht der 20 Teilnehmer und damit 40 Prozent Frauen seien. Dass neben Juristen auch Architekten, Volkswirte, ein Ingenieur sowie eine Soziologin und eine Politologin teilnahmen, belege die interdisziplinäre Ausrichtung des FKS, der sich auch die Hochschule verschrieben habe, so Fisch.

Der Rektor der Hochschule, Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill, begrüßte neben den neuen Teilnehmern insbesondere auch die anwesenden Leiter der früheren Kurse. In der heutigen Zeit sei lebenslanges Lernen gefordert, insbesondere auch für Führungskräfte. Neben emotionaler Intelligenz, also Einfühlungsvermögen, der Fähigkeit, Situationen und Fakten einzuschätzen, der Bereitschaft, Neues zu lernen, sowie Vorstellungsfähigkeit und Flexibilität, gehörten auch Kooperationsfähigkeit und der Umgang mit Misserfolgen zu den Fähigkeiten, die für moderne Füh-

rungskräfte unabdingbar seien. Den Kollegiaten wünsche er, diese Fähigkeiten miteinander in Einklang bringen zu können.

Der Chef der Staatskanzlei des Landes Rheinland-Pfalz, Staatssekretär Klaus Rüter, überbrachte die Grüße der Landesregierung. Er betonte, wie wichtig die Speyerer Einrichtung für die Länder sei. In der Verwaltung habe sich seit Bestehen der Bundesrepublik viel verändert. Früher sei der Bürger Bittsteller gewesen und es habe ein starkes Obrigkeitsdenken geherrscht. Heute werde der Bürger als Kunde begriffen, der Servicegedanke stehe im Mittelpunkt. Durch die neuen Medien werde sich die Verwaltung – Stichwort E-Government – weiter verändern. Daher sei es auch im Personalmanagement nötig, auf diese Veränderungen zu reagieren, die Mitarbeiter in die Neugestaltungsprozesse mit einzubeziehen und zu motivieren. "Deshalb sind wir froh, dass wir das FKS haben", so Rüter. Er dankte den Kollegiaten, die sich der Mühe unterzögen, die berufsbegleitende Fortbildung zu absolvieren, und wünschte dem V. FKS einen guten Verlauf.

Die Veranstaltung wurde musikalisch von der Big-Band des Kaiserdom-Gymnasiums umrahmt.

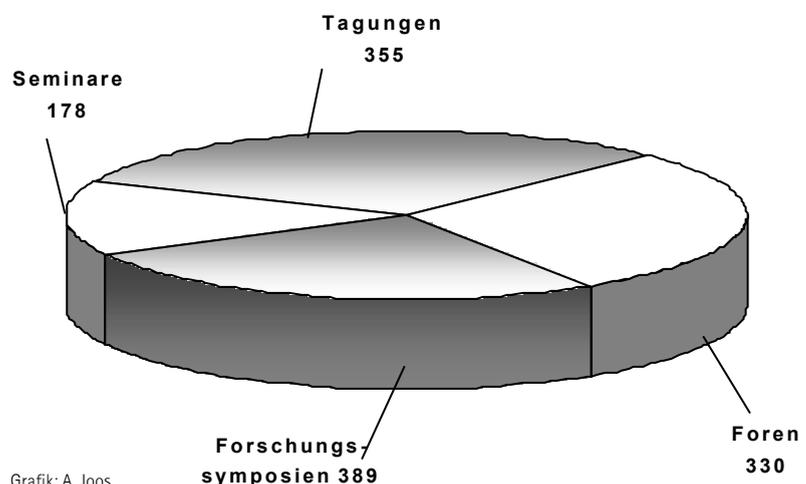
Rege Teilnahme an der Fortbildung

Die stattliche Zahl von 1.252 Teilnehmern besuchte im Herbst 2000 die Fortbildungsveranstaltungen von DHV und FÖV.

Angeboten wurden 4 Tagungen mit insgesamt 355 Teilnehmern.

Den Weg zu 4 Foren fanden 330 Interessierte und bei 6 Seminaren fanden sich insgesamt 178 Teilnehmer ein.

Die 8 Forschungssymposien des FÖV wurden von 389 Teilnehmern besucht.



Grafik: A. Joos

Olympischer Geist weht in der Verwaltung DHV Speyer zeichnet zum 5. Mal innovative Verwaltungen aus

Dabei sein ist alles - aber am Schluss können nur wenige auf dem Treppchen stehen: Zwölf Verwaltungen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz konnten

ship, Politik und Verwaltung sowie Wissensmanagement beworben. Die eingehenden Bewerbungen wurden zunächst von einer Jury geprüft; insgesamt betei-

- Handwerkskammer Trier

Bürgerorientierung und Electronic Government:

- Stadt Salzburg

Electronic Government:

- Parlamentsdienste der Schweizerischen Bundesversammlung

Personalmanagement:

- Sektion Personalentwicklung und Interne Kommunikation, Generalsekretariat Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

- Gemeinde Pasching

- Staatskanzlei Schleswig-Holstein

Politik und Verwaltung:

- Gemeindeverwaltung Baar

- Stadt Coesfeld

Public Private Partnership:

- Freie Hansestadt Bremen / Informations- und Datentechnik Bremen GmbH

Prof. Hill und Prof. Klages mit den Preisträgern des 5. Speyerer Qualitätswettbewerbs

Foto: DHV Speyer

beim fünften Speyerer Qualitätswettbewerb durch besonders fortschrittliche Lösungen überzeugen. Sie wurden mit dem "Speyer-Preis" für herausragende Lösungen und Innovationen in der öffentlichen Verwaltung ausgezeichnet.

Die Preise wurden im Rahmen eines Kongresses am 11. und 12. Dezember 2000 an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer verliehen. "Die prämierten Projekte verbinden drei Stärken: Sie sind innovativ, bereits praktisch umgesetzt und auf andere Verwaltungen übertragbar", erläuterte Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill, der den Wettbewerb zusammen mit Univ.-Prof. Dr. Helmut Klages wissenschaftlich leitet. Gerade der Übertragbarkeit der Konzepte komme eine besondere Bedeutung zu, denn aus guten Beispielen lasse sich viel lernen: "Die Speyer-Preisträger sind Vorbild für andere Verwaltungen und damit ein Motor der Verwaltungsmodernisierung", berichtete Helmut Klages.

62 Verwaltungen hatten sich diesmal in den sechs Themenbereichen Bürgerorientierung, Electronic Government, Personalmanagement, Public Private Partner-

ship, Politik und Verwaltung sowie Wissensmanagement beworben. Die eingehenden Bewerbungen wurden zunächst von einer Jury geprüft; insgesamt beteiligten sich dabei in den sechs Arbeitsgruppen mehr als 50 Fachleute aus Wissenschaft und Praxis. 27 Beiträge konnten diese Hürde nehmen und kamen in die engere Wahl. Sie wurden von Expertenteams vor Ort erneut begutachtet. Schließlich hielt die Jury 12 Verwaltungen für preiswürdig. "Die Entscheidung unter den vielen sehr guten Wettbewerbsbeiträgen war nicht leicht", so Helmut Klages. Für die Zukunft setzt der Speyerer Qualitätswettbewerb auf weitere Innovationen und den Wettbewerb zwischen den Verwaltungen: "Damit der olympische Geist möglichst viele Verwaltungen beflügelt und sie immer fortschrittlicher, service-orientierter und leistungsstärker arbeiten - zum Wohle der Bürger."

Dies sind die Preisträger des 5. Speyerer Qualitätswettbewerbs:

Bürgerorientierung:

- Bezirksregierung Arnsberg - Autobahnpolizei

- Kreisverwaltung Bernkastel-Wittlich

- Stadtgemeinde Schwechat

Wissensmanagement:

kein Preis

Drei Preisträger im Profil:

Electronic Government: die Stadt Salzburg mit Digital AKTiv

Die Stadtverwaltung Salzburg verfolgt seit längerem eine sehr ehrgeizige Strategie zur Umsetzung von Electronic Government. Große Anstrengungen, umfassende Vorbereitungen, eine hohe Innovationsbereitschaft und besondere Kreativität waren die Ausgangsbasis für den Ansatz des digitalen Magistrats. Zum Januar 2000 führte das Amt für Datenverarbeitung flächendeckend das Aktenverwaltungs- und Workflowsystem Akt 2000 ein. Dieses System verkürzt Aktenläufe entscheidend und schafft die Möglichkeit, einen Akt durch mehrere Stellen gleichzeitig bearbeiten zu lassen. Integriert in dieses System sind interne und

externe Datenbanken, eine digitale Stadtkarte sowie weitere graphische Informationssysteme, die den Mitarbeitern eine Bearbeitung erheblich erleichtern und Abläufe beschleunigen. Beispielsweise konnte durch den Akt 2000 die Verfahrensdauer von Bauansuchen von 150 auf 50 Tage gesenkt werden. Die zeitliche Erfassung der 20.000 lokalen Straßenschilder wurde auf ein Sechstel reduziert. Dabei sind zeitgleich 6.000 Verkehrsschilder eliminiert worden. Mit speziellen Erweiterungen können weitere Verwaltungsverfahren rasch über das System Akt 2000 realisiert werden. Dies unterstreicht die hohe Übertragbarkeit des Ansatzes insgesamt. Ebenso überzeugend sind die ergänzenden Aktivitäten im Rahmen der Offensive egov2000: Service-Center, die Präsenz Salzburgs im Netz (<http://www.stadt-salzburg.at>) und der neue Verwaltungs-Gateway. Der digitale Magistrat ist sieben Tage in der Woche rund um die Uhr geöffnet. Es gibt keine Wartezeiten. Der Status von Anfragen ist jederzeit abfragbar. Erste Anwendungen ohne komplizierte Sicherheitszertifizierung können elektronisch durchgeführt werden. Komplexere Anwendungen zur Kommunalsteuer und zur individuellen digitalen Stadtkarte werden derzeit von ausgewählten Testkunden intern wie extern erprobt. Das Gesamtsystem des digitalen Magistrats führt zu drastischen Beschleunigungseffekten, Qualitätsverbesserungen und zu mehr Transparenz für Bürger, Wirtschaft und Verwaltung.

Gemeinsam stärker! Freie Hansestadt Bremen im Zeichen des Public Private Partnership: Informations- und Daten- technik Bremen GmbH (ID Bremen)

Die ID Bremen ist ein gemischtwirtschaftliches Unternehmen, an dem die Freie Hansestadt Bremen mit 50,1% und die debis Systemhaus GmbH mit 49,9% beteiligt sind. Sie ist aus einem früheren Bremischen Landesamt für Datentechnik, das 1994 in einen Eigenbetrieb umgewandelt worden ist, hervorgegangen. Bremen hat in die ID Bremen neben Anlagevermögen auch 130 Beschäftigte

Personalmanagement: die Schweiz wirkungs- orientiert

Die Regierungs- und Verwaltungsreform der Schweizerischen Bundesregierung hat zum Ziel, maßgeschneiderte Führungs- und Organisationsformen nach den Prinzipien der wirkungsorientierten Verwaltungsführung umzusetzen, neue Führungsinstrumente einzuführen und anzuwenden sowie ein modernes Personalmanagement zu ermöglichen. Mit dem neuen Bundespersonalgesetz wurde ein gemeinsames personalpolitisches Dach neuer Art gezimmert. Die Personalbeurteilung wird auf die Grundlage von leistungsbezogenen Zielvereinbarungen umgestellt. Mit einem neuen Lohnsystem wird eine stärkere Berücksichtigung der individuellen Arbeitsleistung angestrebt.

Das departementübergreifende Management Development System konzentriert sich darauf, das Potenzial der Führungskräfte zu erfassen und zu entwickeln. Personalentwicklung soll in Zukunft bevorzugt Aufgabe der Führungskräfte sein.

Zur Verbesserung der Personalauswahl im zivilen und militärischen Führungsbereich wurden Anforderungsprofile erstellt, die beim Auswahlverfahren einen systematischen Abgleich von stellenbedingten Anforderungen und individuellen Eignungen und Befähigungen er-

gebracht, die mit weitgehendem Bestandsschutz in die neue GmbH übergeleitet worden sind.

Beide Partner haben mit der Sicherung der strategischen Ziele der Freien Hansestadt Bremen (u.a. Ausbau von Bremen als IT-Standort, Arbeitsplatzsicherung der Beschäftigten) und der Führungsrolle von debis im operativen Geschäft eine tragfähige strukturelle Lösung gefunden. Das bei den ehemaligen Bremischen Mitarbeitern vorhandene spezifische Wissen des öffentlichen Sektors ergänzt sich gut mit dem Systemwissen von debis; auch in der Zukunft sind weitgehende Synergien zu erwarten. Die ID Bremen hat gute Marktchancen in öffentlichen Einrichtungen außerhalb von Bremen. Sie ist ein sehr interessanter, gelungener Fall

möglichen. Die Anforderungsprofile werden bei Reorganisationsmaßnahmen laufend angepasst.

Besonders beeindruckend ist die Innovativität, die hohe professionelle Qualität und die hervorragende Vernetzung der Instrumente zur Potenzialidentifikation, -evaluation und -entwicklung. Sehr wichtig ist die Vereinbarung von "Learning Contracts", die Transferprogramme auf der Grundlage der in Workshops erzielten Erkenntnisse enthalten, wie auch von abschließenden Audits, deren Ergebnisse wiederum in Mitarbeitergespräche überführt und zum Gegenstand von Zielvereinbarungen gemacht werden.

Höchst anerkanntenswert sind in diesem Zusammenhang die eigenständige Entwicklung von Beurteilungsdimensionen und -indikatoren, die ausgeklügelte Projektorganisation, der Aufbau einer innovativen Datenbank, die sorgfältige Ausbildung von Assessor/innen und die ausgeprägte Kundenorientierung im Dienst der Organisationseinheiten des Departements und der Linienvorgesetzten. Bemerkenswert ist zudem die Bemühung um eine fortlaufende, systematisch angelegte Programmevaluation auf der Grundlage von Befragungen der Teilnehmer der Workshops wie auch der Kunden und die Bereitschaft zur permanenten Selbstverbesserung unter Nutzung externer Feedbacks.

von public private partnership mit Vorbildfunktion für den öffentlichen Sektor. Positive Chancen der Übertragbarkeit könnten sich zum Beispiel mit Blick auf Rechenzentren und ähnliche professionelle Dienstleister ergeben, die bisher in öffentlicher Regie arbeiten.

Das Konzept der ID Bremen passt sich zudem gut in die Gesamtreformstrategie der Freien und Hansestadt Bremen ein. Eine motivierte Führungsschicht hat nach einer umfassenden Vorbereitungsphase den Sprung zur Partnerschaft mit einem großen Privatunternehmen geschafft. Es scheint Bremen zu gelingen, mittelfristig nicht nur Arbeitsplätze zu sichern, sondern auch weitere strategische Ziele durchzusetzen.

Als Speyerer Vorträge sind jüngst erschienen:

Nr. 59: Helmut O. Maucher, Die Rolle und Verantwortung des Unternehmers in der heutigen Gesellschaft, Abendvortrag anlässlich der Eröffnung des Wintersemesters 2000/2001, verbunden mit der Verleihung einer Honorarprofessur an Dr. Edda Müller, Speyer 2001.

Nr. 60: Klaudia Martini, Nachhaltigkeit - was ist das?, Abendvortrag im Wintersemester 2000/2001, Speyer 2001.

Nr. 61: Jörg Menno Harms, "Die Anforderungen der Wirtschaft an die öffentliche Verwaltung", Abendvortrag im Wintersemester 2000/2001, Speyer 2001.

Als Speyerer Arbeitshefte sind jüngst erschienen:

Nr. 130: Heinrich Reiner mann, Neues Politik- und Verwaltungsmanagement: Leitbild und theoretische Grundlagen, Speyer 2000.

Nr. 131: Sabine Frenzel, Zugang zu Informationen der deutschen Behörden, Speyer 2000.

Nr. 132: Hermann Hill/Helmut Klages, Good Governance und Qualitätsmanagement - Europäische und internationale Entwicklungen, Speyer 2000.

Nr. 133: Heinrich Siedentopf, Staatsreform /Europapolitik: Dokumentation zum 7. Deutsch-Französischen Verwaltungskolloquium der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer und der Ecole Nationale d'Administration in Speyer am 5. und 6. Juni 2000, Speyer 2000.

In der Speyerer Schriftenreihe sind jüngst erschienen:

Nr. 136: Jan Ziekow (Hrsg.), Wirtschaft und Verwaltung vor den Herausforderungen der Zukunft, Vorträge im Rahmen der Speyerer Gespräche zum öffentlichen Wirtschaftsrecht vom 29. September bis 1. Oktober 1999 an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Berlin 2000.

Nr. 137: Hans Herbert von Arnim/Gisela Färber/Stefan Fisch (Hrsg.), Föderalismus - Hält er noch, was er verspricht? Seine Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, auch im Lichte ausländischer Erfahrungen. Beiträge auf der 67. Staatswissenschaftlichen Fortbildungstagung vom 17. bis 19. März 1999 an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Berlin 2000.

Nr. 138: Waldemar Schreckenberger/Detlef Merten (Hrsg.), Grundfragen der Gesetzgebungslehre. Aktualisierte Vorträge eines Seminars zur Gesetzgebungslehre (1996) an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Berlin 2000.

Nr. 139: Jan Ziekow/Thorsten Siegel (Hrsg.), Anerkannte Naturschutzverbände als "Anwälte der Natur". Rechtliche Stellung, Verfahrensbeteiligung und Fehlerfolgen, Berlin 2000.

Nr. 140: Hans Herbert von Arnim (Hrsg.), Direkte Demokratie. Beiträge auf dem 3. Speyerer Demokratieforum vom 27. bis 29. Oktober 1999 an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Berlin 2000.

Nr. 141: Stefan Fisch/Ulrike Haerendel (Hrsg.), Geschichte und Gegenwart der Rentenversicherung in Deutschland. Beiträge zur Entstehung, Entwicklung und vergleichenden Einordnung der Alterssicherung im Sozialstaat, Berlin 2000.

Nr. 142: Klaus König/Detlef Merten (Hrsg.), Verfahrensrecht in Verwaltung und Verwaltungsgerichtsbarkeit, Symposium zum Gedächtnis an Carl Hermann Ule, Berlin 2000.

Als Speyerer Dissertationen sind jüngst erschienen:

Franz J. Schultz-Kult, Kommunales Informationsmanagement. Effiziente Organisation und institutionenökonomische Gestaltung, Wiesbaden 2001. Gutachter: H. Reiner mann/C. Böhret.

Ralf Gerhards, Konzeption für eine Kosten- und Leistungsrechnung öffentlicher Verwaltungen, Frankfurt 2001. Gutachter: K. Lüder/H. Reiner mann.

Die Zukunft der EU im Blick

12. Europa-Seminar Speyer an der DHV

Erweiterung und Vertiefung stellen sowohl die Europäische Union (EU) als auch ihre Mitgliedstaaten vor neue Aufgaben. Zur Vorbereitung auf den Beitritt neuer Mitgliedstaaten müssen Institutionen, Verfahren und Sachpolitiken der EU weiterentwickelt werden. Mit den aktuellen Fragen zu diesen Themenbereichen beschäftigte sich das "12. Europa-Seminar Speyer", das unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. Siegfried Magiera und Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Siedentopf vom 10. bis 13. Oktober 2000 an der Hochschule stattfand.

Den ersten Schwerpunkt des Seminars bildeten eine Zwischenbilanz zur Regierungskonferenz 2000, damit eng verbundene Fragen zur Reform der europäischen Gerichtsbarkeit sowie die interne Verwaltungsstruktur der Kommission. Hierzu referierten Dr. Schmuck, Europa-Abteilung der Landesvertretung Rheinland-Pfalz, Prof. Dr. Skouris, Richter am EuGH, und Dr. Priebe, Europäische Kommission. Die Vorträge und anschließenden Diskussionen machten deutlich, dass sich im Rahmen der Regierungskonferenz 2000 große Schwierigkeiten abzeichneten, die institutionellen Reformen erfolgreich zu Ende zu bringen, die notwendig sind, um die Handlungsfähigkeit und die Legitimität der Europäischen Union auch nach ihrer Erweiterung zu sichern. Besonders umstritten seien die Zahl der Kommissare und ihre Verteilung auf die Mitgliedstaaten sowie die Neugewichtung der Stimmen im Rat.

Weitere Schwerpunktbereiche waren die Erweiterung der EU, deren Finanzierung sowie die Politik der EU in den Bereichen Justiz und Inneres. Zur Erweiterung sprachen Dr. Wolfart, Botschaft der Republik Ungarn, und Prof. Schäfer, European Institute of Public Administration, Maastricht. Zu den Finanzie-

rungsfragen trug Prof. Dr. Friedmann, Mitglied des Europäischen Rechnungshofes, zum Bereich Justiz und Inneres Prof. Dr. Schelter, Minister für Justiz und Europaangelegenheiten des Landes Brandenburg, vor. Es zeigte sich, dass einige Bewerberländer - etwa Ungarn - gute Fortschritte nachweisen können und im Zuge der Agenda 2000 bereits Vorkehrungen getroffen wurden, um die Osterweiterung finanziell zu bewältigen.

Als dritter Themenkomplex wurde die Europäisierung des Steuerrechts behandelt. Die Vorträge erfolgten im Rahmen eines Besuches bei der BASF, die durch Herrn Schüßler, Leiter der Zentralabteilung Steuern und Zölle, vertreten wurde, sowohl aus der Perspektive der Wirtschaft als auch der Europäischen Kommission, für die der Referatsleiter Herr Wiedow sprach. Von den Referenten wurde betont, dass es für die Praxis notwendig sei, das Steuerrecht in der Europäischen Union trotz nationaler Widerstände stärker zu harmonisieren.

Die Rolle und Entwicklung von Europarat und der Schutz der Menschenrechte in Europa wurden von Dr. Fuhrmann, Richter am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, und Dr. Callewaert vom Europarat beleuchtet. Referenten und Diskussionsteilnehmer stimmten darin überein, dass die Bedeutung des Europarates und der EMRK durch die Aufnahme der jungen Demokratien Mittel- und Osteuropas weiter zugenommen hat. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte wird in seiner Funktion als Hüter der Menschenrechte in steigendem Umfang in Anspruch genommen, so dass mittlerweile seine Überlastung befürchtet wird. Hinsichtlich der Ausarbeitung einer Grundrechtecharta für die EU bestand Einigkeit, dass die Arbeiten bereits ein konsensfähiges Stadium erreicht hätten. Die zukünftige Rechtsqualität der Charta sei allerdings noch offen.

Mit der Bekämpfung von Unregelmäßigkeiten und Betrügereien in der EU und ihren Mitgliedstaaten beschäftigten sich die Vorträge von Dr. h.c. Theato, Europäisches Parlament, und dem Generaldirektor des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF), Herrn Bruener. Beim nachfolgenden Meinungsaustausch wurde deutlich, dass dieses Thema weiterhin ein zentrales Anliegen bleiben wird. Als wichtiger Fortschritt wurde die Einrichtung von OLAF bewertet. Dies reiche aber allein nicht aus, um die hauptsächlich in den Mitgliedstaaten zu beobachtenden Unregelmäßigkeiten zu bekämpfen.

Dr. Eisenhammer, Staatskanzlei Rheinland-Pfalz, und Herr Sinner, Regionalkommission Saar-Lor-Lux-Trier/Westpfalz, vermittelten den Teilnehmern aktuelle Kenntnisse zum Thema "Grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der EU". Im Erfahrungsaustausch zwischen Referenten und Teilnehmern zeigte sich, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit einen wichtigen Beitrag zur Lösung regionaler Probleme leisten kann. Aufgrund der unterschiedlichen Kompetenzausstattung der Regionen hat die Praxis jedoch noch mit erheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen.

Das 12. Europa-Seminar Speyer konnte den gesetzten Zielen und den Erwartungen der Teilnehmer voll entsprechen. Die ausgesprochen positive Resonanz der Teilnehmer bestätigte, dass sich das gewählte Konzept, durch einen Dialog mit ausgewiesenen Experten auf dem Tätigkeitsgebiet der EU vertieftes Wissen zu vermitteln und eine weitere Sensibilisierung von Führungskräften der Länder zu erreichen, als erfolgreich und gewinnbringend erweist.

Das 13. Europa-Seminar Speyer ist für den 9. bis 12. Oktober 2001 vorgesehen.

Glanzstück von Nizza: die europäische Grundrechtecharta

Vortrag mit Prof. Jürgen Meyer, MdB, an der DHV Speyer

"Das wichtigste Ergebnis von Nizza ist, dass ein Schritt hin zu einer europäischen Verfassung gemacht wurde". – So beurteilte Univ.-Prof. Dr. Jürgen Meyer, Mitglied des deutschen Bundestages und des europäischen Grundrechtskonvents, die Regierungskonferenz 2000 zur Reform der Europäischen Union, die gerade in Nizza zu Ende gegangen war. Meyer referierte im Rahmen der Veranstaltungsreihe "Europa aktuell" am 11. Dezember 2000 an der DHV Speyer über die Arbeit des Grundrechtskonvents. Während die Ergebnisse der Konferenz insgesamt nicht gerade überwältigend seien, sei das "Glanzstück" von Nizza die europäische Grundrechtecharta, die am 7. Dezember 2000 feierlich proklamiert worden sei.

Univ.-Prof. Dr. Siegfried Magiera, dem zusammen mit Holger Raasch vom Auswärtigen Amt die wissenschaftliche Leitung der Veranstaltung oblag, betonte die Aktualität des Themas: Die Regierungskonferenz habe schließlich vor noch nicht einmal 12 Stunden geendet. Jetzt gelte es, die rechtliche und politische Bedeutung der Grundrechtecharta zu analysieren.

In einem historischen Rückblick ließ Meyer die letzten fünf Jahre bis zur Regierungskonferenz Revue passieren. 1995 hätten ihn noch viele Abgeordnete im Bundestag für einen Träumer gehalten, wenn er von einer Grundrechtecharta für Europa gesprochen habe. Die wesentlichen Gedanken, die hinter der Charta stünden, seien zum einen, dass die EU neben einer Währungs- und Wirtschaftsunion auch eine Wertegemeinschaft sei. Zum anderen solle künftig ein flächendeckender Grundrechtsschutz gegenüber Handlungen von EU-Organen gewährleistet werden. Dies sei umso wichtiger, als immer mehr Kompetenzen auf die EU übertragen würden.

Noch sei zwar die Grundrechtecharta nicht unmittelbar rechtsverbindlich, dieser Schritt solle aber in der nächsten Regierungskonferenz 2004 nachgeholt werden. Die Charta stelle jedoch schon jetzt eine politische Selbstverpflichtung der EU-Organe dar und werde damit in Zukunft besondere Beachtung bei der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) in Luxemburg finden. Wenn er über Grundrechtsfragen entscheide, sei dieser nun verpflichtet, die Charta bei der Auslegung heranzuziehen. Auch für die Osterweiterung der EU sei die Charta von besonderer Bedeutung: Neues EU-Mitglied könnten demnach nur

Demokratien und Rechtsstaaten werden. Dies bedeute für ein Bewerberland, dass es beispielsweise auch Minderheitenrechte achten müsse, aber auch ein Verbot der Todesstrafe sowie die Achtung der Presse- und Rundfunkfreiheit, erläuterte Meyer mit Blick auf die Türkei. Insbesondere sei die Charta aber auch eine "europäische Absage an den Rechtsextremismus", der darauf fuße, dass es Menschen unterschiedlicher Wertigkeit und Würde gebe, so Meyer weiter.

Die Besonderheit bei der Arbeit des Grundrechtskonvents sei es gewesen, dass die Strukturen und die Arbeit demokratischer gewesen seien als in anderen Gremien. Die Öffentlichkeit sei miteinbezogen worden, auch Interessengruppen hätten ihre Ideen in die Charta mit eingebracht. Als Beispiele nannte Meyer hierbei etwa die Gewerkschaften, die Wert auf die Verankerung des Streikrechts gelegt hätten, oder den deutschen Anwaltsverein, der für die Festschreibung des Rechts auf anwaltlichen Beistand gesorgt habe.

Außergewöhnlich sei aber auch, dass in der Grundrechtecharta gleichrangig neben Gleichheit und Freiheit sogenannte soziale Grundrechte unter dem Stichwort "Solidarität" verankert worden seien, wie etwa das Recht auf Arbeitsvermittlung oder der Schutz vor ungerechtfertigter Kündigung. Die Bereiche Arbeit, Gesundheit, Bildung und soziale Sicherheit seien in diesem Kapitel besonders geschützt. Daneben seien auch ein Grundrecht auf Wehrdienstverweigerung und die Gleichheit von Mann und Frau fest geschrieben worden. Neben der europäischen Grundrechtecharta bleibe aber auch weitergehender nationaler Grundrechtsschutz voll in Kraft.

Bei der nächsten Regierungskonferenz 2004 sollen nach der Vorstellung Meyers die vertraglichen Regelungen über die Kompetenzverteilung sowie die Entscheidungsverfahren in der EU zu einem zweiten Teil einer europäischen Verfassung zusammengeführt werden. Teil 1 solle die Grundrechtecharta bilden, die damit zum Herzstück einer künftigen Verfassung für Europa werde, so Meyer. Abschließend plädierte er für ein Referendum über die Charta: "Wenn nicht zur Grundrechtecharta, wozu dann?" Die europäische Werteordnung müsse in die Herzen und Köpfe der Menschen gelangen. Und dies sei am besten durch eine intensive Informationskampagne vor einem Referendum zu erreichen.

"TEMPUS-Programm Education of Prospective EU Civil Servants 2000"

Im Rahmen eines drei-jährigen TEMPUS-Programms 'Education of Prospective EU Civil Servants 2000', das in Kooperation mit der 'Budapest University of Economic Sciences and Public Administration' (Ungarn), der 'University of Limerick' (Irland) und dem 'College of Europe' (Brügge/Belgien) durchgeführt wurde, befanden sich zur Durchführung von Modellvorlesungen und zur Teilnahme an der Abschlusskonferenz Univ.-Prof. Dr. Rainer Pitschas, Dr. Christian Koch, Assessorin Florine La Roche-Tho-

mé und Dipl.-Verw.Wiss. Kathrin Schwalb, Lizentiaterin der Internationalen Wirtschaftsbeziehungen, vom 9. bis 13. Oktober 2000 in Budapest. Die Vorlesungen dienten der Einführung ungarischer Hörer in das Europarecht, u.a. in Struktur und Funktionen der europäischen Institutionen nach dem Vertrag von Amsterdam, in die kommunale Selbstverwaltung in der Europäischen Union, die europäische Beschäftigungspolitik, die Umsetzung des europäischen Rechts unter den Bedingungen der Verwaltungsmoderni-

sierung sowie in die Voraussetzungen und Probleme eines "Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts" nach dem Vertrag von Amsterdam.

Rainer Pitschas referierte über den Aspekt der Ethik bei der Reform der öffentlichen Verwaltung innerhalb der EU, Christian Koch über Europäisches Wirtschaftsrecht und den öffentlichen Sektor, und Kathrin Schwalb präsentierte das Speyerer Modell zur Ausbildung von Fach- und Führungskräften für die öffentliche Verwaltung.

Interview mit Univ.-Professor Dr. Meyer, MdB

zur europäischen Grundrechtecharta

Am 9. Dezember 2000 endete die Regierungskonferenz zur Reform der EU mit dem Europäischen Rat in Nizza. Univ.-Prof. Dr. Meyer war Mitglied des Grundrechtekonvents, der eine europäische Grundrechtecharta erarbeitete, die am 7. Dezember 2000 feierlich proklamiert wurde. Wir sprachen mit ihm über seine Arbeit im Konvent.

Was ist die herausragende Leistung der Grundrechtecharta?

Die herausragende Leistung ist, dass innerhalb kürzester Zeit, nämlich in neunzehn Monaten, eine europäische Werteordnung formuliert worden ist. Dabei konnte der Konvent auch die wichtigen gesellschaftlich relevanten Gruppen in seine Arbeit einbeziehen. Das ist vorbildhaft für künftige Konferenzen. Während die Gesamtergebnisse von Nizza nicht überwältigend sind, wurde gerade mit der Arbeit des Konvents mehr Demokratie gewagt.

Der erste Schwerpunkt der Charta liegt in der Unantastbarkeit der Menschenrechte. Das ähnelt dem Grundgesetz. Zum zweiten wurde der Grundsatz der Solidarität verankert. Damit steht die Solidarität gleichrangig neben Gleichheit und Menschenwürde. Nun fehlt nur noch die Rechtsverbindlichkeit der Charta. Diese soll aber mit der nächsten Konferenz 2004 erreicht werden. Denn es ist wichtig, dass auch alle in der Charta garantierten Grundrechte tatsächlich beim EuGH eingeklagt werden können.

Welche Bedeutung hat die Charta heute?

Der EuGH muss die Charta auch heute schon konkret bei der Auslegung der Gemeinschaftsgrundrechte heranziehen.

legten Grundrechte und zum anderen die Kompetenzregelung in der EU. Nizza war somit ein wichtiger Schritt hin zu einer Verfassung der Europäischen Union.

Was bedeutet die Charta für die EU-Bürger?

Damit nach der nächsten Konferenz die in der Charta verankerten Grundrechte individuell einklagbar werden, sollte ein EU-weites Referendum durchgeführt werden. Diesem sollte eine Kampagne vorausgehen, in der die Bürger darüber aufgeklärt werden sollten, was in der Charta steht. Diese Aufklärungskampagne würde zur Folge haben, dass das Wertesystem der Charta in den Köpfen und den Herzen der Menschen verankert wird.

Was ist mit Kapitel IV, den sozialen Grundrechten, genau gemeint?

Verankert wurden vier Elemente: Recht auf Arbeit, Gesundheit, Bildung und soziale Sicherheit. Die dahinter stehende Grundidee ist, dass die Starken den Schwachen helfen müssen. Beim Thema Arbeit haben wir dem amerikanischen Modell von "hire and fire" ein europäisches Modell gegenübergestellt, das u.a. auch Schutz vor willkürlicher Kündigung bietet.

Wie ist die Arbeit im Konvent verlaufen?

Die Arbeit war anstrengend, aber wegen des Erfolgs, der am Ende stand, sehr befriedigend. Vor allem die Zusammenarbeit über Parteigrenzen hinweg war sehr gut, was insbesondere durch den Vorsitzenden Roman Herzog unterstützt worden ist.

Univ.-Professor Dr. Meyer Foto: privat

Daneben ist die Charta aber auch für die Organe, die sie proklamiert haben, also für den Rat, die Kommission und das Parlament, eine politische Selbstverpflichtung.

Besonders wichtig ist die Charta im Zusammenhang mit der Osterweiterung. Denn neue Mitglieder müssen Demokratien und Rechtsstaaten sein. Was das ist, definiert die Charta.

Schließlich ist die Charta der erste Schritt hin zu einer europäischen Verfassung. Diese europäische Verfassung soll aus zwei Teilen bestehen: Zum einen die in der Charta festge-

Den Blick für Europa schärfen

Großbritannien im Mittelpunkt der Reihe "Europa in Speyer"

Europa nach Speyer holen - das ist das Ziel der Veranstaltungsreihe "Europa in Speyer", die im vergangenen Jahr an der DHV begonnen hat und nunmehr mit dem Land Großbritannien ihre dritte Neuauflage erfährt. Im zusammenwachsenden Europa wird es immer wichtiger, die europäischen Nachbarn, ihre Verwaltungskultur und Verwaltungssysteme besser kennen zu lernen. Auch die DHV Speyer ist daher bestrebt, ihre europabezogene Ausrichtung in Aus- und Fortbildung weiter zu verstärken. Nachdem in den vergangenen Semestern die Verwaltungssysteme Frank-

reichs und Belgiens näher beleuchtet wurden, wurde die Reihe nun am Donnerstag, 25. Januar 2001, in den Räumen der DHV Speyer mit einer "Einführung in das britische Verwaltungssystem" fortgesetzt.

Nach der Begrüßung durch den Rektor, Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill, referierte Jeremy Cowper, Head of the Modernising Government Unit in the Cabinet Office, über die Modernisierung der Staatsverwaltung in Großbritannien. Anschließend beleuchtete Barry Quirk, Chief Executive of Lewisham, die Reform der Verwaltung aus lokaler Sicht.

Danach analysierte Prof. Dr. Tony Bovaird von der University of the West of England, Bristol, die Erfolge des Modernisierungsprozesses in Großbritannien sowie die Möglichkeiten der Übertragbarkeit auf das deutsche Verwaltungssystem.

Im Anschluss an die Vorträge, die jeweils simultan übersetzt wurden, diskutierten die Hörerinnen und Hörer der Hochschule, aber auch einige Verwaltungspraktiker, die an der Veranstaltung teilnahmen, intensiv mit den Referenten.

"Wettbewerb der Europäischen Regionen" – Speyer on Tour I Vertiefungsseminar am 23./24. November 2000 in Barcelona

Nach der Auftaktveranstaltung zur neuen Fortbildungsreihe der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer "Wettbewerb der europäischen Regionen" am 20. September 2000 in Speyer fand am 23./24. November 2000 in Barcelona das erste Vertiefungsseminar statt. Unter den Teilnehmern waren sowohl Ministerialbeamte als auch Manager aus Wirtschaftsfördergesellschaften und Gründerzentren.

Das Management der Stadt Barcelona gilt als das modernste in Europa. Nach einer Umfrage unter 500 europäischen Managern liegt Barcelona hinsichtlich der Qualität der Rahmenbedingungen,

die die Kommunen zur Unternehmensgründung bieten, an 6. Stelle in Europa, bei der Lebensqualität sogar an erster Stelle.

Die Seminarteilnehmer hatten Gelegenheit, vor Ort mit der Finanzdirektorin zu sprechen, sowie über den Internet-Auftritt der Stadt Barcelona und die Erfahrungen bei der Einrichtung eines Call-Centers zu diskutieren. Von besonderem Interesse waren darüber hinaus die Besichtigung des Business Incubator Buildings, einer gemeinsamen Beratungs- und Arbeitsstätte für junge Unternehmen, und des Cibernariums, eines Bürgerinformations- und -schulungszentrums zu den neuen Internet-Technolo-

gien sowie die Gespräche mit den verantwortlichen Managern der städtischen Entwicklungs- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft "Barcelona Activa".

Als außerordentlich erfolgreich erwies sich dabei die Strategie des 22@-Projekts, in dem für 14 Branchen gemeinsame Arbeitspläne und Umsetzungskonzepte zwischen der Stadt und einzelnen Bereichen der Privatwirtschaft entwickelt wurden. Für das Jahr 2004 plant Barcelona mit dem "Universal Forum of Cultures" nach den Olympischen Spielen ein weiteres Großereignis, das zu einem zusätzlichen Motor der Entwicklung werden soll.

"Wettbewerb der Europäischen Regionen" – Speyer on Tour II Vertiefungsseminar am 8./9. März 2001 in London

Im Anschluss an die Veranstaltung in Barcelona im November 2000 fand im Rahmen der Veranstaltungsreihe "Wettbewerb der Europäischen Regionen" am 8. und 9. März 2001 ein zweites Vertiefungsseminar in London statt, für das hochkarätige Referenten aus verschiedenen britischen Organisationen gewonnen werden konnten.

Die Region Greater London hat sich zu Beginn des 21. Jahrhunderts einem umfassenden Entwicklungsschub verschrieben und investiert in Erneuerungsprojekte, die vor allem die Funktion der britischen Hauptstadtregion als global wettbewerbsfähiges Geschäftszentrum stärken sollen. Zu den Top-Projekten zählen die Entwicklung der Greenwich Peninsula und der Strukturwandel der altindustriellen Londoner Docklands. Die zu Greenwich gehörende Halbinsel Peninsula war auch Ziel der Studie vor Ort. So hatten die Teilnehmer Gelegenheit, sich bei einer Rundfahrt über die Möglichkeiten einer nachhaltigen Stadtentwicklung zu informieren und ausgewählte Projekte wie das Millennium

Village, Musterwohnungen oder den unter dem Gesichtspunkt der Energieeinsparung erbauten Prototyp der Supermarktkette Sainsbury zu besichtigen.

Weitere Stationen waren ein Besuch bei der Greater London Authority (GLA), einer neuen regionalen Verwaltungsbehörde für London, wo sich die Teilnehmer über das Verwaltungssystem Londons informieren konnten. Aufgrund der stärker zentralistisch ausgerichteten Verwaltungsstruktur Großbritanniens ist insbesondere der finanzielle Einfluss der Regierung sowohl im Transportsystem als auch bei der Stadtentwicklung – für jede Region existiert ein eigenes Government Office – relativ groß; mit der Errichtung der neuen regionalen Verwaltungsbehörde erhielten die politischen Gremien der Hauptstadt jedoch einzelne Entscheidungsbefugnisse (zurück).

Angesichts der vielfältigen und langfristig angelegten Projekte ist die Bildung von Partnerschaften zwischen Verwaltung und Privaten unverzichtbarer Bestandteil der Stadtentwicklung. Im

Unterschied zu Deutschland, wo die Vorbehalte gegenüber "PPP" noch immer zu spüren sind, ist dies für London ein selbstverständliches Modell zur Finanzierung und Durchführung stadtplanerischer Maßnahmen. Die Entwicklung von Canary Wharf zu einem neuen Wohn- und Geschäftszentrum durch die Canary Wharf Ltd. ist lediglich eines der herausragendsten Projekte; am Beispiel des Stadtteils Newham, der durch hohe Arbeitslosigkeit und den strukturellen Wandel von einer Industrie- zu einer Dienstleistungsregion gekennzeichnet ist, wurden viele kleinere Ansätze deutlich. Zur Koordinierung dieser Formen der Zusammenarbeit existieren eigene Organisationen, die entweder private und öffentliche Partner zusammenführen, wie etwa Docklands East London (DEAL), oder sich auf die Beratung ausländischer Investoren spezialisiert haben, wie die Non-Profit-Organisation London First.

Mit dem Vertiefungsseminar in London endet die Veranstaltungsreihe "Wettbewerb der Europäischen Regionen".

2. Europa-Forum Speyer - Verwaltung in der Europäischen Union

vom 26. bis 28. März 2001

Die Europäische Union befindet sich in einem stetigen Prozess der Vertiefung und Erweiterung. Dies zeigt sich am Vertrag von Nizza vom 26.2.2001, mit dem institutionelle Reformen für die Erweiterung der EU beschlossen wurden. Insgesamt ist die europäische Integration weit fortgeschritten und beeinflusst zunehmend die Praxis der öffentlichen Verwaltung in Deutschland. Mit daraus folgenden aktuellen Fragen beschäftigte sich das von Prof. Dr. Magiera und Prof. Dr. Sommermann geleitete 2. Europa-Forum Speyer der DHV Speyer vom 26.-28.3.2001.

Zum Vertrag von Nizza referierten Prof. Dr. Tsatsos, Europäisches Parlament, Prof. Dr. Capitant, Univ. Lille, und Prof. Dr. Dr. Monar, Univ. Leicester. Deutlich wurde, dass einige für die Erweiterung wichtige Fragen gelöst wurden, nämlich die künftige Stimmenverteilung im Rat, die neue Sitzverteilung im Europäischen Parlament sowie die künftige Zahl der Kommissionsmitglieder. Als Erfolg bewertet wurde auch die noch nicht rechtsverbindliche Grundrechtecharta der EU. Weiterhin nicht voll gewährleistet sind aber Handlungsfähigkeit und direkte demokratische Legitimation der EU, da in einigen

wichtigen Politikfeldern keine Einigung auf einen Übergang zu Mehrheitsentscheidungen im Rat und gleichwertigen Mitwirkungsrechten des Europäischen Parlaments erzielt wurde. Schon jetzt wird eine weitere Regierungskonferenz geplant, die die oben angesprochenen Fragen behandeln, die Zuständigkeiten der EU klarer abgrenzen und die Grundrechtecharta verbindlich verankern soll.

Zur Umsetzung des EG-Rechts in Deutschland und den haftungsrechtlichen Folgen im Bund-Länder-Verhältnis sprachen Privatdozent Dr. Hölscheidt, Deutscher Bundestag, und Frau Prof. Dr. Böhm, Univ. Marburg. In diesen Bereichen ergäben sich aus der differenzierten Zuständigkeitsverteilung zwischen Bund und Ländern zusätzliche Schwierigkeiten, die zu Verzögerungen und Rechtsunsicherheit führten.

Anschließend wurden die Einwirkungen der EG-Beihilfenaufsicht auf die öffentliche Verwaltung behandelt. Dr. Borchardt, EU-Kommission, erläuterte, dass das EG-Beihilferecht die Wahrnehmung von Gemeinwohlaufgaben durch öffentliche Unternehmen

nicht gefährde, da hieraus folgende Wettbewerbsnachteile bei der rechtlichen Bewertung berücksichtigt würden. Prof. Dr. Koenig legte dar, dass es nach dem EG-Beihilferecht der öffentlichen Hand grundsätzlich verboten sei, einzelne Unternehmen durch die Bereitstellung von Infrastruktur zu nicht marktkonformen Bedingungen zu begünstigen.

In ihren Vorträgen zur Europäischen Zusammenarbeit im Bereich Justiz und Inneres zeigten Dr. Schnapauff und Dr. Löper, beide Bundesinnenministerium, die Notwendigkeit, das Ausländer- und Asylrecht der EU-Mitgliedstaaten zu harmonisieren. Prof. Dr. Schmitt von Sydow, EU-Kommission, stellte das "Governance"-Projekt vor, mit dem EU-Rechtsetzung und -Verwaltung einfacher, wirksamer und bürgernäher gestaltet werden soll.

Die Evaluation ergab, dass das 2. Europa-Forum Speyer die Erwartungen der Teilnehmer voll erfüllt hat. Besonders positiv wurden die thematische Gestaltung und die Kompetenz der Referenten bewertet. Das 3. Europa-Forum Speyer soll im April 2002 stattfinden.

Vorträge (national und international)

Dr. Jörn von Lucke referierte am 10. und 11. Oktober 2000 im Zisterzienserkloster St. Marienthal vor Vertretern der Oberfinanzdirektion Chemnitz zum Thema "Portale in der Steuerverwaltung".

Am 30. November 2000 hielt Univ.-Prof. Dr. Heinrich Reiner- mann beim Center for Research on Information Technology and Organizations (CRITO) an der University of California Irvine in Irvine einen Vortrag zum Thema "Trends in Electronic Governance".

Am 1. Dezember 2000 hielt Dr. Jörn von Lucke einen Vortrag zum Thema "Benchmarking im Internet - Blickwinkel E-Government" bei der Schweizer Gesellschaft für Verwaltungswissenschaften in Bern.

Im Rahmen des Symposium on "DAG Van De Financieel Overheidsmanager" an der Katholischen Universität in Leuven/Belgien hielt Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Lüder am 15. Dezember 2000 einen Vortrag zum Thema "Recent Developments in Govern-

mental Accounting / An International Perspective".

Auf Einladung der Universität Macao referierte Dr. Jörn von Lucke am 12. Februar 2001 zum Thema "Benchmarking in the Internet" in Macao.

Univ.-Prof. Dr. Dieter Duwendag hat auf der Tagung des Ausschusses für Geldtheorie und Geldpolitik des Vereins für Socialpolitik am 16./17. Februar 2001 in der Bundesbank diverse Stellungnahmen zur Wechselkurspolitik der Transformationsländer in Mittel- und Osteuropa abgegeben.

Im Rahmen des Workshop "Management Control System In Central Government: The Introduction Of Accrual Accounting" auf Einladung des Dipartimento Della Funzione Pubblica hielt Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Lüder am 23. Februar 2001 in Rom einen Vortrag mit dem Titel "Accrual Accounting in European Central Governments: State of the Art and Future Developments".

EDZ Speyer - Informationen zu Europa im Internet

Informationen über das Europäische Dokumentationszentrum EDZ-Speyer und zur europäischen Integration finden sich im Internet innerhalb des Servers der Hochschule Speyer unter der Adresse <http://www.dhv-speyer.de/edz.htm>.

Neben Hinweisen zur Nutzung des EDZ-Speyer und zur Recherche bei Fragen zur europäischen Integration werden Kurzbeschreibungen und Links zu den wichtigsten kostenfrei zugänglichen Datenbanken und Informationsdiensten der

Europäischen Union und des Europarates angeboten.

Besonders hinzuweisen ist auf die Informationsangebote zur aktuellen Regierungskonferenz 2000 zur institutionellen Reform der Europäischen Union und zu den Arbeiten an einer Grundrechtecharta der Europäischen Union.

Eine weitere wichtige Neuerung wird durch „Celex-Basic“ eröffnet. Dieser Suchdienst ermöglicht den Zugriff auf die bisher kostenpflichtige Datenbank Celex. Diese enthält vor allem die im Amtsblatt der EU veröffentlichten Rechtsakte und sonstigen Dokumente der EU-Organe sowie ferner die Urteile des EuGH und des Gerichts erster Instanz.

Mittelmeerkooperation der EU am Beispiel des Maghreb thematisiert –

8. Speyerer Forum zur Rechts- und Verwaltungszusammenarbeit

Vom 16. bis 18. Oktober 2000 fand unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. Pitschas an der DHV Speyer das 8. Speyerer Forum zur Rechts- und Verwaltungszusammenarbeit in französischer Sprache statt. Es stand unter dem Thema "Die Mittelmeerkooperation der Europäischen Union am Beispiel des Maghreb". Auf der Konferenz referierten Vertreter der Europäischen Kommission, des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik Deutschland sowie des National Institute of Administration/Lissabon, Portugal, über die Mittelmeerkooperation der EU. Darüber hinaus referierten Hochschulleh-

rer namhafter Universitäten in Marokko, Algerien, Tunesien und Mauretanien über die Zusammenarbeit mit der Europäischen Union und Deutschland in der Beschäftigungs-, Sozial- und Bildungspolitik. Außerdem standen Vorträge zu den Themen Menschenrechte im Maghreb und den Migrationsbewegungen aus den Ländern des Maghreb nach Europa und insbesondere Deutschland auf dem Programm. Der Schlussteil der Tagung war dem Thema "Sicherheit im Mittelmeerraum" gewidmet, über das Prof. Dr. C. Danopoulos von der Universität San José, Kalifornien/USA, sprach.

VORTRÄGE (national und international)

Vom 12. bis 13. Oktober 2000 hat Univ.-Prof. Dr. Pitschas an einer von der Fakultät für Verwaltungswissenschaften an der Wirtschaftsuniversität Budapest veranstalteten internationalen Konferenz teilgenommen und dort über das Thema "Reforms on public administration within the European Union: why do we need more ethics in public service" referiert.

Am 7. November 2000 hielt Univ.-Prof. Dr. Rainer Pitschas auf Einladung des "Korea Research Institute for Local Administration" bei dem Ministerpräsidenten der Republik Korea einen Vortrag zum Thema "Strategien der Privatisierung im wiedervereinigten Deutschland". Am 8. November 2000 stellte er im "Korea Institute of Public Administration" bei dem Präsidenten der Republik Korea das Thema "Modernization of State and Public Sector in Germany" vor.

Am 30. November 2000 nahm Univ.-Prof. Dr. Rainer Pitschas an der Internationalen Konferenz des Hochschulinstituts für Arbeits- und Beschäftigungspolitik, Department für Soziologie, in Lissabon/Portugal teil. Er hielt einen Vortrag über das Thema "Die Reform der öffentlichen Verwaltung in Europa und den Vereinigten Staaten von Amerika: Das deutsche Modell".

Am 8. Dezember 2000 referierte Univ.-Prof. Dr. Rainer Pitschas in der Universität München über das Thema "Verschlankung des Staates durch Public Management –

Verwaltungswissenschaftliche Möglichkeiten, aktuelle Erfahrungen und verfassungsrechtliche Grenzen".

Am Europäischen Zentrum für Staatswissenschaften und Staatspraxis in Berlin hielt Univ.-Prof. Dr. Rainer Pitschas am 16. Januar 2001 einen Vortrag über "Gesundheitsversorgung in Europa – Dienstleistungsfreiheit in der EU auch für stationäre Leistungen?".

Am 1. und 2. März 2001 nahm Univ.-Prof. Dr. Rainer Pitschas an einem internationalen Kolloquium in Rabat/Marokko teil, das von der Universität Rabat-Agdal (Mohammed V) in Verbindung mit der Hanns-Seidel-Stiftung durchgeführt wurde. Gegenstand seines Vortrags war das Thema "L'Etat en Allemagne face à l' Union européenne".

Am 19. März 2001 hat Univ.-Prof. Dr. Rainer Pitschas in der Rechtsanwaltskammer der Stadt Osaka zum Thema "Kommunale Selbstverwaltung und Mediation. Zur Notwendigkeit neutraler Streitschlichtung in Konflikten mit der lokalen Zivilgesellschaft" vorgetragen.

Am 21. März 2001 hielt Univ.-Prof. Dr. Rainer Pitschas in der juristischen Fakultät der Universität Osaka einen Vortrag zum Thema "Verantwortungskoooperation zwischen Staat und Bürgergesellschaft. Herausforderungen an das Verwaltungsrecht".

TOKIO

Am 15. März 2001 hielt Univ.-Prof. Dr. Rainer Pitschas im Internationalen Kolloquium der Waseda-Universität in Tokio zum Thema "Funktionswandel des Staates angesichts der Jahrhundertwende in Ostasien" einen Vortrag zur "Staats- und Verwaltungsmodernisierung in Ostasien eine ‚westliche‘ Perspektive". Es war das Auftaktreferat. Das Kolloquium fand am 15./16. März 2001 statt.

Am 16. März 2001 hat Univ.-Prof. Dr. Rainer Pitschas auf Einladung der juristischen Fakultät der Kokugakuin-Universität in Tokio einen Vortrag zum Thema "Reform des Datenschutzrechts in Deutschland und ihre Auswirkungen: Das Beispiel der Informationsbeziehungen zwischen der Polizei und privaten Sicherheitsdiensten" gehalten. An diesen Vortrag anschließend fand am 17. März 2001 in Yokohama eine Besprechung mit mehreren Universitätsprofessoren aus Japan zur Veranstaltung einer gemeinsamen Informations- und medienrechtlichen Tagung in Speyer im Oktober 2002 statt.

Singapur, China, Korea

In der Zeit vom 21. bis 11. November 2000 befand sich Univ.-Prof. Dr. Pitschas auf einer Dienstreise nach Singapur, in die Volksrepublik China und nach Korea. Der Aufenthalt in Singapur diente der Abstimmung künftiger Studienmöglichkeiten mit der National University of Singapore und deren europäischem Zentrum. In der Volksrepublik China sprach Pitschas auf Einladung der Tongji-Universität über die Themen "Neue Steuerung und New Public Management in Deutschland" sowie über eine Zusammenarbeit mit dem Chinesisch-Deutschen Hochschul-Kolleg an der Tongji-Universität. Auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung hielt er sodann einen Vortrag über das Thema "Verwaltungsverfahrensrecht im 21. Jahrhundert" im Institut für Verwaltungsrecht der Stadt Schanghai (31. Oktober 2000). Am 2. November 2000 sprach er vor der Gesellschaft für Rechtswissenschaft Schanghai über das Thema "Der Beitritt der Volksrepublik China zur WTO und seine Auswirkungen auf die inländische Rechtentwicklung".

Rektor Hill und die Professoren Sommermann, Ziekow und Pitschas mit Dr. Hambüchen von der gtz und der chinesischen Delegation von der Arbeitskommission für Gesetzgebung Foto: Brieger

Verwaltungsverfahrenrecht und Verwaltungsvollstreckung

Hochrangige chinesische Gäste zum Erfahrungsaustausch mit Speyerer Experten zu Gast an der DHV

Hochrangiger Besuch aus der Volksrepublik China war am Nachmittag des 6. Februar 2001 an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer zu Gast. Die sechsköpfige Delegation unter Leitung von Zhang Chunsheng, Stellvertretender Vorsitzender der dortigen Arbeitskommission für Gesetzgebung (Legislative Affairs Commission – LAC), machte auf ihrer zehntägigen fachbezogenen Informationsreise durch Deutschland auch an der DHV Speyer Halt. Die chinesischen Rechtsexperten, darunter weitere Angehörige der LAC und ein Abgeordneter des Nationalen Volkskongresses, nutzten die Gelegenheit, sich mit Experten der Hochschule über die Erfahrungen auf dem Gebiet des Verwaltungsverfahrensrechts und der Verwaltungsvollstreckung auszutauschen.

Der Besuch fand im Rahmen der "Chinesisch-deutschen Zusammenarbeit zur Verwaltungsgesetzgebung" statt. Dieses Projekt der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) und der Rechtskommission LAC des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses ist Teil der sog. "Kanzler-Initiative" von Bundeskanzler Gerhard Schröder. Der hatte im Jahre 1999 bei seinem Besuch in der

Volksrepublik China mit dem Ministerpräsidenten Zhu Rongji vereinbart, den Rechtsdialog zwischen beiden Ländern zu vertiefen. Das Vorhaben hat einen besonders hohen Stellenwert, weil es die Bemühungen der Volksrepublik China um den rechtsstaatlichen Aufbau der Verwaltung an herausragender Stelle - im Parlament - unterstützen soll. Die Rechtskommission LAC verfügt, obwohl kein eigentliches Verfassungsorgan, über umfassende Beratungsbefugnisse im Bereich der Gesetzgebung, ihr werden praktisch alle Gesetzesentwürfe vorgelegt.

Insbesondere im Verwaltungsrecht stehen in China in den kommenden Jahren weitreichende Gesetzesvorhaben an. Konkret sind z.B. Gesetzesentwürfe für das Beamtengesetz, das Verwaltungszwangsgesetz, das Verwaltungsverfahrensgesetz und das Verwaltungsprozessgesetz geplant. Über die verschiedenen Gestaltungsmöglichkeiten und über die praktischen Erfahrungen mit den entsprechenden deutschen Gesetzen sprachen die chinesischen Gäste mit dem Rektor der DHV Speyer, Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill, dem Direktor des Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung, Univ.-Prof. Dr. Karl-Peter Sommermann, sowie Univ.-Prof. Dr. Rainer Pitschas und Univ.-Prof. Dr. Jan Ziekow.

CHINA

Am 8. Januar 2001 kam eine hochrangige 19-köpfige Delegation der 'State Economic & Trade Commission' der Volksrepublik China zu Besuch an die Hochschule, die sich insbesondere für den Bereich 'Öffentlicher Dienst' interessierte.

Die Gäste wurden vom Senatsbeauftragten für das Ausländer-(Aufbau-)Studium Univ.-Prof. Dr. Rainer Pitschas empfangen, der über 'Staats- und Verwaltungsmodernisierung als Aufgabe der Personalfortbildung und -entwicklung' referierte. Dr. Christian Koch hielt einen Vortrag über die 'Modernisierung des Öffentlichen Dienstes in der Bundesrepublik Deutschland', Dr. Egon Riffel informierte die Gäste über 'Struktur und Aufgaben der Hochschule' und Dipl.-Verw.Wiss. Kathrin Schwalb, Lic.oec.int., stellte die 'Studienmöglichkeiten für ausländische Bewerberinnen und Bewerber an der DHV Speyer' dar.

Die Delegation zeigte sich sehr interessiert an einer weiter gehenden Kooperation mit der Hochschule.

JAPAN

Auf einer Dienstreise nach Japan befand sich Univ.-Prof. Dr. Rainer Pitschas vom 13. bis 24. März 2001. In diesem Rahmen sprach er am 15. März 2001 in der Waseda Universität/Tokyo über das Thema "Funktionswandel des Staates im 21. Jahrhundert in Ostasien". Weitere Vorträge über aktuelle verwaltungsrechtliche Themen in Deutschland und in der Europäischen Union hielt er in Yokohama und Osaka an den dortigen Universitäten.

**Gastprofessur –
Univ.-Prof. Dr.
Karl-Peter Sommermann
an der
Universidad Andina
Simón Bolívar**

Im Oktober 2000 reiste Univ.-Prof. Dr. Karl-Peter Sommermann nach Bolivien, wo er an der im Rahmen des Anden-Paktes gegründeten Universidad Andina Simón Bolívar in La Paz eine zehnstündige Vorlesung über Verwaltungsrecht in vergleichender Perspektive und in Sucre eine vierstündige Vorlesung über Rechtsvergleichung und gerichtliche Verfassungskontrolle hielt. An den Vorlesungen nahmen auch Ministerialbeamte, Hochschullehrer und Richter, darunter ein Verfassungsrichter des Landes, teil.

In La Paz wurde Professor Sommermann außerdem an drei Abenden zu Vorträgen in der Rechtsanwaltskammer eingeladen. Im Auditorium befanden sich führende Juristen des Landes, neben Anwälten und Professoren auch Juristen aus Regulierungsbehörden, Ministerien und Gerichtsbarkeit. In Gesprächen, u. a. mit dem Justizminister des Landes, konnte Professor Sommermann auch die Speyerer Hochschule und das Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung vorstellen.

In Speyer haben in den letzten Jahren immer wieder Juristen aus Bolivien studiert. Zur Zeit absolviert Lorena Ossio-Bustillos ein Promotionsstudium. Thema ihrer Dissertation ist die exekutive Rechtsetzung, welche sie auf dem Hintergrund der europäischen, insbesondere der deutschen Verfassungsrechtsdogmatik im Hinblick auf Reformmöglichkeiten in Bolivien untersucht.

Zwangsvollstreckung gegen die öffentliche Hand Vortrag in Brasilia

Im Rahmen einer Fortbildungsveranstaltung für brasilianische Bundesrichter, die vom Rat der Bundesjustiz in Zusammenarbeit mit der Bundesuniversität Fluminense in der Zeit vom 20. bis 24. November 2000 veranstaltet wurde, hielt Univ.-Prof. Dr. Karl-Peter Sommermann einen Vortrag über die Zwangsvollstreckung gegen die öffentliche Hand. Das Thema ist in Brasilien von großer praktischer Bedeutung, da für brasilianische Bürger gerichtliche Urteile gegen den Staat teilweise mangels Befolgung wertlos sind. Der Aufenthalt in Brasilien bot zugleich Gelegenheit, mit

Bundesrichtern, darunter dem Präsidenten des Obersten Gerichtshofes, Gespräche über die Perspektiven der gerichtlichen Verwaltungs- und Verfassungskontrolle zu führen. Mit Professoren der Bundesuniversität Fluminense wurde eine wissenschaftliche Zusammenarbeit ins Auge gefasst; zwei Professoren, Prof. Dr. Ricardo Perlingeiro Mendes da Silva und Prof. Dr. Jean Albert de Souza Saadi, besuchten Ende Februar/Anfang März 2001 die Hochschule und das Forschungsinstitut zu weiteren Gesprächen.

Vorlesung für thailändische Verwaltungsrichter in Bangkok

In der Zeit vom 9. bis 16. Dezember 2000 hielt sich Univ.-Prof. Dr. Karl-Peter Sommermann in Thailand auf, wo er vor den Verwaltungsrichtern des Landes eine einwöchige Vorlesung zum Thema "Function and Procedure of the Administrative Courts" hielt. Die Einladung erfolgte durch den Präsidenten des Obersten Verwaltungsgerichtshofs, Prof. Dr. Ackaratorn, sowie durch den Generalsekretär des Office of the Administrative Courts, Dr. Charnchai. Gefördert wurde die Veranstaltung durch die Konrad-Adenauer-Stiftung. Einem Auftrag der thailändischen Verfassung von 1997 folgend, wurden in Thailand im Jahr 1999 eine Verwaltungsgerichtsordnung und im November 2000 eine Verfahrensordnung verabschiedet. Im Februar 2001 hat die thailändische Verwaltungsgerichtsbarkeit - als erste ihrer Art in Asien - ihre Tätigkeit aufgenommen. Neben den Vorlesungen führte Professor Sommermann auch Beratungsgespräche mit Richtern sowohl des Obersten Gerichtshofes als auch der Instanzgerichte sowie mit dem Generalsekretär des Staatsrats. Vor diesem Organ konnten früher im Peti-

tionswege Beschwerden gegen rechtswidriges Handeln der öffentlichen Verwaltung geltend gemacht werden. Der Aufenthalt in Bangkok knüpfte an eine sechsjährige Zusammenarbeit mit dem Staatsrat in den Jahren 1992 bis 1997 an, an der von Seiten der Hochschule Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Siedentopf und Univ.-Prof. Dr. Karl-Peter Sommermann sowie von Seiten des Bundesinnenministeriums Dr. Christoph Hauschild mitwirkten. In dem ebenfalls von der Konrad-Adenauer-Stiftung geförderten Projekt hatten die Speyerer Experten die Ausarbeitung eines Verwaltungsverfahrensgesetzes für Thailand begleitet und an den ersten Diskussionen über die Einrichtung einer Verwaltungsgerichtsbarkeit in Thailand mitgewirkt. Der Präsident des Obersten Verwaltungsgerichtshofs, der zuvor Generalsekretär des Staatsrates war, betonte anlässlich der Abschlussveranstaltung am 15. Dezember 2000, dass die Einrichtung der Verwaltungsgerichtsbarkeit in Thailand maßgeblich durch die Speyerer Experten gefördert worden sei.

Föderalismus – Vortrag in Salamanca

Am 10. Januar 2001 hielt Univ.-Prof. Dr. Karl-Peter Sommermann an der Universität Salamanca im Rahmen eines Postgraduiertenkurses der dortigen Universität für lateinamerikanische Juristen (Beamte, Richter, Hochschullehrer) einen Vortrag über den deutschen Föderalismus. Neben dem deutschen Vertreter stellten an diesem Tag Prof. Dr. Pierre Subra, Universität Paris-Nanterre,

die Dezentralisierung in Frankreich und Prof. Dr. Enrique Rivero Ysern, Universität Salamanca, den Autonomieprozess in Spanien vor. Die Vorträge stießen auf reges Interesse, da es in mehreren lateinamerikanischen Ländern Dezentralisierungsbestrebungen bzw. - bei bestehenden dezentralisierten Strukturen - durchaus vergleichbare Probleme gibt.

Usbekistan rückt näher

Hochrangiger Besuch informiert sich an der DHV Speyer über Bildung und Weiterbildung

Eine ausgelassene, fast freundschaftliche Stimmung herrschte am 13. Februar 2001 im Gästehaus der DHV Speyer. Eine 16-köpfige Delegation der Akademie für Staats- und Gesellschaftsaufbau in Usbekistan war an die Hochschule gekommen, um sich über das Thema Bildung und Weiterbildung von Staatsbeamten in der Bundesrepublik Deutschland zu informieren.

Erst am Vorabend waren die usbekischen Gäste am Frankfurter Flughafen angekommen und hatten nach einer Besichtigung des Doms und der Altstadt in einem Speyerer Hotel übernachtet. Der offizielle Teil des 14-tägigen Besuchsprogramms begann dann an der DHV Speyer. Die 16 Führungskräfte der Akademie für Staats- und Gesellschaftsaufbau in Usbekistan wollten ihre landeskundlichen Kenntnisse über Deutschland erweitern und vertiefen und darüber hinaus fachbezogene Kontakte knüpfen. Besuche, Besichtigungen und

Informationsgespräche sollten ihnen einen Einblick in die für sie wichtigen Interessengebiete vermitteln. Einen umfassenden Überblick über die Aus- und Weiterbildung von Staatsbeamten in der Bundesrepublik Deutschland erhielten die Gäste an der DHV. Die Leiterin der Abteilung für Akademische Angelegenheiten und Rechtsangelegenheiten, Regierungsrätin Sabine Brieger, erläuterte den Gästen zunächst die Struktur und die Aufgaben der Hochschule und stellte ihnen das verwaltungswissenschaftliche Ergänzungsstudium und

die Weiterbildungsangebote der Hochschule vor.

"Das Ausländer-(Aufbau-)Studium der Hochschule könnte sicherlich auch für Sie interessant sein", lockte die zuständige Referentin, Diplom-Verwaltungswissenschaftlerin Kathrin Schwalb, Lic.oec.int., die Gäste, noch einmal für längere Zeit nach Speyer zu kommen. Auch der Institutsreferent des Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung, Privatdozent Dr. Matthias Niedobitek, lud die usbekischen Gäste gleich zu einem Aufenthalt als Gastforscher an dem Institut ein.

"Die Hochschule Speyer ist in Usbekistan wohl bekannt und stand ganz oben auf unserer Wunschliste", so Kholbekov. Er ließ es sich nicht nehmen, seinerseits die Akademie für Staats- und Gesellschaftsaufbau, die direkt bei dem Präsidenten der Republik Usbekistan angesiedelt ist, vorzustellen. Dabei wurden viele Parallelen zwischen beiden Einrichtungen deutlich.

Das Interesse der Usbeken war so groß, dass Reisebegleiter und Dolmetscher Robert Koçon den eigentlich nur für zwei Stunden angesetzten Besuch auf Wunsch der Gruppe

Regierungsrätin Brieger und die Gäste von der Akademie für Staats- und Gesellschaftsaufbau Usbekistan Foto: Schwalb

"Allerdings sollten Sie möglichst promoviert sein und ein besonderes Forschungsprojekt bearbeiten wollen. Außerdem muss die Finanzierung gesichert sein und Sie müssen gute Deutschkenntnisse nachweisen können." Das dürfte aber zumindest für einige der Teilnehmer bald kein Problem mehr sein. Sie nehmen an ihrer Akademie an einem einjährigen Deutsch-Intensivkurs mit 20 Wochenstunden teil.

"Es ist eine große Ehre für uns, hier zu sein", sagte der Delegationsleiter Professor Abdugany J. Kholbekov am Ende der Veranstaltung.

spontan um drei Stunden verlängerte. Eine Führung durch die Hochschulgebäude und ein Besuch der Bibliothek rundeten den Besuch ab.

Zum Abschied bekundete Kholbekov noch einmal ein ganz deutliches Interesse an einer künftigen Kooperation mit der DHV. Da diese sich zur Zeit auch immer stärker in Richtung der Mittel- und Osteuropäischen Staaten öffnet, könnten sich auf diesem Gebiet künftig tatsächlich konkrete Möglichkeiten einer Zusammenarbeit mit der hochrangigen Akademie in Usbekistan ergeben.

Verwaltungsmodernisierung im Blick Nachkontaktseminar der DHV Speyer in Seoul

"Neue Tendenzen der Staats- und Verwaltungsmodernisierung in Deutschland" hieß das Thema des Nachkontaktseminars, das unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. Rainer Pitschas von der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer in Zusammenarbeit mit der Partnerhochschule der DHV, der Dongguk-Universität, vom 4. bis 6. November 2000 in Seoul veranstaltet wurde. Auf Antrag von Pitschas hatte der Deutsche Akademische Austausch Dienst (DAAD) die Veranstaltung mit insgesamt 17.000 DM finanziell unterstützt.

In der Kontaktpflege zu ehemaligen ausländischen Studierenden liegt ein gewaltiges Potential, das es in Zukunft noch viel stärker und effizienter zu nutzen gilt. Als Senatsbeauftragter für das Ausländer-(Aufbau-)Studium setzt sich Univ.-Prof. Dr. Pitschas seit Jahren intensiv für die Förderung ausländischer wissenschaftlicher Nachwuchskräfte ein. Dabei kommt den Nachkontaktseminaren eine entscheidende Rolle zu. Die Unterstützung von Wandlungsprozessen in den Entwicklungsländern von außen kann nur effektiv sein, wenn sie sich auf die Kooperation mit einheimischen Schlüsselpersonen stützt. Generell sind dies Akademiker aus Entwicklungsländern, die ihre Hochschulausbildung in Deutschland erhalten haben. Nachkontaktseminare dienen der systematischen Pflege der Beziehungen der DHV Speyer zu ihren Absolventen, da diese in ihrem Heimatland als Multiplikatoren wirken sollen. Zu diesem Zweck sollen gezielt auch aktuelle fachliche Informationen und Kenntnisse vermittelt werden. Den Absolventen soll aber gleichzeitig Hilfestellung im Hinblick auf eine stärkere lokale und länderübergreifende Vernetzung gegeben werden.

Zu Beginn der Veranstaltung sprach Pitschas über die "Institutionelle Lernfähigkeit und Verwaltungskultur als Rahmenbedingungen von Modernisierungsstrategien". Anschließend referierte Prof. Dr. Ik-Sup Shim von der Dongguk-Universität über die Notwendigkeit einer Verwaltungsreform zur Staatsmodernisierung in

Korea. Die wirtschaftlichen Prozesse in Korea seien bisher entweder vom Staat oder von den privaten Wirtschaftsverbänden bzw. den Großkonzernen gelenkt worden. Korea habe derzeit unter der Wirtschaftskrise zu leiden. Allein deshalb sei es notwendig, die bisherige Ordnung - und damit einhergehend die Staatsordnung - radikal zu reformieren.

Am zweiten Tag des Seminars hielt der Speyerer Professor einen Vortrag zum Thema "Staatliche Modernisierung auf dem Pfad der sozialen Marktwirtschaft: Öffnet der ‚Neue Sozialstaat‘ einen ‚Dritten Weg‘ im Modernisierungsprozess?". Alle entwickelten Staaten der Erde stünden vor dem Problem der Staats- und Verwaltungsmodernisierung. In Deutschland entwickle sich dieser Prozess in Richtung des Neuen Steuerungsmodells, das Nähe zu den Ansätzen des "New Public Management" zeige. Auch in Deutschland werde der Übergang zu mehr Kundennähe und zu einem unternehmerischen Management gefordert. Allerdings sei Deutschland gleichzeitig auch ein sozialer Verwaltungsstaat, dem im Gegensatz zu anglo-amerikanischen Modernisierungsmodellen der Grundgedanke des Gemeinwohl-Managements innewohne und beachtet werden müsse.

In weiteren Referaten sprach unter anderem Dr. Werner Korintenberg, Ministerialrat im rheinland-pfälzischen Ministerium des Innern und für Sport, über die "Personalentwicklung in der öffentlichen Verwaltung eines Bundeslandes am Beispiel Rheinland-Pfalz" sowie über "Projektmanagement in der öffentlichen Verwaltung". Die Einführung eines strategisch ausgerichteten Personalmanagements benötige in der öffentlichen Verwaltung viel Ausdauer. Eine tiefgreifende Verbesserung der Führungsqualitäten und eine positive Entwicklung der Verwaltungskultur seien nur mit einer konsequenten Organisationsveränderung hin zu flachen Hierarchien zu erreichen.

Den aktuellen Stand des "New Public Management (NPM) in Korea" beleuchtete Dr. Hae-Yug Park von der Hanyang Universität. Die Umsetzung des NPM stecke

noch in den Anfängen. Effizienz und Effektivität des Verwaltungshandelns sollten stärker als Leistungsmaßstab der öffentlichen Verwaltung eingesetzt werden. Dennoch dürfe das Effizienzprinzip nicht als einzige Zielsetzung des Verwaltungshandelns gelten, sondern es müsse ein Gleichgewicht von Rechtsstaats-, Demokratie- und Leistungsprinzip angestrebt werden, so Park.

Anlässlich seines Besuchs in Seoul nahm Univ.-Prof. Dr. Pitschas die Gelegenheit wahr, in einem weiteren Vortrag im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung der Universität Seoul über "Aktuelle Tendenzen der Staats- und Verwaltungsmodernisierung in Deutschland" zu berichten. Derzeit sei in der öffentlichen Verwaltung der Übergang von einem bürokratischen Modell zu dezentralen Verwaltungskonzepten feststellbar. Gleichzeitig sei für eine erfolgreiche Verwaltungsmodernisierung ein strategisches Personalmanagement unabdingbar. Dementsprechend seien geeignete Personalplanungs-, -führungs und -entwicklungskonzepte gefragt, die mit einer dynamisierten Stellenbesetzungspolitik zu verknüpfen seien. "Für die Verwaltungsmodernisierung wird das Potential entscheidend, das in den Mitarbeitern steckt", so Pitschas. Für den öffentlichen Dienst gelte, dass die gestellten Aufgaben nur mit kreativen und engagierten Mitarbeitern bewältigt werden könnten. In diesem Zusammenhang gewinne besonders die Entwicklung, Ausbildung und Auswahl von Führungskräften sowie die verstärkte Fortbildung aller Mitarbeiter eine besondere Rolle.

Im Anschluss an das Seminar sprach Pitschas zudem auf Einladung des "Korea Research Institute for Local Administration" beim Ministerpräsidenten der Republik über "Strategien der Privatisierung im wiedervereinigten Deutschland" und berichtete ihm im "Korea Institute of Public Administration" vom Stand der "Modernization of State and Public Sector in Germany".



FORSCHUNGSINSTITUT FÜR ÖFFENTLICHE VERWALTUNG
BEI DER DEUTSCHEN HOCHSCHULE FÜR VERWALTUNGSWISSENSCHAFTEN SPEYER

Willkommen am Forschungsinstitut!

Die vergangenen Monate standen im Zeichen der Restrukturierung des Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung, welches als außeruniversitäre Bund-Länder-Einrichtung bei der Hochschule besteht. Am 15. Dezember 2000 trat eine geänderte landesgesetzliche Regelung, am 1. März 2001 eine neue Landesverordnung in Kraft. Damit sind die rechtlichen Grundlagen für die Verwirklichung des Restrukturierungskonzepts geschaffen, welches in den beiden zurückliegenden Jahren am Institut entwickelt und mit den Trägern des Instituts eingehend beraten wurde. Im Vorgriff auf die Neuregelung hatte das Institut bereits im Jahr 2000 erste Schritte zur Umsetzung des Konzepts eingeleitet. Die Forschungstätigkeit wird sich künftig in drei Sektionen entfalten, denen drei inhaltliche Schwerpunkte entsprechen: Modernisierung in Staat und Verwaltung, Verwaltung in der Mehrebenenpolitik und Verwaltung zwischen Staat und Gesellschaft. Den neuen programmatischen Zuschnitt spiegelt bereits der Arbeitsplan 2001 wider, der beim Sekretariat des Forschungsinstituts erhältlich ist.

Neben der Bildung von Sektionen, die jeweils durch einen Sektionsleiter koordiniert werden sollen, ist in dem Restrukturierungskonzept eine Öffnung der Mitgliedschaft für auswärtige Wissenschaftler vorgesehen. Das Forschungsinstitut, welches bereits bisher vielfältige Kontakte zu Wissenschaftlern und Forschungseinrichtungen des In- und Auslandes unterhält, wird im Zuge der Erweiterung seiner Mitgliedschaften und Kooperationen sein Netzwerk ausbauen. Damit trägt es zugleich den Empfehlungen des Wissenschaftsrats Rechnung, welcher die Rolle des Forschungsinstituts als Kompetenzzentrum der Verwaltungsforschung betont hat. Bereits bisher ist das Forschungsinstitut die einzige wissenschaftliche Einrichtung Deutschlands, die sich mit anwendungsorientierter Grundlagenforschung im Bereich der Verwaltungswissenschaften befasst.

Einen ersten Einblick in die Vielfalt der aktuellen Tätigkeiten des Instituts, welches mit durchschnittlich 25 Nachwuchswissenschaftlern zu den kleineren außeruniversitären Forschungseinrichtungen gehört, vermitteln die nachfolgenden Berichte. Besonders hervorgehoben sei der im Berichtszeitraum durch praktische Schritte eingeleitete Ausbau der Service-Elemente, die selbsttragend finanziert werden und den Forschungskern des Instituts unangetastet lassen sollen. Neben der bereits seit einigen Jahren in der Praxis bewährten Wissenschaftlichen Dokumentations- und Transferstelle für Verwaltungsmodernisierung (WiDuT) sei auf die Arbeitsstelle für Verwaltungsbefragung und die Gemein-

schaftsstelle für Wissenschaftsrecht und Wissenschaftsmanagement hingewiesen. Die Gemeinschaftsstelle, die sich derzeit in Gründung befindet, soll auf ihrem Arbeitsgebiet wissenschaftliche Transferleistungen für die Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen erbringen, Forschungsprojekte vorbereiten und Leitlinien für ein modernes Wissenschaftsmanagement sowie für Reformen des Wissenschaftsrechts erarbeiten. Mit einer Gruppe von Wissenschaftlern aus dem In- und Ausland wird derzeit ein Drittmittelantrag an die Deutsche Forschungsgemeinschaft vorbereitet, der die

Univ.-Prof. Dr. Karl-Peter Sommermann

Foto: privat

Durchführung eines Forschungsvorhabens zu Voraussetzungen der Innovationsfähigkeit wissenschaftlicher Einrichtungen ermöglichen soll. Es ist daran gedacht, die Gemeinschaftsstelle zu gegebener Zeit zu verselbständigen. Sie könnte zugleich mit der Hochschule kooperieren. Die künftigen Träger der Gemeinschaftsstelle haben ihr Interesse betont, in Speyer eine qualifizierte Fortbildung von Funktionsträgern der Wissenschaftsverwaltung anzusiedeln.

Das Forschungsinstitut will den neuen Aufgaben und Herausforderungen durch eine flexible Arbeitsstruktur Rechnung tragen. Eine Bestätigung des neuen Konzepts haben wir durch den Ausschuss "Forschungsförderung" der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung erhalten. Das Gremium hat im Oktober 2000 die Weiterförderung des Forschungsinstituts beschlossen und für die nächsten Jahre sichergestellt.

Univ.-Prof. Dr. Karl-Peter Sommermann
Direktor des Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung

Besuch aus Usbekistan

Den Besuch einer 16-köpfigen Delegation von Führungskräften der Akademie für Staats- und Gesellschaftsaufbau Usbekistan am 13. Februar 2001 in Speyer nutzte der geschäftsleitende Institutsreferent des FÖV, Privatdozent Dr. Matthias Niedobitek, dazu, die Gäste mit dem Forschungsinstitut bekannt zu machen. Er lenkte das Augenmerk der Besucher vor allem auf die von Forschern aus aller Welt gern wahrgenommene Möglichkeit, für einen bestimmten Zeitraum als Gastforscher an das Institut zu kommen.

Forschungskolloquium

Das Forschungskolloquium des FÖV, in dem vorläufige Thesen aus laufenden Forschungsprojekten des Instituts zur Diskussion gestellt werden, stand im Wintersemester 2000/2001 unter der Leitung von Univ.-Prof. Dr. Dorothea Jansen.

Für einen Gastvortrag konnte Univ.-Prof. Dr. Beate Kohler-Koch, Lehrstuhl für Politische Wissenschaften an der Universität Mannheim, gewonnen werden. Sie sprach zu dem Thema "Regieren über Vernetzung: Die politische Entwicklung einer erweiterten EU".

Kurz berichtet

Unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. Dr. Klaus König veranstaltete das Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung vom 28.9. bis 30.9.2000 ein Forschungssymposium mit dem Titel "Governance als developmentpolitischer Ansatz". Der Teilnehmerkreis umfasste unter anderem Mitglieder des seit mehreren Jahren bestehenden Arbeitskreises "Entwicklung und Verwaltung".

Am 3. und 4. November 2000 fand am Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung unter der Leitung von Prof. König das vierte Treffen des Arbeitskreises "Deutsche Verwaltung an der Wende zum 21. Jahrhundert" statt. Der Arbeitskreis besteht aus Speyerer Professoren sowie auswärtigen Kollegen und beschäftigt sich mit dem Stand der Verwaltungswissenschaft und -praxis zur Jahrhundertwende und damit zusammenhängenden Forschungsvorhaben.

Am 26. März 2001 fand in Berlin die Mitgliederversammlung der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL) statt. Prof. König nahm hieran für das Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung in seiner Eigenschaft als stellvertretender Direktor teil.

Forschungstagung "Parlamentarische Steuerungsordnung"

Die Rolle der Landesparlamente neu zu definieren, ihnen eine größere Einflussnahme auf die Inhalte und Ziele der Politik zu ermöglichen und die Formen der Zusammenarbeit zwischen Landtag und Landesregierung neu zu bestimmen, sind die Ziele eines Forschungsprojektes, das seit Juni 1999 am Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung (FÖV) durchgeführt wird. In den vergangenen Jahren sind in der Kommunalverwaltung, aber auch in den Ministerien, Elemente des sogenannten Neuen Steuerungsmodells, wie beispielsweise die Kosten- und Leistungsrechnung oder die Budgetierung, eingeführt worden. Diese berühren auch die Zusammenarbeit zwischen Landtag und Landesregierung. Deshalb ist es nötig, ein rechtliches Instrumentarium (Parlamentarische Steuerungsordnung) zu schaffen, das die Kontrolle und Steuerung der Regierung durch den Landtag regelt.

Am 12. und 13. Oktober 2000 fand zu diesem Thema im Ägidienhaus in Speyer eine Forschungstagung unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill statt. Dieser konnte zusammen mit dem Projektbearbeiter, Assessor iur. Kai-Olaf Jessen, mehr als 65 Tagungsteilnehmer begrüßen. Insbesondere zahlreiche Angehörige von Ministerien und Regierungen, Wissenschaftler verschiedener deutscher Universitäten, Bundes- und Landtagsabgeordnete sowie Vertreter der Rechnungshöfe hatten den Weg nach Speyer gefunden. Ebenso Teilnehmer aus Österreich und der Schweiz.

Nach einer kurzen Begrüßung und Einführung referierte Univ.-Prof. Dr. Philippe Mastronardi von der Universität St. Gallen zu dem Thema "Schweizerischer Muster-Rahmengericht: New Public Management für das Parlament". Dabei beleuchtete er die Unterschiede in den Verfassungssystemen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweiz im Hinblick auf den Bereich "Parlamentarische Steuerung" und erklärte eingehend die in der Schweiz in den letzten Jahren hierzu entwickelten Steuerungsinstrumente.

Im Anschluss folgten zwei Praxisberichte aus den Bundesländern. Zunächst berichtete Dr. Florian Edinger, Ministerialrat und Referatsleiter im Wissenschaftlichen Dienst im Landtag Rheinland-Pfalz, über die aktuellen Änderungen der dortigen Landshaushaltsordnung. Er informierte das Auditorium über das in Rheinland-Pfalz eingeführte Steuerungsinstrument "Leistungsauftrag" und äußerte sich zu Fragen

der Sicherung des Budgetrechts des Landtages. Danach gab der Staatssekretär im Ministerium der Finanzen und Energie des Landes Schleswig-Holstein, Uwe Döring, einen Überblick über die Einführung einer outputorientierten Budgetierung in der Landesverwaltung des nördlichsten Bundeslandes.

Des Weiteren widmeten sich die Tagungsteilnehmer der Frage, ob es sich empfiehlt, die Befugnisse des Parlaments in verschiedenen Bereichen neu zu regeln. Die Themenkomplexe "Zielvereinbarungen, Produkthaushalt, Controlling und Budgetierung" (Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill), "Auslagerung und Privatisierung" (Ministerialrat Wolfgang Göke), "Rechnungshöfe" (Präsident Dr. Paul-Georg Schneider), "Informations-Zusammenarbeit" (Ministerialrat a.D. Dr. Gerald Kretschmar) sowie "Regeln guter Gesetzgebung" (Univ.-Prof. Dr. Dr. Mengel) wurden referiert und anschließend eingehend diskutiert. Ein Empfang im Foyer des Ägidienhauses rundete den ersten Tagungstag ab.

Am nächsten Morgen erfolgte die Vorstellung eines Entwurfs einer Parlamentarischen Steuerungsordnung durch den Ministerialrat im Ministerium der Finanzen des Landes Rheinland-Pfalz, Dr. Ulrich Keilmann. Sein Anliegen war es, die einzelnen Problembereiche in eine gewisse Ordnung und Reihenfolge zu bringen, um so eine erste Basis zu schaffen für eine grundlegende Diskussion der Materie. Er skizzierte den möglichen Aufbau einer Steuerungsordnung und erläuterte den Tagungsteilnehmern verschiedene Teilbereiche, die seiner Ansicht nach zu berücksichtigen seien.

Unter der Leitung von Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill folgte abschließend eine Podiumsdiskussion zu der Frage "Empfiehlt sich die Normierung einer Parlamentarischen Steuerungsordnung?". Dazu stellten sich den zahlreichen Fragen der Tagungsteilnehmer der Staatssekretär im Justizministerium Nordrhein-Westfalen, Dr. Ernst-Hasso Ritter, der Chef der Senatskanzlei Bremen, Prof. Dr. Reinhard Hoffmann, der Präsident des Rechnungshofs Baden-Württemberg, Martin Frank, der Ministerialdirektor beim Deutschen Bundestag, Prof. Dr. Wolfgang Zeh, sowie Dr. Jürgen Ockermann vom Wissenschaftlichen Gutachterdienst des Landtags Nordrhein-Westfalen.

Die Referate und Diskussionen der Tagung sind dokumentiert in Heft Nr. 220 der Reihe "Speyerer Forschungsberichte".

Wissenschaftliche Dokumentations- und Transferstelle für Verwaltungsmodernisierung in den Ländern (WiDuT): Rechtsoptimierung im Bund und in den Ländern

8. WiDuT - Arbeitstagung

Unter dem Titel "Rechtsoptimierung" fand die 8. WiDuT-Arbeitstagung unter der Leitung von Prof. Dr. Carl Böhret und Dr. Götz Konzendorf am 4. und 5. Dezember 2000 statt. Es wurden Projekte der Bundesregierung und der Landesregierungen zur Dokumentation von geltenden Regelungen (z.B. Datenbank Verwaltungsvorschriften des Bundes) und zur Rechtsbereinigung (z.B. Standard-Pranger in Baden-Württemberg) vorgestellt. Zudem wurde über die Aufgaben und Funktionen von Normprüfungsausschüssen berichtet und diskutiert.

Einen weiteren Schwerpunkt der Veranstaltung bildete die Gesetzesfolgenabschätzung. Das von Prof. Dr. Carl Böhret und Dr. Götz Konzendorf in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium des Innern und dem Innenministerium Baden-Württemberg erarbeitete Handbuch zur Gesetzesfolgenabschätzung wurde den Teilnehmern präsentiert. Hierfür wurden Beispiele für die prospektive, die begleitende und die retrospektive Gesetzesfolgenabschätzung erläutert. Darüber hinaus wurden Ansätze zur Institutionalisierung der GFA sowie mögliche Folgen der Integration der Gesetzesfolgenabschätzung für das Regierungssystem dargestellt und erörtert.

Die Nr. 1 bei Mitarbeiterbefragungen: Arbeitsstelle für Verwaltungsbefragungen beim FÖV

Die Arbeitsstelle für Verwaltungsbefragungen führt seit Ende der 80er Jahre Befragungen, u.a. Mitarbeiterbefragungen, auf allen Ebenen der Verwaltung (Bund, Länder, Gemeinden und Körperschaften des öffentlichen Rechts) durch. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Arbeitsstelle lehren und forschen an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer bzw. an dem ihr beigeordneten Forschungsinstitut. Seit ihrem Bestehen hat die Arbeitsstelle inzwischen mehr als 10.000 Bedienstete des öffentlichen Sektors im Rahmen von Mitarbeiterbefragungen befragt. Mitarbeiterbefragungen haben sich hierbei als kraftvolles Instrument zur Verwaltungsmodernisierung, Informationsbeschaffung und Mitarbeiterbeteiligung erwiesen.

Das Leistungsprofil innovativer Mitarbeiterbefragungen

Innovative Mitarbeiterbefragungen können folgende "Leistungen" erbringen:

- feststellen wo die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter "der Schuh drückt"

- feststellen, welche Werte und Bedürfnisse die Beschäftigten an ihre Tätigkeit und Organisation als Ganzes herantragen und inwieweit diesen Werten und Bedürfnissen im Alltag Rechnung getragen wird

- Grundlageninformationen erbringen, die in die weitere Entwicklung der Organisation (Leitbildentwicklung und -verwirklichung, Zielentwicklung) einfließen

- feststellen, wie das Motivations- und Leistungspotential der Beschäftigten besser zur Geltung gebracht werden kann (u.a. durch Optimierung des Führungsverhaltens)

- aufdecken von Schwach- aber auch Starkstellen der Organisation

- bereits eingeführte Modernisierungsmaßnahmen "auf den Prüfstand stellen"

- geplante Modernisierungsmaßnahmen "checken", d.h. ihre erfolgreiche Einführung prüfen

- Partizipationsmöglichkeit für die Beschäftigten (auf allen Hierarchiestufen)

- erzeugen von Veränderungs-/Verbesserungsdruck (im Anschluss an eine Mitar-

beiterbefragung werden Konsequenzen erwartet)

Die Arbeitsstelle will aber nicht nur "Daten-, Informations-, oder Wissensproduzent" sein, sondern ihre Verwaltungskunden aktiv bei der Ableitung praktischer Folgerungen aus Befragungen und ihrer Umsetzung unterstützen. Zu diesem Zweck beziehen wir erstens in die Berichterstattung nicht nur Ergebnisinterpretationen, sondern auch Handlungsempfehlungen ein, die sich direkt auf mögliche Umsetzungsmaßnahmen beziehen. Zweitens halten wir uns aber auch dazu bereit, im Anschluss an Befragungen an Umsetzungsworkshops teilzunehmen, oder solche Workshops zu moderieren.

Darüber hinaus unterstützen wir Verwaltungen auch gerne bei komplexen Modernisierungsvorhaben, bei deren Planung und Durchführung. Als Beispiele können Selbstbewertungsworkshops, Organisationsanalysen, aufgabenkritische Organisationsdurchleuchtungen und Leitbildentwicklungen genannt werden.

Aktuelles Projekt der Arbeitsstelle für Verwaltungsbefragungen: "Aufgabenanalyse und Aufgabenkritik" in einer Landesbehörde

Das Projekt hat zum Ziel, im Rahmen eines mitarbeiterorientierten Prozess- und Vollzugskritik zu betreiben, d.h. zu untersuchen,

- welche (bestehenden oder neuen) Aufgaben/Tätigkeiten zukünftig im Hause erledigt werden sollen,

- ob und wie Aufgaben, die nicht mehr im Hause erledigt werden sollen, an anderer Stelle sinnvoller bearbeitet werden können,

- oder ob die Aufgaben auch entfallen können,

- darüber hinaus soll allgemein untersucht werden, wie die Aufgabenerfüllung optimiert werden kann.

Inhaltlich umfasst das Projekt Workshops auf verschiedenen Ebenen, eine Mitarbeiter- und Führungskräftebefragung, eine Aufgabenerfassung mittels Datenblättern und verschiedenen Informationsveranstaltungen.

Der Prozess wurde vorbereitet und wird begleitet durch eine Arbeitsgruppe in der sämtliche Dienststellen und die Personalvertretung paritätisch vertreten sind.

Stand des Projekts

Das Projekt ist derzeit bereits in einem fortgeschrittenen Stadium. Die Befragungen und die Aufgabenerfassung sind durchgeführt und teilweise ausgewertet. (Erste Ergebnisse liegen vor). Im Rahmen eines (zentralen) Workshops wurden die zu Beginn des Projekts definierten Zielvorstellungen mit den Ergebnissen der Befragungen und der Aufgabenerfassung abgeglichen. Dies hat einen (vierseitigen) Katalog möglicher, erfolgversprechender Maßnahmen ergeben, die nun in dezentralen Workshops diskutiert und konkretisiert werden sollen, um danach umgesetzt zu werden.

Das Projekt "Gemeinschaftsstelle für Wissenschaftsmanagement"

Das Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung steht seit Herbst 1999 in Gesprächen mit den deutschen Universitätskanzlern über die Einrichtung einer "Gemeinschaftsstelle für Wissenschaftsmanagement" am FÖV. Schon bald wurde deutlich, dass das Tätigkeitsfeld der Gemeinschaftsstelle auf das Gebiet der außeruniversitären Forschung erstreckt werden muss, um den von den außeruniversitären Forschungseinrichtungen artikulierten Bedürfnissen Rechnung zu tragen. Nach verschiedenen Vorgesprächen fand auf Einladung des Direktors des FÖV, Univ.-Prof. Dr. Sommermann, am 15. November 2000 ein erstes Treffen mit hochrangigen Vertretern der an der Gemeinschaftsstelle interessierten universitären und außeruniversitären Einrichtungen statt. Dabei wurde verabredet, schon vor einer Institutionalisierung der "Gemeinschaftsstelle für Wissenschaftsmanagement" ein konkretes DFG-finanziertes Forschungsprojekt in Angriff zu nehmen.

Bei einem Werkstattgespräch am 25./26. Januar 2001 wurden Konturen eines Forschungsprojekts im Bereich "Change Management" im Hinblick auf die Beantragung einer DFG-Forschergruppe entwickelt. Am 3./4. Mai 2001 sollen die Beratungen im Rahmen einer von Univ.-Prof. Dr. Färber, Univ.-Prof. Dr. R. Fisch und Univ.-Prof. Dr. Jansen geleiteten Forschungskonferenz mit dem Titel "International Competitiveness And Innovative Capacity in Universities And Research Organizations - New Modes of Governance" unter internationaler Beteiligung fortgesetzt werden.

Die Gemeinschaftsstelle soll nach den bisherigen Vorstellungen folgende Funktionen haben:

1. Clearing-Funktion/Wissenstransfer
2. Service-Funktion
3. Generierung von Forschungsthemen
4. Durchführung von Forschungsvorhaben
5. Aus- und Fortbildung
6. Wissenschaftliche Veranstaltungen/Netzwerkpflege

Konkrete Gegenstände der Tätigkeit der Gemeinschaftsstelle könnten etwa Fragen eines wissenschaftsadäquaten Finanzierungssystems, des Verhältnisses von Wissenschafts- und Steuerrecht, der Gesetzesfolgenabschätzung im Wissenschaftsbereich, des Wissenschaftsmarketing, des Multimedia-Einsatzes in den Wissenschaftsverwaltungen oder eines wissenschaftsadäquaten Vergütungssystems sein.

Gemeinsamer europäischer Mindeststandard bei den Verfahrensgrundrechten?

Grundrechte im Integrationsprozess der Gemeinschaft
Forschungsprojekt "Rechtsstaatliche Grundrechte
im europäischen Vergleich"

Durch die anstehende Erweiterung der EU wird die Heterogenität innerhalb der Gemeinschaft weiter zunehmen. Um so bedeutsamer wird damit die Suche nach gemeinsamen Grundlagen. Unterschiedliche Grundrechtssysteme werden mit der fortschreitenden Konstitutionalisierung der Gemeinschaft konfrontiert, und es findet ein Prozess der wechselseitigen Beeinflussung statt, aus dem sich vielfältige Probleme ergeben. Da der EuGH für die Ermittlung des Grundrechtsstandards in der Gemeinschaft von den gemeinsamen Verfassungsüberlieferungen der Mitgliedstaaten ausgeht und es bisher an einem verbindlichen Verfassungstext mangelt, wird der Vergleich zwischen den Grundrechtsordnungen verschiedener Staaten immer wichtiger. Berücksichtigung findet dabei die unterschiedliche historische und staatsrechtliche Ausgangslage in den Mitgliedstaaten, die prägend für die jeweilige nationale Grundrechtssystematik ist.

Ein Schwerpunkt des Projekts liegt auf der Suche nach einem Grundkonsens zwischen den Staaten, die das Rechtsstaatsprinzip normiert oder rezipiert haben. Inwieweit in anderen Mitgliedstaaten das Rechtsstaatsprinzip als Grundlage von Verfahrensrechten herangezogen wird, ist Gegenstand der vergleichenden Untersuchung.

Anhand ausgewählter Mitgliedstaaten

der EU sollen die Grundrechte, die sich aus dem Rechtsstaatsprinzip ergeben, ermittelt und analysiert werden. Eine Zielsetzung besteht darin, mögliche Parallelen in der Grundrechtsentwicklung sowie divergierende Tendenzen zu erarbeiten. Gegenstand der Analyse sind nur die Grundrechte, die untrennbar mit dem Rechtsstaatsprinzip verbunden sind. Bearbeitet werden somit u.a. "Recht auf den gesetzlichen Richter", "nulla poena sine lege", "ne bis in idem", "Recht auf rechtliches Gehör". Dabei gilt es zunächst, eine Bestandsaufnahme der aktuellen Grundrechtssituation in den ausgewählten Mitgliedstaaten zu erstellen. In einem zweiten Schritt sollen Ursprung, Inhalt und Reichweite sowie die Schutzmechanismen, die die einzelnen Systeme für die Grundrechte vorsehen, erarbeitet werden. Die Untersuchung der Grundrechtssystematik erfolgt als dritter Schritt, als dessen wissenschaftliche Grundlage dient der angestellte Vergleich, der im Zentrum des Projekts steht. Aktualität und Relevanz des Forschungsprojekts zeigen sich in der anhaltenden Diskussion über die Gemeinschaftsgrundrechte und die Europäische Grundrechtecharta.

Projekt:

Univ.-Prof. Dr. Dr. Detlef Merten/
Ass. jur. Silke Löhr, Mag. rer. publ.

Laufzeit: 1.4.2001 - 31.3.2003

Zusammenarbeit mit der brasilianischen Bundesuniversität Fluminense

Im Rahmen einer Fortbildungsveranstaltung für brasilianische Bundesrichter hielt der Direktor des Forschungsinstituts, Univ.-Prof. Dr. Karl-Peter Sommermann, am 20. November 2000 einen Vortrag über die Zwangsvollstreckung gegen die öffentliche Hand. Die Veranstaltung war vom Rat der Bundesjustiz in Zusammenarbeit mit der Bundesuniversität Fluminense organisiert worden. Vom 28. Februar bis 2. März 2001 besuchte im Gegenzug eine Delegation der brasilianischen Universität unter Leitung von Herrn Bundesrichter Prof. Dr. Ricardo Perlingeiro Mendes da Silva das Speyerer Institut, um Möglichkeiten einer Forschungszusammenarbeit zu erörtern. Ein besonderes Interesse besteht an Themen, die den Zugang der Bürger zur Justiz betreffen. Die brasilianischen Gäste führten auch ein Gespräch mit Herrn Univ.-Prof. Dr. Siegfried Magiera und wurden durch den Rektor der Hochschule, Herrn Univ.-Prof. Dr. Hill, begrüßt.

Methoden und Werkzeuge zur Unterstützung der Entscheidungsfindung in der öffentlichen Verwaltung

Projekt "Einsatz von entscheidungsunterstützenden Verfahren bei politisch-administrativen Entscheidungen"

Entscheidungstechniken gehören zum Ausbildungskanon in den Wirtschafts- und Verwaltungswissenschaften. Obwohl auf den ersten Blick ihr Nutzen auf der Hand liegt, scheinen nach der vorherrschenden Meinung und nach ersten eigenen Untersuchungen die Entscheider in der Verwaltungspraxis weitgehend ohne deren Einsatz auszukommen.

In einem ersten Teil des Forschungsprojektes geht es um eine Systematisierung und Bewertung von entscheidungsunterstützenden Methoden und Werkzeugen hinsichtlich ihrer Einsatzbereiche und ihrer Eignung in der öffentlichen Verwaltung. Dabei wird eine Übersicht der wichtigsten wissenschaftlich fundierten Ansätze zur Entscheidungsunterstützung erstellt. Der nächste Schritt ist die Erstellung eines internetgestützten Werkzeugkastens. Mit dessen Hilfe können sich Entscheider über die Einsatzmöglichkeiten der jeweiligen Methoden informieren, sich für den Einsatz bestimmter Techniken entscheiden und diesen auch entsprechend vorberei-

Systematisierung und Bewertung von Entscheidungstechniken

ten. Angesichts zunehmend komplizierter Entscheidungslagen im öffentlichen Sektor stellt sich die Frage nach den hinderlichen und förderlichen Faktoren für deren Einsatz. Im Rahmen einer Expertenbefragung von Praktikern und Wissenschaftlern, die sich mit der Erforschung und Vermittlung entscheidungsunterstützender Methoden befassen, werden die förderlichen und hinderlichen Bedingungen untersucht. Die Ergebnisse sollen dazu beitragen, bisherige Hemmnisse im Einsatz solcher Verfahren zu überwinden. Ein erstes Ergebnis ist in Abbildung 1 wiedergegeben. Hier werden mit Hilfe des Werkzeugs "cognitive mapping" hinderliche Faktoren für den Einsatz entscheidungsunterstützender Verfahren systematisiert und veranschaulicht. Die Graphik zeigt auf, dass entgegen den anfänglichen Vorstellungen über den unmittelbaren Nutzen entscheidungsunterstützender Verfahren eine Vielzahl von Faktoren bei dem Einsatz zu berücksichtigen sind, um einen effektiven Einsatz zu gewährleisten.

Im Verlauf des Projektes wird ein Forschungskolloquium mit dem Titel "Entscheidungsunterstützende Verfahren - Praktische Erfahrungen und Erträge der Forschung" am Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung mit Praktikern und Wissenschaftlern veranstaltet. Das Projekt soll darüber hinaus in eine wissenschaftliche Weiterbildungsveranstaltung "Strategisches Handeln in politisch-administrativen Entscheidungsprozessen" einmünden. Diese Veranstaltung dient dem unmittelbaren Transfer der Projektergebnisse an Führungskräfte aus der öffentlichen Verwaltung.

Weiterbildung zum Thema "Strategisches Handeln"

*Projekt: Univ.-Prof. Dr. Rudolf Fisch/
Diplom-Psychologe Dr. Dieter Beck
Sektion 1: Modernisierung in Staat und Verwaltung
Laufzeit: 1.11.2000 - 31.10.2002
Ansprechpartner: dbeck@dvh-speyer.de*

How to Survive: Entrepreneurship im Ruhrgebiet

Das Projekt "Betriebsgründungen, Wirtschaftsförderung sowie Wissenschafts- und Technologietransfer im Ruhrgebiet"

Unternehmensgründungen gelten als wichtiger Innovationsfaktor und als Indikator für den wirtschaftlichen Strukturwandel einer Region. Gerade mit technologieorientierten Neugründungen werden positive Impulse für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung in Verbindung gebracht.

Den wirtschaftspolitischen Hoffungen stand bis vor einigen Jahren eine auffällige Vernachlässigung der empirischen Gründungsforschung gegenüber. In Assoziation mit dem vor gut zwei Jahren eingerichteten Schwerpunkt der Deutschen Forschungsgemeinschaft "Interdisziplinäre Gründungsforschung" will das Projekt diese Lücke für das Ruhrgebiet in den neunziger Jahren schließen.

Zentrale Fragestellungen der Arbeit sind,

welche Faktoren den Gründungserfolg determinieren und welche Auswirkungen diese unternehmerischen Aktivitäten für den Strukturwandel im Ruhrgebiet haben. Damit sind sowohl praxisrelevante Ergebnisse als auch Beiträge zu aktuellen wissenschaftlichen Diskussionen zu erwarten.

Die empirische Basis der Untersuchung bildet eine Befragung von im Jahre 1994 in den Kammerbezirken Dortmund und Essen angemeldeten Unternehmen. Eine geschichtete Zufallsauswahl, aus der in drei Wellen bisher 323 Interviews realisiert werden konnten, sichert die Verallgemeinerbarkeit der Ergebnisse. Weitere Kontextdaten zur Einbettung der Betriebe in die wirtschaftliche Entwicklung der Region werden über Sekundäranalysen und

Expertengespräche erhoben.

Derzeit wird die vierte und letzte Erhebungswelle abgeschlossen. Erste Auswertungen zur Bedeutung des sozialen Kapitals und zur Innovativität liegen vor. Multivariate Analysen hinsichtlich Überleben, Wachstum und Rentabilität der Unternehmen werden in den kommenden Monaten folgen. Auf der Projekthomepage (<http://foev.dhv-speyer.de/Survival>) finden sich laufend aktualisierte Informationen zum Stand des Projektes.

*Projekt: Univ.-Prof. Dr. Dorothea Jansen/
Dr. Heike Grimm/Dipl.-Soz. Mike Weber
Laufzeit: 1.7.1999 - 30.6.2001; verlängert
bis 14.2.2002*

Politik und Verwaltungsorganisation eines zentralistischen Machtapparates

Forschungsprojekt "Struktur und Arbeitsweise von Politbüro und Zentralkomitee der SED 1949 bis 1963"

Die wissenschaftlich Erarbeitung historischer Grundlagen des Funktionierens von Staat und Verwaltung gehört zu den notwendigen Aspekten in der Forschung der Verwaltungswissenschaften.

Wer sich der Geschichte der DDR zuwendet, muss die zentralen Institutionen der SED zum Gegenstand struktureller und personeller Analysen machen. Das ausschlaggebende Merkmal der kommunistischen Parteiherrschaft in der DDR war die Allmacht der SED-Führung in Staat, Gesellschaft,

SED-Politbüro als
Zentrale der Diktatur

Wirtschaft und Kultur. Der SED-Spitze kam es von Anfang an (1945/1949) darauf an, in der DDR Strukturen aufzubauen und zu vervollkommen, um unumschränkt und unkontrolliert zu herrschen. Das Forschungsprojekt wird die umfassende Machtausübung und den Machterhalt der SED-Führung in der DDR nachzeichnen, erklären, hinterfragen und

darstellen.

Gegenstand der historischen Forschung sind somit die zentralen Gremien der Macht in der DDR - dies waren das Politbüro und das Sekretariat des ZK der SED, das Zentralkomitee der SED und der umfangreiche ZK-Fachapparat.

Zwei große Problemkreise spielen

bei der Untersuchung eine wesentliche Rolle: Zum einen sind das Fragen nach der Organisation, der Struktur, der Aufgabenverteilung und den personalpolitischen Entscheidungen in den SED-Gremien auf zentraler Ebene. Hier angeschlossen wird die Problematik der "Kaderpolitik" und des "Nomenklatursystems". Der zweite Problemkreis widmet sich zum anderen den Fragen nach dem Funktionieren und der Arbeitsweise dieser Spitzengremien.

Die Studie basiert in erster Linie auf der Auswertung ungedruckter historischer Quellen der SED bzw. der DDR. Das sind

Herrschaftsinstrumente und Entscheidungsstrukturen in der DDR-Gesellschaft

Akten und Dokumente aus den Beständen des ehemaligen SED-Archivs und aus dem Bundesarchiv Berlin. Hinzu kommen Unterlagen aus dem Archiv des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR und der Staatsanwaltschaft II beim Landgericht Berlin

(Regierungskriminalität) in Berlin. Für die Bearbeitung der Thematik stehen weiterhin gedruckte Quellen wie Tageszeitungen und Zeitschriften sowie einschlägige Fach- und Memoirenliteratur zur Verfügung.

Das Forschungsprojekt wird von der Deutschen Forschungsgemeinschaft finanziert.

*Projekt: Univ.-Prof. Dr. Rudolf Morsey/
Dr. Heike Amos*

Laufzeit: 1.1.1999 - 31.12.2001

Forschungsprojekt "Strombörsen in Deutschland"

Der monopolistisch geprägte Strom- und Gasmarkt wurde mit dem im April 1998 in Kraft getretenen Gesetz zur Neuregelung des Energiewirtschaftsrechts (EnWG) liberalisiert. Ziel der Neuregelung ist die Einführung von Wettbewerb im Strom- und Gasmarkt, um Kostensenkungspotentiale und die Möglichkeit vorteilhafterer Strom- und Gaspreisgestaltung zu erschließen. Der brancheninterne Wettbewerb im deutschen Strommarkt wird durch die Errichtung einer Strombörse gestärkt. Im Juni 2000 wurde mit der LPX Leipzig Power Exchange GmbH die erste Strombörse in Deutschland etabliert. Im August 2000 hat die European Energy Exchange AG in Frank-

Einführung von Wettbewerb

furt/Main ihren Geschäftsbetrieb aufgenommen. Beide Strombörsen begannen zunächst mit dem kurzfristigen Handel für physische Stromlieferungen, dem Spotmarkt. Seit 1. März 2001 ist in Frankfurt/Main auch ein Terminmarkt errichtet, der es den Teilnehmern erlaubt, sich längerfristig (bis zu 18 Monaten) gegen Preisschwankungen finanziell abzusichern. Hierbei gilt, wie auch im Spotmarkt, dass die angebotenen Produkte standardisiert sind.

Beide Strombörsen weisen sowohl in Organisation als auch in der Funktionsweise Unterschiede auf. Des Weiteren erfordert der physische Stromhandel eine zufriedenstellende Ausgestaltung des Netzzuganges Dritter. Die derzeitige Verbändevereinbarung birgt in dieser Hinsicht noch rechtliche und praktische Schwierigkei-

Einflüsse auf das Entscheidungsverhalten

ten. Ziel des Projektes ist die Analyse der institutionellen, organisatorischen und rechtlichen Rahmenbedingungen für den Handel an Strombörsen, wie z. B. die Ausgestaltung des Netzzuganges und die vertraglichen Beziehungen der Akteure. Weiterer Schwerpunkt ist die Untersuchung der Einflussfaktoren auf das Entscheidungsverhalten der Handelsteilnehmer.

len, organisatorischen und rechtlichen Rahmenbedingungen für den Handel an Strombörsen, wie z. B. die Ausgestaltung des Netzzuganges und die vertraglichen Beziehungen der Akteure. Weiterer Schwerpunkt ist die Untersuchung der Einflussfaktoren auf das Entscheidungsverhalten der Handelsteilnehmer.

Projekt:

Univ.-Prof. Dr. Eberhard Bohne, M. A./

Assessorin jur. Sabine Frenzel

Laufzeit: 01.2.2001 - 31.1.2003

Solidarität in der Europäischen Union

- Der Europäische Fonds für regionale Entwicklung -

Projekt "Der rechtliche Rahmen für die Verwaltung und Finanzierung der gemeinschaftlichen Strukturfonds am Beispiel des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung"

Die Förderung aus den Strukturfonds der Europäischen Gemeinschaft soll den Entwicklungsrückstand der am stärksten benachteiligten Regionen der Europäischen Union verringern und außerdem Gebiete unterstützen, die von wirtschaftlichen Umwandlungsprozessen schwer betroffen sind. Die meisten Mittel werden dabei vom Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) zur Verfügung gestellt. Für den Förderzeitraum 2000-2006 sind die Strukturfonds mit 195 Mrd. Euro ausgestattet. Dies entspricht etwa einem Drittel der Gesamtausgaben der Europäischen Union.

Im Verlauf des europäischen Integrationsprozesses ist die Bedeutung der Strukturfonds ständig gewachsen. Jede Erweiterung der Gemeinschaft war auch mit einer Zunahme des regionalen Entwicklungsgefälles verbunden. Dies kann den inneren Zusammenhalt der Europäischen Union gefährden. Die auf eine Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen ausgerichtete Förderung aus den Strukturfonds leistet einen Beitrag dazu, dass sich die Vorteile des Binnenmarktes und der Wirtschafts- und Währungsunion auch zugunsten der weniger wettbewerbsfähigen Regionen in der Gemeinschaft auswirken. Nach Einschätzung der Europäischen Kommission wird sich die

Bedeutung der Strukturfonds wird weiter wachsen

Zahl der am stärksten benachteiligten Regionen mehr als verdoppeln, wenn die Bewerberstaaten aus Mittel- und Osteuropa in die Europäische Union aufgenommen werden.

Eine systematische Darstellung und Klärung der rechtlichen Fragen im Zusammenhang mit der Verwaltung und Finanzierung der Strukturfonds ist auch für die deutschen Verwaltungen von besonderem Interesse. Dies ergibt sich aus der erheblichen finanziellen Bedeutung der Strukturfonds insbesondere für die neuen

Bundesländer sowie aus der Notwendigkeit, eine ordnungsgemäße und effektive Verwaltung der Strukturfondsmittel im gemeinsamen Interesse von Gemeinschaft, Mitgliedstaaten und Unionsbürgern sicherzustellen.

Das Projekt befasst sich in seinem ersten Schwerpunkt mit der Entwicklung der Strukturfonds. Dabei werden zunächst die Gründe für die Entstehung der Strukturfonds und insbesondere des EFRE untersucht. Daran anschließend werden die Entwicklungen des Rechts der Strukturfonds und die bei dessen Vollzug gewonnenen Erfahrungen analysiert, um Erkenntnisse über die Vor- und Nachteile der bisherigen Problemlösungsansätze zu gewinnen.

Der zweite Schwerpunkt ist den recht-

lichen Grundlagen der Tätigkeit der Strukturfonds gewidmet. Sein erster Teil befasst sich mit den vertraglichen Vorgaben für ihre Tätigkeit. Im zweiten Teil wird die Bedeutung der seit der Reform von 1988 für die Strukturfonds geltenden allgemeinen Grundsätze untersucht.

Gegenstand des dritten Schwerpunkts sind die Rechtsfragen, die sich im Zusammenhang mit der Abstimmung zwischen den Strukturfonds und den anderen Tätigkeitsbereichen der Europäischen Union ergeben. Im Vordergrund stehen dabei die für die Praxis des EFRE besonders wichtigen Bereiche der staatlichen Beihilfen und des Umweltschutzes. Der vierte Schwerpunkt liegt bei der Analyse der Kontroll- und Sanktionsbestimmungen. Für die laufende Förderperiode wurden in diesem Bereich zahlreiche Neuregelungen erlassen. Sie bedürfen aufgrund ihrer großen praktischen Bedeutung näherer Betrachtung. Abschließend wird geprüft, welche weiterführenden Erkenntnisse sich für die Fortentwicklung der Strukturfonds und allgemein für den Vollzug von Recht und Politik der Europäischen Union ergeben.

Projekt:

Univ.-Prof. Dr. Siegfried Magiera/

Assessor iur. Holger Holzwart

Laufzeit: 1.6.2000-31.5.2002

Katastrophenschutz als Testfall für die retrospektive Gesetzesfolgenabschätzung

Forschungsprojekt "Experimentelle Rechtsetzung, insbesondere retrospektive Gesetzesfolgenabschätzung"

Die Gesetzesfolgenabschätzung (GFA) ist ein zentraler Bestandteil der Staatsmodernisierung. Sie zielt darauf ab, Notwendigkeit, Wirksamkeit und Folgen einer Regelung interdisziplinär und multidimensional zu erfassen. Sie besteht aus den Modulen der prospektiven (pGFA), der begleitenden (bGFA) und der retrospektiven Gesetzesfolgenabschätzung (rGFA), die jeweils durch eigene Vorgehensweisen gekennzeichnet sind.

GFA-Instrumente jetzt umfassend entwickelt

Durch den Fortschritt in der Entwicklung der methodischen Grundlagen in den letzten Jahren wurde es jüngst möglich, die Berücksichtigung der Gesetzesfolgen in den jeweiligen Gemeinsamen Geschäftsordnungen der Ministerien des Bundes und des Landes Rheinland-Pfalz zu verankern.

Der jüngste Beitrag aus dem Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung (FÖV) zu dieser Entwicklung ist die methodische Konzeption der rGFA. Vor allem am Beispiel des rheinland-pfälzi-

schen Brand- und Katastrophenschutzgesetzes (LBKG) wurde eine Abfolge der Einzelschritte für die Bewährungsprüfung entwickelt. Ausgangspunkt der Überlegungen für den Untersuchungsablauf ist dabei die Zielerreichung, die in enger Verbindung mit der Vollzugspraktikabilität, den Kostenfolgen, der Akzeptanz bei den Normadressaten usw. ermittelt werden muss. Anhand typischer Fragestellungen werden Wirkungen und Folgen aufgeschlüsselt und mit Hilfe geeigneter Instrumente erfasst.

Das LBKG erwies sich aus methodischer Sicht als ein besonders geeignetes Forschungsobjekt. Im Jahre 1981 war es an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer im Rahmen eines Verwaltungsplanspiels getestet worden. Dadurch bot sich nun die Gelegenheit, die Effektivität dieses Prüf-instrumentes und den Zusammenhang zwischen den Modulen der bGFA und der rGFA zu belegen.

Das Projekt ergänzt vorangegangene Forschungsbemühungen im Bereich der pGFA und bGFA. Mit den gewonnenen Erkenntnissen steht für die verstärkte Umsetzung der Gesetzesfolgenabschätzung nunmehr ein umfassendes und erprobtes Instrumentarium zur Verfügung.

Einige Ergebnisse sind eingeflossen in den "Leitfaden für Gesetzesfolgenabschätzung" von Carl Böhret und Götz Konzendorf unter Mitarbeit von Jürgen Intveen, herausgegeben vom Bundesministerium des Innern in Zusammenarbeit mit dem Innenministerium Baden-Württemberg (<http://www.staat-modern.de>) und in das "Handbuch zur Gesetzesfolgenabschätzung" aus der Feder derselben Autoren (Erscheinen in Vorbereitung).

*Projekt: Univ.-Prof. Dr. Carl Böhret/
Dipl. Soz. Wiss. Jürgen Intveen,
Mag.rer.publ.*

Laufzeit: 15.5.1998 bis 14.2.2001

Deutsch-russische Wirtschaftsbeziehungen

Projekt "Reformen in Russland: Ansätze und Perspektiven für die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen"

Nach dem Regierungs- und Präsidentenwechsel in der Russischen Föderation zeichnen sich dort weitreichende Reformbestrebungen ab. Die Reformen spielen insbesondere für die internationalen Handels- bzw. Investitionsverflechtungen und damit für eine stärkere Integration Russlands in die Weltwirtschaft eine zentrale Rolle. Damit verbinden sich Hoffnungen auf mehr Wachstum und Wohlstand. Neben den spezifisch ökonomischen Voraussetzun-

Mehr Wachstum durch Reformen?

genbetreffen die Reformen auch die Rahmenbedingungen in den Bereichen Recht, Politik und Verwaltung sowie deren Vereinbarkeit mit den geltenden EUNormen.

Das Projekt wird im ersten Teil einen Überblick über die russische Reformpolitik sowie über den aktuellen Stand der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen geben. Im zweiten Teil des Projektes wird geprüft, ob und inwieweit die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen einen Beitrag zum Gelingen der Reformen leisten können. Da die Reformen auch die Chance zum Ausbau der

deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen bieten, werden im Rahmen des Projektes auch die möglichen Wirkungen der Reformen auf Wachstum und Beschäftigung in Russland und Deutschland untersucht. Das Projekt bezieht auch die Rolle internationaler Organisationen mit ein.

*Projekt:
Univ.-Prof. Dr. Dieter Duwendag/
Dr. Dr. Hermann Knödler*

Laufzeit: 1.12.2000 - 30.11.2002

Doppik in der Kommune

Forschungsprojekt: "Umstellung des kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens des Landes Niedersachsen"

Das Land Niedersachsen beabsichtigt, das kommunale Haushalts- und Rechnungswesen grundlegend zu reformieren. Wichtigster Schritt dafür ist die Einführung einer kaufmännischen Buchführung (Doppik) anstelle der herkömmlichen Kameralistik sowie einer Kosten- und Leistungsrechnung. Zu diesem Zweck wird ein Pilotprojekt in einer

niedersächsischen Mittelstadt durchgeführt. Ziel ist die Gewinnung weiterer Umsetzungserfahrungen mit dem "Speyerer Verfahren" und Erarbeitung und Test eines vorkonfigurierten DV-Modells, das mit geringem Anpassungsaufwand von anderen Gemeinden übernommen werden kann. Projektleiter und Projektmitarbeiter begleiten das Pilot-

verfahren wissenschaftlich und dokumentieren den Umstellungsprozess in der Pilotgemeinde.

Projekt:

Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Klaus Lüder/

Dr. Christiane Behm/

Dipl.-Ing. Margot Wagner, Mag.rer.publ.

Laufzeit: 1.7.2000 - 31.12.2002

Neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am FÖV

15.10.2000	Diplom-Soziologe Mike Weber, Forschungsreferent; Univ.-Prof. Dr. Jansen
01.11.2000	Diplom-Psychologe Dr. Dieter Beck, Forschungsreferent; Univ.-Prof. Dr. R. Fisch
01.12.2000	Diplom-Volkswirt Dr. Dr. Hermann Knödler, Forschungsreferent; Univ.-Prof. Dr. Duwendag
01.02.2001	Assessorin Sabine Frenzel, Forschungsreferentin; Univ.-Prof. Dr. Bohne
01.02.2001	Assessorin Silke Löhner, Forschungsreferentin; Univ.-Prof. Dr. Dr. Merten

Ausgeschiedene Mitarbeiter des FÖV

31.10.2000	Elmar Döhler, Forschungsreferent; Univ.-Prof. Dr. Färber
31.10.2000	Dr. Thorsten Siegel, Forschungsreferent; Univ.-Prof. Dr. Ziekow
30.11.2000	Assessorin Antje Draheim, Doktorandin; Univ.-Prof. Dr. Färber
31.12.2000	Diplom-Staatswissenschaftler Dr. Wito Schwanengel, Forschungsreferent; Univ.-Prof. Dr. Dr. Merten
31.12.2000	Assessor Thomas Steigleder, Doktorand; Prof. Dr. Wagner
31.12.2000	Assessor Winfried Veil, Doktorand; Univ.-Prof. Dr. von Arnim
31.01.2001	Markus Adam, M.A., Forschungsreferent; Univ.-Prof. Dr. Dr. König
31.01.2001	Diplom-Politikwissenschaftler Gerd Eckstein, Mag.rer.publ.; Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Siedentopf
14.02.2001	Assessorin Alexandra Unkelbach, Forschungsreferentin; Univ.-Prof. Dr. Sommermann
28.02.2001	Assessor Tobias Bräunlein, Mag.rer.publ.; Forschungsreferent; Univ.-Prof. Dr. Böhret

CIGAR-Workshop

Am 3./4. Oktober 2000 fand der 4. Workshop on "Comparative International Governmental Accounting Research" wiederum in Speyer unter der wissenschaftlichen Leitung von Professor Lüder statt. Die Teilnehmer aus elf europäischen und außereuropäischen Ländern diskutierten die neuen weltweiten Standards für das Öffentliche Rechnungswesen (International Public Sector Accounting Standards), die gegenwärtig vom Public Sector Committee des internationalen Wirtschaftsprüferverbandes (IFAC) erarbeitet werden.

Zentrum für Europäische Sozialforschung Mannheim

Am 13.2.2001 war Univ.-Prof. Dr. Dorothea Jansen Gast im Kolloquium des Mannheimer Zentrums für Europäische Sozialforschung. Sie trug aktuelle Ergebnisse aus ihrem am FÖV angesiedelten Forschungsprojekt zu den Erfolgsbedingungen von Betriebsgründungen im Ruhrgebiet vor unter dem Titel: "Ego-Netzwerke und Soziales Kapital von Gründern".

Seit Oktober 2000 sind 8 neue Speyerer Forschungsberichte erschienen:

Nr. 213 Giovanna Landi, Industrial Permitting and Inspections in Italy. Legal framework, procedures, environmental impact assessment and major accident prevention at the national level, in Emilia Romagna and in Lombardy (in Vorbereitung).
Nr. 214 Gisela Färber, Theorie und Praxis kommunaler Gebührenkalkulation, Dezember 2000.

Nr. 215 Jan Ziekow (Hrsg.), Das Widerspruchsverfahren in Rheinland-Pfalz - Bestandsaufnahme, Probleme, Perspektiven, Februar 2001.

Nr. 216 Alexandra Unkelbach, Vorbereitung und Übernahme staatlicher Entscheidungen durch plural zusammengesetzte Gremien - Empirische und rechtliche Eckdaten des deutschen Gremienwesens auf Bundesebene - (in Vorbereitung).

Nr. 217 Ulrike Haerendel, Die Anfänge der gesetzlichen Rentenversicherung in Deutschland. Die Invaliditäts- und Altersversicherung von 1889 im Spannungsfeld von Reichsverwaltung, Bundesrat und Parlament, Februar 2001.

Nr. 218 Hans Herbert von Arnim/Stefan Brink, Methodik der Rechtsbildung unter dem Grundgesetz. Grundlagen einer verfassungsorientierten Rechtsmethodik, Februar 2001.

Nr. 219 Klaus König/Markus Adam (Hrsg.), Governance als entwicklungspolitischer Ansatz, März 2001.

Nr. 220 Hermann Hill (Hrsg.), Parlamentarische Steuerungsordnung, März 2001.

Die Speyerer Forschungsberichte können bestellt werden beim Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung, Postfach 14 09, 67324 Speyer. Soweit die angeforderten Berichte nicht für dienstliche Zwecke der öffentlichen Verwaltung oder Hochschulen benötigt werden, wird eine Schutzgebühr von 10,- DM pro Band + 3,- DM Versandkosten in Rechnung gestellt.

Seit Oktober 2000 sind 6 neue Selbständige Verlagspublikationen erschienen:

157. Klaus König/Klaus-Dieter Schnapauff (Hrsg.), Die Deutsche Verwaltung unter 50 Jahren Grundgesetz. Europa - Bund - Länder - Kommunen, Forschungstagung des Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung bei der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer in Verbindung mit der Deutschen Sektion des Internationalen Instituts für Verwaltungswissenschaften und dem Bundesministerium des Innern vom 13. bis 15. Oktober 1999 in Speyer, Schriftenreihe der Deutschen Sektion des Internationalen Instituts für Verwaltungswissenschaften, Bd. 26, Baden-Baden 2000.

158. Stefan Fisch/Ulrike Haerendel (Hrsg.), Geschichte und Gegenwart der Rentenversicherung in Deutschland, Beiträge zur Entstehung, Entwicklung und vergleichenden Einordnung der Alterssicherung im Sozialstaat, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Bd. 141, Berlin 2000.

Kürzlich erschienen:

Rudolf Fisch, Dieter Beck, Birte English (Hrsg.) (2001)
 Projektgruppen in Organisationen. Praktische Erfahrungen und Erträge der Forschung. Göttingen: Verlag für Angewandte Psychologie.

Projektarbeit, Projektmanagement und Teamarbeit nehmen heute in Organisationen einen immer größeren Stellenwert ein. Durch welche Faktoren aber wird der Erfolg von Projektgruppen beeinflusst? Wie initiiert man die effektive Einbettung von Projektgruppen in Organisationen? Welche methodischen und praktischen Probleme treten bei der Arbeit und Führung von Gruppen auf? Auf welche Weise beeinflusst das Zusammenwirken mehrerer die Teamarbeit und Teambildung? Welche Leistungsvorteile und Schwächen können bei der Projektarbeit auftreten? Durch eine umfassende Darstellung des sozialwissenschaftlichen Hintergrundes von Gruppenarbeit, neuer Methoden für die Projektleitung sowie Erfahrungsberichten aus Wirtschaft und Verwaltung werden dem interessierten Leser praktische und wissenschaftlich fundierte Anregungen für eine produktive Arbeit in Projektgruppen vermittelt.

Das Buch gehört zu den Ergebnissen eines Forschungsprojekts über den Einsatz von Projektgruppen im öffentlichen Sektor, durchgeführt am Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung. Dazu fand ein Kolloquium statt, welches die Herausgeber im Oktober 1998 mit Unterstützung der Fritz-Thyssen-Stiftung in Speyer veranstaltet hatten. Im ersten Teil des Bandes berichten unter anderem Vertreter der Verwaltungspraxis über ihre Erfahrungen mit und in Projektgruppen, die vor allem im Rahmen der laufenden Verwaltungsmodernisierung eingesetzt werden. Im zweiten Teil entwerfen renommierte Wissenschaftler aus den Bereichen der Sozial-, Organisations- und Arbeitspsychologie ein Bild der sozialwissenschaftlichen Erfolgsfaktoren für die Zusammenarbeit in Projektgruppen in verschiedenen Bereichen von Wirtschaft und Verwaltung.

159. Matthias Niedobitek, Das Recht der grenzüberschreitenden Verträge. Bund, Länder und Gemeinden als Träger grenzüberschreitender Zusammenarbeit, Jus Publicum, Bd. 66, Tübingen 2001.

160. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.), Freiwilliges Engagement in Deutschland. Ergebnisse der Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement, Bd. 194, Band 1: Gesamtbericht, Band 2: Zugangswege, Band 3: Frauen und Männer, Jugend, Senioren, Sport, Stuttgart/Berlin/Köln 2000.

161. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.), Volunteering in Germany. Results of the 1999 Representative Survey on Volunteering and Civic Engagement, München 2000.

162. Rudolf Fisch/Dieter Beck/Birte English (Hrsg.), Projektgruppen in Organisationen. Praktische Erfahrungen und Erträge der Forschung, Schriftenreihe Wirtschaftspsychologie, Göttingen 2001.

DHV sucht Kontakt zu ihren „Ehemaligen“

Haben Sie am Ergänzungs- oder Aufbaustudium der DHV teilgenommen?

Waren Sie wissenschaftlicher Mitarbeiter an der DHV oder Forschungsreferent am FÖV?

Wie wichtig Netzwerke an Universitäten als Kontakt- und Informationsbörse, aber auch als Mittel der Karriereförderung sein können, wurde in den USA schon vor mehr als 200 Jahren erkannt. Anders als in Deutschland sind dort die Studenten bereits mit ihrer Einschreibung automatisch Mitglied einer Alumni-Vereinigung und damit auch Teil eines weltweiten professionellen Networking. Seit 1994 versucht auch die DHV Speyer, den Kontakt zu ihren Ehemaligen aufrecht zu erhalten bzw. wieder herzustellen. Ziel ist es, ein von Speyer ausgehendes Netzwerk aufzubauen, das in alle deutschen Länder und den Bund und sogar bis ins Ausland reicht. Dabei soll der kontinuierliche Kontakt der Ehemaligen zu der Hochschule Speyer und ihren aktuellen Aktivitäten in Forschung, Aus- und Fortbildung genauso gefördert werden wie die Verbundenheit der Ehemaligen untereinander. Der länderübergreifende Ansatz des Studiums in Speyer soll im späteren Berufsalltag fortwirken und die dienstliche wie auch die private Kontaktaufnahme der Ehemaligen untereinander erleichtern.

Die Hörer können sich in das Ehemaligenverzeichnis der Hochschule eintragen lassen, in dem die Namen und Adressen sowie das Semester der Hörerinnen und Hörer aufgeführt sind, die sich mit der Aufnahme einverstanden erklärt haben. Bisher haben davon über 1.500 der seit Bestehen der Hochschule insgesamt über 39.000 ehemaligen Hörer Gebrauch gemacht. Darunter befinden sich Minister und Staatssekretäre und auch einige "old boys and girls" der allerersten Semester der 1947 von der damaligen französischen Besatzungszone nach dem Vorbild der Ecole Nationale d'Administration gegründeten Hochschule. Zu einem ersten Ehemaligentreffen versammelten sich etwa 100 Ehemalige, unter ihnen auch das erste "Speyerer girl" aus dem Sommersemester 1947.

Die Ehemaligen-Aktion der Hochschule Speyer sieht sich als Knotenpunkt für Kontakte und Informationen. Beteiligen auch Sie sich an dem Ehemaligenverzeichnis, wenn Sie an einem dauerhaften Kontakt mit der Hochschule und anderen Mitgliedern des Speyer-Netzwerks interessiert sind! Sie erhalten regelmäßig das Ehemaligen-Verzeichnis, die SpeyerBriefe und Einladungen zu unseren Abendveranstaltungen und Semesterbällen. Gern senden wir Ihnen auch das Fortbildungsprogramm der Hochschule zu, dessen Veranstaltungen Ihnen ebenfalls Gelegenheit zum intensiven Erfahrungsaustausch geben. Wir beabsichtigen ferner, das Verzeichnis ins Internet einzustellen und ein Internetforum einzurichten, um den Mitgliedern den fachlichen Austausch zu ermöglichen. Ferner wollen wir in den nächsten Jahren stärker die Erfahrungen der Ehemaligen im Beruf und den persönlichen Nutzen des Speyer-Semesters abfragen, um Ihr Wissen besser in unsere Planungen einbringen zu können.

Falls Sie selbst ein ehemaliger "Speyeraner" sind, teilen Sie uns bitte Ihre Daten auf umseitigem Formular mit und erklären Sie (aus datenschutzrechtlichen Gründen) Ihr Einverständnis mit der Aufnahme in das Verzeichnis. Da die Serviceleistungen der Hochschule mit Druck- und Versandkosten verbunden sind, müssen wir Sie bitten, sich mit einem jährlichen Beitrag von mindestens DM 15,00 daran zu beteiligen. Wir hoffen, dass Sie sich hierdurch nicht von dem Beitritt zu dem Verzeichnis der "Speyerer Ehemaligen" abhalten lassen.

Bitte informieren Sie auch "Ehemalige" in Ihrem Bekanntenkreis über diese Möglichkeit, mit der Hochschule Speyer in Kontakt zu bleiben. Für Ihre berufliche Zukunft wünsche ich Ihnen alles Gute, insbesondere, dass sich das "Speyer-Semester" positiv auf Ihre Karriere auswirkt!

Nähere Informationen erteilt Ihnen gerne Barbara Schneider (Tel.: 06232/654-205, nur vormittags), e-mail: bschneider@dhv-speyer.de.

